



FÜR
AUSBILDUNG
UND
ARBEIT

BERLIN
RATHAUS
SCHÖNEBERG
14. - 15. MAI 1998

AWIII 624

© Dezember 1998

Herausgeber: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
Oppelner Straße 130,
53119 Bonn
Tel. 0228/668 50
Fax 0228/668 5209
eMail: info@awobu.awo.org
<http://www.awo.org>

Verantwortlich: Rainer Brückers

Redaktion: Susanne Dittmann

Korrekturen und
Bearbeitung Umfrage: Thomas Reckzeh-Schubert

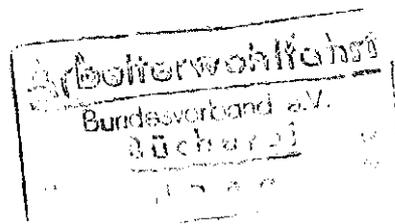
Fotos: Axel Sommer, Ute Mahler, Aris Papadopoulos

Druck: Courir-Druck GmbH, Bonn

Die Fachtagung wurde gefördert aus Mitteln der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, des Brandenburger Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen und des Europäischen Sozialfonds sowie der Eurobrug EWIV und unterstützt durch das Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt und das Sozialpädagogische Institut SPI Berlin.

Fachtagung Jugendarbeitslosigkeit
„Gemeinsam für Ausbildung und Arbeit“
14.-15. Mai 1998, Rathaus Schöneberg, Berlin

Dokumentation



AW III 624

Vorwort	5
• <i>Dr. Manfred Ragati</i> , AWO-Bundesvorsitzender	
Begrüßung und Einführung in das Thema - aus der Sicht der AWO	6
• <i>Dr. Christine Bergmann</i> , Senatorin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Berlin	
Arbeit und Ausbildung für alle	7
• <i>Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf</i> , Fachhochschule Bielefeld	
Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit - Krise der Arbeitsgesellschaft - bisherige gesellschaftliche Reaktionen - Arbeitsmarktpolitik (Grundsatzreferat)	9
• <i>Prof. Dr. Lothar Böhnisch</i> , Technische Universität Dresden	
Verlust der Lebensperspektiven von Jugendlichen und jungen Erwachsenen - gesellschaftliche und biographische Folgen von Jugendarbeitslosigkeit (Grundsatzreferat)	12
Ergebnisse der Diskussionsrunde nach dem 1. Plenum	13
• <i>Dr. Regine Hildebrandt</i> , Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, Potsdam	
Positionen aus der Sicht der Politik (Impulsreferat)	14
• <i>Gerhard Severon</i> , IHK Berlin, Abteilungsleiter für Berufliche Bildung	
Positionen aus der Sicht der Wirtschaft (Impulsreferat)	15
• <i>Dr. Klaus Heimann</i> , IGM Vorstand Frankfurt/M., Leiter der Abteilung Berufsbildung	
Positionen aus der Sicht der Gewerkschaften (Impulsreferat)	16
Ergebnisse der Diskussionsrunde nach dem 2. Plenum	18
<i>Forum 1</i>	
Leben ohne Arbeit - Orientierungsverlust, Identitätskrise, gesellschaftliche Ausgrenzung oder alternativer Lebensentwurf für Jugendliche?	
<i>Moderation: Dr. Birgit Hoppe, spi Sozialpädagogisches Institut Berlin, Mitglied im AWO-Bundesfachausschuss Jugend, Frauen, Familien und Senioren</i>	19
• <i>Matthias Berninger</i> , MdB, Bündnis 90/Die GRÜNEN	19
• <i>Kerstin Griese</i> , Mitglied des SPD Parteivorstandes	20
• <i>Sven Parthie</i> , Vorstand Bundesjugendwerk der AWO	21
Diskussionsergebnisse Forum 1	21
<i>Forum 2</i>	
Geschlechtsspezifische Entwicklungen und Perspektiven des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes	
<i>Moderation: Dr. Gisela Notz, FES Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Mitglied im AWO-Bundesfachausschuss Jugend, Frauen, Familien und Senioren</i>	23
• <i>Gerhard Engelbrech</i> , IAB Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Nürnberg	23
• <i>Hannelise Feldkamp</i> , ÖTV Bezirk NW I Düsseldorf, Gewerkschaftssekretärin für Gesundheitswesen und Frauen	25
• <i>Ulla Schmidt</i> , MdB, Vorsitzende der Querschnittsgruppe für die Gleichstellung von Frau und Mann der SPD-Bundestagsfraktion	26
• <i>Gerhard Severon</i> , IHK Berlin, Abteilungsleiter für Berufliche Bildung	27
Diskussionsergebnisse Forum 2	27
<i>Forum 3</i>	
Arbeitsmarktpolitik - öffentlich geförderte Beschäftigung - kommunale Beschäftigungspolitik	
<i>Moderation: Christiane Reckmann, Mitglied im AWO-Bundesvorstand, Vorsitzende des AWO-Bundesfachausschusses Jugend, Frauen, Familien und Senioren</i>	29
• <i>Bernd Buchheit</i> , Referent für Arbeitsmarktpolitik und Soziale Sicherung, SPD-Bundestagsfraktion	29
• <i>Petra Meyer</i> , DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Abteilungsleiterin für Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik	30
• <i>Raimund Rilling</i> , Geschäftsführer der SPI-Servicegesellschaft, Berlin	32
• <i>Markus Schnapka</i> , Landschaftsverband Rheinland, Leiter des Landesjugendamtes, Köln	33
• <i>Roland Wolf</i> , BDA Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Mitglied der Geschäftsführung, Bonn	35

Diskussionsergebnisse Forum 3	37
<i>Forum 4</i>	
Zukunft des Dualen Systems der Berufsausbildung - Auslaufmodell oder Modell für Europa? - Integration benachteiligter Jugendlicher	
<i>Moderation: Georg Weigel, Direktor des ISS, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt, Mitglied im AWO-Bundesfachausschuss Jugend, Frauen, Familien und Senioren</i>	38
• <i>Walter Brosi</i> , stellv. Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung, Berlin	38
• <i>Berndt de Boer</i> , Geschäftsführer der Eurobrug EWIV, Falkensee	40
• <i>Günter Rixe</i> , MdB, berufsbildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion	42
• <i>Karl Spelberg</i> , ZDH Zentralverband des Deutschen Handwerks, Abteilungsleiter für Berufliche Bildung, Bonn	43
Diskussionsergebnisse Forum 4	44
<i>Abschlussforum</i>	
Für Ausbildung und Arbeit - gesellschaftliche Verantwortung und Zukunftsperspektiven - Grundlagen einer neuen Strategie	
<i>Moderation: Vikki Schaefer, Rundfunk-Journalistin, Berlin</i>	45
• <i>Marieluise Beck</i> , MdB, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN	45
• <i>Klaus Clausnitzer</i> , Präsident des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg	46
• <i>Horst Kowalak</i> , DGB Bundesvorstand, Leiter der Abteilung Bildung, Düsseldorf	48
• <i>Hans Jürgen Richter</i> , MdL, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag	50
• <i>Wilhelm Schmidt</i> , MdB, stellv. AWO-Bundesvorsitzender	52
• <i>Ottmar Schreiner</i> , MdB, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion	53
• <i>Geerd Woortmann</i> , DIHT Deutscher Industrie- und Handelstag, Vorsitzender des Vorstandes des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung, Bonn	54
Diskussionsergebnisse Abschlussforum	56
Schlußwort	
• <i>Christiane Reckmann</i> , Gesamtleitung der Fachtagung Mitglied im AWO-Bundesvorstand, Vorsitzende des AWO-Bundesfachausschusses Jugend, Frauen, Familien und Senioren	57
Anhang:	
1. Ergebnisse der Umfrage nach der Fachtagung	58
2. Liste der Teilnehmer/-innen der Fachtagung	61

Vorwort

Die Arbeiterwohlfahrt engagiert sich mit ihrer praktischen sozialen Arbeit und durch gesellschaftspolitische Parteinahme seit Jahrzehnten für am Arbeitsmarkt benachteiligte junge Menschen. Mittlerweile haben Ausbildungsnot und Arbeitslosigkeit eine Dimension erreicht, die die Zukunftsperspektiven von - insbesondere benachteiligten - Jugendlichen in dramatischer Weise beeinträchtigt. Zu befürchten ist, dass junge Menschen sich in dieser Situation enttäuscht aus dem System unserer demokratischen Grundordnung zurückziehen. Eine Gesellschaft jedoch, die in der Zukunft Bestand haben will, braucht eine Jugend mit Zukunft!

Die Arbeiterwohlfahrt ist daher der Auffassung, dass die Anstrengungen zur Bewältigung des Problems Jugendarbeitslosigkeit zwingend intensiviert werden müssen. Ziel muss sein, arbeitslosen jungen Menschen wieder eine persönliche Orientierung und berufliche Perspektive zu eröffnen und sie in die Arbeitswelt zu integrieren. Dieses Ziel kann nicht durch gegenseitige Schuldzuweisungen oder Appelle, sondern nur in einem Konsensprozess realisiert werden, der alle verantwortlichen gesellschaftlichen Gruppen in einem Bündnis für Ausbildung und Arbeit zusammenführt.

Mit diesem zentralen Anliegen veranstaltete die Arbeiterwohlfahrt am 14. und 15. Mai 1998 in Berlin die hier dokumentierte Fachtagung Jugendarbeitslosigkeit "Gemeinsam für Ausbildung und Arbeit", um Vorschläge zur Entwicklung und Umsetzung einer neuen Konsens-Strategie zu diskutieren. Vorausgegangen war eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik im Fachausschuss Jugend, Familie, Frauen und Senioren des AWO Bundesverbandes, die in 1997 mit der Durchführung der Veranstaltung "Jugendarbeitslosigkeit - AWO im Dialog mit Expert/-innen" und durch eine in Auftrag gegebene Expertise zur Situation der Jugendlichen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt unterstützt wurde.

Das von uns zur Tagung vorgelegte Diskussionspapier mit Analysen und Vorschlägen aus der Sicht der Arbeiterwohlfahrt liegt - nach den Ergebnissen der Fachtagung überarbeitet - Anfang 1999 als AWO-Positionspapier vor.

An der Fachtagung haben über 200 Interessierte und Verantwortliche aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Verwaltung und Verbänden teilgenommen.* Wir bedanken uns für die engagierte Beteiligung in den Plenarveranstaltungen und Foren, in denen sowohl Ursachen und Folgen von Jugendarbeitslosigkeit als auch Bewältigungsmöglichkeiten und Chancen einer gemeinsamen Strategie diskutiert wurden.

Die Dokumentation enthält die Beiträge der Mitwirkenden sowie die Ergebnisse der Diskussionen in Plena und Foren. Im Anschluss an unsere Fachtagung haben wir eine Umfrage zur Gestaltung und Effektivität von Bündnis-Projekten durchgeführt. Wir bedanken uns für die Rückmeldungen, in denen uns Erfahrungen und Anregungen für die Umsetzung lokaler und regionaler Kooperationspartnerschaften mitgeteilt wurden. Die Auswertung ist dieser Dokumentation angefügt.

Die Arbeiterwohlfahrt wird auch in Zukunft nicht nachlassen, sich für Chancengleichheit und Teilhabe junger Menschen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einzusetzen und wird in diesem Sinne aktiv auf die verantwortlich an der Gestaltung der Rahmenbedingungen beteiligten politischen und gesellschaftlichen Gruppen zugehen.

Rainer Brückers
Bundesgeschäftsführer

* In dieser Dokumentation sind Mitwirkende und Teilnehmer/-innen mit der beruflichen Funktion angegeben, die sie zum Zeitpunkt der Fachtagung innehatten.

Begrüßung und Einführung in das Thema – aus der Sicht der AWO

Mit Fragen der Jugendarbeitslosigkeit und beruflichen Qualifizierung befasst sich die Arbeiterwohlfahrt in jüngerer Zeit seit nunmehr mehr als 20 Jahren. In dieser Zeit entstand ein differenziertes Spektrum von Fördermaßnahmen von der Berufsvorbereitung über die außerbetriebliche Berufsausbildung und Unterstützung von Auszubildenden in betrieblicher Ausbildung bis zu qualifizierenden Beschäftigungsangeboten.

Von ihrem sozialpolitischen Selbstverständnis ausgehend will die AWO aber nicht nur Angebote zur Förderung einzelner Jugendlicher entwickeln und durchführen, sondern will in der Funktion als Anwalt betroffener Jugendlicher die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Probleme lenken und sich an der Diskussion um politische Lösungen im Interesse der Jugendlichen beteiligen.

Damit hat sich die Arbeiterwohlfahrt an der Einmischungsstrategie der Jugendhilfe zur Verbesserung der Lebenssituation insbesondere auch benachteiligter Jugendlicher, die dann ihre rechtliche Grundlage im KJHG gefunden hat, beteiligt.

In diesem Zusammenhang hat der zuständige Fachausschuss des Bundesverbandes wegen der zunehmenden Probleme junger Menschen auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt in den letzten Jahren eine erneute grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Jugendarbeitslosigkeit angeregt und die Planung einer entsprechenden Fachtagung vorgeschlagen.

Vorbereitend dazu wurde im Frühjahr vorigen Jahres ein Expertengespräch durchgeführt, dessen Ergebnisse in einer Dokumentation (Zeitschrift „Fachwerk“, 1997) zu finden sind.

Ausgehend von dessen Ergebnissen haben wir ein Diskussionspapier erarbeitet, das nun Grundlage für die Diskussionen in dieser Tagung sein soll.

Was Experten und Praktiker der Jugendsozialarbeit schon seit Jahren als sozialpolitische Zeitbombe beschrieben haben, hat sich heute, zum Zeitpunkt dieser Fachtagung, für alle sichtbar zugespitzt.

Die Ursachen für das Abschneiden der DVU bzw. für das Wahlverhalten bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt werden aus unserer Sicht - insbesondere von jungen Männern - zunehmend auf das Versagen von Politik und Gesellschaft bei der zur Verfügungstellung von Perspektiven für Jugendliche im Übergang von der Schule in den Beruf zurückgeführt.

Besonders erschreckend daran sind insbesondere zwei Aspekte:

1. Vor allem die Parole, dass Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, hat offensichtlich die jungen Menschen für die Rechtsradikalen mobilisiert, obwohl die Ausländerquote in Sachsen-Anhalt weniger als 2 % beträgt.
2. Auch junge Menschen, die nicht arbeitslos sind, haben die Rechtsradikalen gewählt.

Das zeigt, dass eine grundlegende Verunsicherung bei den jungen Leuten entstanden ist, die zu einem Vertrauensverlust in eine Gesellschaft geführt hat, die ihnen Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Lebensperspektiven verweigert. Dieser Vertrauensverlust wiederum hat eine gefährliche Ablehnung demokratischer Werte und Strukturen zur Folge.

Dass sich dieser Protest gegen die Gesellschaft in solch drastischer Weise zuerst in den neuen Bundesländern ausdrückt, hat sicher auch etwas mit der jüngsten deutschen Geschichte und den besonders dramatischen Arbeitsmarktproblemen in den neuen Bundesländern zu tun. Wer aber glaubt, dass es in Westdeutschland eine derartige Entwicklung nicht geben könnte, wird sich täuschen. Die Ängste der Jugendlichen vor einer Zukunft



Dr. Manfred Ragati

ohne Arbeit und damit ohne Möglichkeit einer eigenständigen Existenzsicherung und Lebensplanung sind überall gleich und werden sich über kurz oder lang auch in anderen Teilen der Bundesrepublik in ähnlicher Weise gegen die Gesellschaft richten.

Die Arbeiterwohlfahrt und viele andere auch, die sich mit der Förderung der beruflichen Integration von Jugendlichen befassen, haben seit Jahren auf die Gefahren für die Demokratie, auf die psychischen und sozialen Folgen für den einzelnen Jugendlichen und die daraus entstehenden Belastungen für die Gesellschaft sowie auf die Probleme für die Wirtschaft durch die Vernachlässigung von Humanressourcen hingewiesen. Trotzdem hat sich in der gesellschaftlichen Debatte zur Jugendarbeitslosigkeit, wenn sie denn überhaupt geführt wurde, nicht viel verändert.

Vielmehr war die vorherrschende Philosophie in den letzten Jahren, dass sich Staat und Politik mehr und mehr aus der direkten Gestaltung von Rahmenbedingungen zurückziehen sollten, in der Erwartung, dass Marktmechanismen, wenn man sie möglichst wenig durch regulierende Eingriffe behindert, eine entsprechende Wachstumsdynamik für den Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt entwickeln würden. Durch die aktuelle Situation ist nunmehr allenthalben deutlich geworden, dass wirtschaftliches Wachstum allein keine Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit bringen wird. D.h., Politik und die staatliche Gemeinschaft müssen wieder mehr Gestaltungsverantwortung übernehmen.

Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und Appelle an die Politik zur Realisierung von Reformen reichen dafür nicht aus. Aus unserer Sicht ist eine grundsätzlich neue gesellschaftliche Strategie im Zusammenhang mit einem Bündnis für Ausbildung und Arbeit notwendig, mit dem Ziel, Ausbildung und Beschäftigung für alle Jugendlichen zu ermöglichen. Kein Jugendlicher darf nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule arbeitslos werden. Jedem Jugendlichen, der eine Berufsausbildung will, muss ein Angebot unter Berücksichtigung seiner In-

teressen und Neigungen und des Qualifikationsbedarfes auf dem Arbeitsmarkt gemacht werden, mit der anschließenden Perspektive einer zumindest befristeten Beschäftigung.

Mit dieser Tagung wollen wir zur Schaffung eines wirksamen Bündnisses, an dem alle entsprechenden gesellschaftlichen Gruppen beteiligt sind, beitragen.

Dazu soll zunächst eine grundsätzliche Diskussion zu den sehr komplexen Zusammenhängen der dramatischen Veränderungen der Arbeitsgesellschaft, der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit als Teil der allgemeinen Arbeitslosigkeit, der notwendigen Veränderungen von Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik und diverser spezifischer Aspekte, wie sie in den Schwerpunktthemen der Referate und der Foren benannt sind, erfolgen.

Insbesondere im abschließenden Diskussionsforum sollen dann Ansätze für eine neue gesellschaftliche Strategie hinsichtlich der Realisierung eines Bündnisses diskutiert werden, die wir in unserem o.g. Diskussionspapier skizziert haben, mit den Eckpunkten:

- Herstellung eines gesellschaftlichen Konsenses über ideologische Grenzen hinweg,
- Entwicklung einer ressortübergreifenden Politik auf der Bundesebene zur Bündelung aller vorhandenen Ressourcen,
- Primat einer aktiven Arbeitsmarktpolitik gegenüber der heute vorherrschenden Finanzierung von Unterhaltsleistungen,
- Organisation von Strukturen für eine verbindliche Zusammenarbeit aller einschlägigen Akteure auf der kommunalen Ebene, die über die bisher relativ unverbindlichen Arbeitsmarktkonferenzen und Arbeitskreise hinausgehen.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, den Mitwirkenden und uns wünsche ich von dieser Tagung neue Erkenntnisse und Impulse für die öffentliche Diskussion, die dazu beitragen können, die festgefahrene Situation in Bewegung zu bringen und Wege zur Verbesserung der Situation der jungen Menschen und damit für die Gesellschaft insgesamt zu finden.

Dr. Christine Bergmann, Senatorin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Berlin

Arbeit und Ausbildung für alle

Ich richte ein herzliches Willkommen an Sie zu dieser wichtigen Tagung als Bürgermeisterin, aber auch als zuständige Senatorin. Sie haben ein wichtiges Diskussionspapier vorgelegt, das Grundlage der Debatte sein wird.

„Arbeitslosigkeit ist schlimm – Jugendarbeitslosigkeit ist eine Katastrophe“, so zitieren Sie in Ihrem Diskussionspapier unter der Überschrift „Geht der Gesellschaft die Arbeit aus?“. Ich teile diese Aussage, denn natürlich ist Arbeitslosigkeit für jeden Menschen eine harte Situation, aber am Beginn des Berufslebens wirkt sie sich katastrophal aus. Und wer heute nichts gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel tut, wird morgen nicht nur viel Geld ausgeben müssen, um berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für „An- und Ungelernte“ zu finanzieren, die auf dem Arbeitsmarkt kaum noch eine Chance haben, er muss sich vor allem mit den gesellschaftlichen Folgen dieses fatalen Signals an die Jugendlichen auseinandersetzen. Bei der Vorstellung der Shell-Studie im letzten Jahr hat mich am meisten beschäftigt, dass dort über die Hälfte aller Jugendlichen Angst vor der Zukunft äußerte und das zentrale Problem aus Ihrer Sicht Arbeitslosigkeit ist.

Wir haben zur Zeit hohen Besuch, den amerikanischen Präsidenten Bill Clinton, in unserer Stadt. Einer seiner Vorgänger, der Berlin besonders verbunden war, John F. Kennedy, sagte einmal, an die Jugend seines Landes gewandt: „Frage, was Du für Dein Land tun kannst, nicht, was Dein Land für Dich tun kann.“ Aber was passiert, wenn die Angebote der Jugend an ihr Land nicht akzeptiert werden? Wenn ihnen signalisiert wird, nicht gebraucht zu werden?

Wer den Jugendlichen heute vermittelt, dass schon vor dem Zugang zur beruflichen Erstausbildung eine Hürde von mindestens 40 bis 50 Bewerbungen steht und die wichtigste Kompetenz, die diese Jugendlichen brauchen, „Frustration“ gegenüber den zahlreichen Absagen und dem Zusammenschrumpfen ihrer beruflichen Ziele auf einen Ausbildungsplatz in einem Beruf ist, der gerade verfügbar ist, der sollte sich nicht wundern, wenn diese Jugendlichen handeln. Sie handeln, indem sie es zum Teil gar nicht mehr versuchen, sich in die Arbeitsgesellschaft zu integrieren, indem sie sich gar nicht mehr bewerben und in soziale Nischen zurückziehen. Sie handeln, indem sie diese Gesellschaft, dieses politische System, nicht als ihres annehmen. Die Gefahren für unsere Demokratie sind schon heute deutlich zu erkennen. Wer sich darüber beklagt, der muss sich fragen lassen, was er in der Vergangenheit dagegen getan hat.



Dr. Christine Bergmann

Deshalb freue ich mich sehr, dass diese Tagung in Berlin stattfindet. Die AWO knüpft damit an gute Traditionen an und Sie, die Expertinnen und Experten, werden auf der Grundlage Ihres Diskussionspapiers sicher auch konkrete Lösungsvorschläge machen, Ihre Erfahrungen einbringen können.

„Gemeinsam für Ausbildung und Arbeit“ ist nicht nur eine „politische“ Forderung, sondern sie ist eine unverzichtbare Grundlage für die Zukunft des Standortes Deutschland, für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstand.

Von der beruflichen Aus- und Weiterbildung gehen wichtige Einflüsse auf die Arbeitsmarkt- und Standortentwicklung aus. Eine qualifizierte berufliche Bildung galt bis heute als der wirksamste Schutz gegen Arbeitslosigkeit.

Und nach wie vor begründen Unternehmen ihre Investitionsentscheidungen mit dem Hinweis auf gute, qualifizierte Fachleute. Auf der anderen Seite ziehen sich die Unternehmen immer mehr aus ihrer Verpflichtung zurück, betriebliche Ausbildungsplätze werden abgebaut.

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist hinlänglich bekannt – Lehrstellenmangel herrscht in ganz Deutschland. In Berlin bilden nur noch 21 % aller Betriebe aus, uns fehlten trotz enormer Anstrengungen der Kammern und des Landes alleine im letzten Jahr 1.500 Ausbildungsplätze und mittlerweile werden 60 % aller neubegründeten Ausbildungsplätze ganz oder teilweise staatlich finanziert. Da ist nicht hinnehmbar.

Wir brauchen einen neuen Generationenvertrag mit der Jugend, der von dieser nicht nur erwartet, dass sie unsere Renten zahlt, sondern von dem sie auch erwarten kann, dass wir ihnen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt geben. Dazu gehört für mich, allen Jugendlichen eine Chance auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz und den Übergang ins Erwerbsleben zu geben, jedem Jugendlichen eine gute schulische und berufliche Ausbildung zu ermöglichen und keinen Jugendlichen von der Schule in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Dazu gehört auch eine Arbeitsmarktpolitik, mit der wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, die Arbeit umverteilt, eine Politik, die jede ihrer Maßnahmen daraufhin überprüft, ob sie zur Lösung des größten Problems unserer Zeit, der Massenarbeitslosigkeit, beiträgt.

Dieses ist nicht eine nationale Aufgabe, sondern auch eine europäische. Auf dem Luxemburger Sondergipfel zur Beschäftigung im November 1997 hatten die Ratsmitglieder Leitlinien für nationale Aktionspläne beschlossen, die insbesondere im Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, in Langzeitarbeitslosigkeitsbekämpfung und der Verbesserung der Chancengleichheit bestehen sollten.

Die Bilanz zeigt: Leider ist der von der Bundesregierung vorgelegte Aktionsplan mehr als dürftig und wird dem Anspruch nicht gerecht. Andere Länder wie z.B. Österreich mit einer Arbeitslosenquote von 6,5 % haben dagegen sehr konkrete Pläne vorgelegt.

In ihrem Aktionsplan versucht die Bundesregierung, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und des Ausbildungsplatzmangels zu bagatellisieren. Mit dem Hinweis auf die (noch) unterdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland im EU-Vergleich (in einzelnen Regionen, z.B. Berlin mit 22,5 %, überdurchschnittlich) und auf eine angebliche Trendwende auf dem Ausbildungsstellenmarkt wird versucht, das Problem kleinzureden. So als ob die wahre Dimension der Probleme, vor allem auch in Ostdeutschland, nicht bekannt wäre. In Ostdeutschland werden inzwischen zwei Drittel aller Ausbildungsplätze staatlich voll- oder

teilfinanziert, schulische „Warteschleifen“ fangen Tausende von Jugendlichen auf. Und dennoch wird es voraussichtlich auch in diesem Jahr noch Tausende Jugendliche geben, die vergeblich auf einen Ausbildungsplatz hoffen. Ein betrieblicher Ausbildungsplatz ist für viele Jugendliche mittlerweile gleichbedeutend mit einem Sechser im Lotto. So sieht die Realität aus.

Zudem ist mit einem Ausbildungsplatz nur ein erster Schritt getan. Das Problem des Übergangs an der zweiten Schwelle, der Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt, wird zur nächsten, immer größer werdenden Hürde.

Sie fordern ein „Bündnis für Ausbildung und Arbeit“. Ich stimme Ihnen zu – wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens über den Abbau der Massenarbeitslosigkeit und die Bekämpfung der Jugendberufsnot. Dafür ist ein Politikwechsel nötig. Das Warten auf die Segnungen der Konjunktur verschärft nur die Situation. Es muss endlich gehandelt werden.

In ein solches Bündnis gehört die Sicherung eines quantitativ ausreichenden betrieblichen Ausbildungsplatzangebotes.

Ohne eine berufliche Ausbildung ist das Arbeitsmarktrisiko sehr hoch. In Berlin verfügen insgesamt mehr als zwei Drittel aller Arbeitslosen unter 25 Jahren nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Diese Jugendlichen tragen gewissermaßen ein doppeltes Arbeitsmarktrisiko. Sie fallen Rationalisierungsmaßnahmen und Stellenabbau zuerst zum Opfer und haben es ungleich schwerer, in eine neue Beschäftigung zu kommen.

Prognosen des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs in der Bundesrepublik Deutschland gehen davon aus, dass die Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten durch anspruchsvolle Technologien sowie durch eine beschleunigte und flexiblere, auftragsbezogene Produktion von Gütern und Dienstleistungen erheblich steigen.

Angesichts der zunehmenden Ausbildungsplatznachfrage bis 2006 und des anhaltenden wirtschaftlichen Strukturwandels ist die Bereitstellung eines ausreichenden betrieblichen Ausbildungsplatzangebotes deshalb eine politische Aufgabe von höchster Priorität. Und wenn es nicht funktioniert, muss der Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben her, das Gesetz dafür gibt es schon, einen anderen Weg sehe ich nicht. Denn was Jugendliche am dringendsten brauchen, ist die Sicherheit, dass ihr Recht auf einen Ausbildungsplatz eingelöst wird. Dabei sind vielfältige Wege zu gehen, wie Sie auch in Ihrem Papier betonen.

Wir unterstützen in Berlin innovative Ausbildungsverbünde, um zusätzliche Ausbildungsplätze zu erschließen und gerade kleinen und mittleren Betrieben die Beteiligung an der Ausbildung zu erleichtern. Wir haben unterschiedliche Konstruktionen der Zusammenarbeit von Betrieben, Bildungsträgern, überbetrieblichen Berufsbildungsstätten bzw. betrieblichen Aus- und Weiterbildungszentren und berufsbildenden Schulen.

Klar ist auch, dass für die neuen Länder auf Grund der ungenügenden gewerblichen Infrastruktur Sonderprogramme nötig sind.

Wir müssen Berufschancen gerade für leistungsschwächere Jugendliche verbessern.

Die große Zahl der Jugendlichen, die den steigenden Leistungsanforderungen nicht bzw. nur bedingt gerecht werden, erweist sich zunehmend als eine Herausforderung für die duale Berufsausbildung. In Berlin verlassen jährlich ca. 4.500 Jugendliche ohne Hauptschulabschluss und ca. 1.500 Jugendliche mit einfachem

Hauptschulabschluss die allgemeinbildende Schule. Diese Jugendlichen haben infolge eigener Leistungsschwächen oder Verhaltensauffälligkeiten nur sehr geringe Chancen auf einen erfolgreichen Berufsstart. Nur jeder 10. der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss in Berlin hat einen Ausbildungsplatz erhalten.

Hier ist staatliches Handeln dringend nötig, um gerade diese Gruppe von Jugendlichen besonders zu unterstützen. Unser Berliner Förderprogramm sieht vor, die Förderinstrumente und deren Anreizwirkung stärker auf die Bedürfnisse der betroffenen Jugendlichen auszurichten und durch die Entwicklung gezielter Förderketten besser aufeinander abzustimmen und miteinander zu verzahnen.

Natürlich können wir nicht nur auf Quantitäten achten, sondern müssen immer auch die Qualität der Ausbildung verbessern.

Es kann uns aber nicht nur um Ausbildung gehen, sondern auch um Angebote an Jugendliche, die den Zugang zum Arbeitsmarkt nicht geschafft haben und von Sozialhilfe leben.

Wir sind in Berlin dabei, ein Programm abzustimmen, mit dem wir kurzfristig jugendlichen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger-

den Ausbildungs- und Arbeitsplätze, aber auch Qualifizierung bieten. Dazu wollen wir u.a. in Kooperation mit Berliner Betrieben des Dienstleistungsgewerbes qualifizierte Arbeitsangebote schaffen, gezielte, auf die Integration in den Arbeitsmarkt zielende Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche ohne Berufsabschluss anbieten, das bestehende „ABM und Lernen“-Programm ausbauen und Lohnkostenzuschüsse für die Integration von Jugendlichen in Berliner Unternehmen zahlen. Damit soll gleichzeitig in sozialen Brennpunkten gezielte Arbeit geleistet werden. Es ist ein weiterer Schritt auf dem notwendigen Weg.

Wir brauchen gemeinsames Handeln auf allen Ebenen, in den Kommunen, an den sozialen Brennpunkten, in den Ländern. Wir brauchen eine Politik, die Arbeit und Ausbildung zum obersten Ziel ihres Handelns erklärt. Dafür können wir uns in den nächsten Monaten einsetzen.

Ich hoffe, dass Ihre im vorliegenden Diskussionspapier vorgestellten Ziele und Konzepte - es sind die meinigen - endlich verwirklicht werden. Wir wollen gemeinsam erreichen, wir müssen es erreichen, dass Jugendliche nicht mit Angst und Sorge, sondern mit Zuversicht in ihre Zukunft blicken.

Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf, Fachhochschule Bielefeld

Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit – Krise der Arbeitsgesellschaft – bisherige gesellschaftliche Reaktionen – Arbeitsmarktpolitik

– Grundsatzreferat –

Zunächst einmal: Vielen Dank für die Einladung. Ich hoffe, mitwirken zu können am Zustandekommen einer neuen gesellschaftlichen Initiative, die wirklich in etwas anderem besteht als darin, dass wir wieder einmal alle gegenseitig auf die Schulter klopfen und uns bestätigen, dass wir die Probleme sehen und sie demnächst angehen.

In dem dieser Tagung zugrunde liegenden Diskussionspapier der AWO wird zu Recht festgestellt, dass bei der Suche nach den Ursachen und nach möglichen Lösungen von Arbeitslosigkeit im allgemeinen und von Jugendarbeitslosigkeit im besonderen sehr komplexe Zusammenhänge zu berücksichtigen sind und dass man sich vor allzu einfachen und allzu schnellen Antworten hüten sollte. Aber manches ist doch sehr viel einfacher, als uns diejenigen glauben machen wollen, die an einer Lösung der Probleme gar nicht interessiert sind oder die auch z. T. ihre eigenen Interessen in einem Wust von Komplexität verstecken.

Vor allem sind die Probleme, mit denen wir z. Z. konfrontiert sind, ihren Ursachen nach gar nicht so neu und einzigartig, wie es oft dargestellt wird. Denn wenn man die Entstehung von Ar-



Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf

beitslosigkeit zu verstehen versucht, kann man sich am besten durch einen historischen Rückblick orientieren. Alle vormoderne Gesellschaften waren Agrargesellschaften; noch in der Mitte des letzten Jahrhunderts waren in fast allen Gesellschaften

2/3, manchmal 80% der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Inzwischen liegt der Anteil der Erwerbstätigen im sogenannten primären Sektor in der Bundesrepublik Deutschland bei 3%. Und dieses Minimum an Menschen in der Landwirtschaft produziert eine Schwemme an landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Exakt das Gleiche findet nun seit einiger Zeit auch im produzierenden Gewerbe statt. Das produzierende Gewerbe hatte schon zu Beginn der 60er Jahre seinen Zenit überschritten. Seitdem wird permanent Arbeitsvolumen im industriellen Sektor abgebaut; wir waren noch nie so sehr von Industriewaren umgeben wie zur Zeit. Aber sie werden mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft produziert.

Wie wir nun seit einiger Zeit wissen, sind auch Dienstleistungsbereiche, sind auch Dienstleistungstätigkeiten keineswegs rationalisierungsresistent. Mit exakt den gleichen Methoden, nämlich durch Technik und durch Organisation werden jetzt auch im Dienstleistungsbereich immer mehr Leistungen mit immer weniger Arbeitsaufwand bereitgestellt. Ich habe den Eindruck, dass es gegen diesen Tatbestand einen enormen Widerstand in der Wahrnehmung gibt. Wenn man die Diskussion in den Sozialwissenschaften und in der Ökonomie über Arbeitslosigkeit im allgemeinen und Jugendarbeitslosigkeit im besonderen verfolgt, dann hat man den Eindruck, dass schon in der Ursachenanalyse dieser Tatbestand, dass die modernen Gesellschaften seit ihrem Entstehen mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft auskommen, systematisch verdrängt, vernebelt und verschleiert wird.

Das gleiche wiederholt sich bei den Strategien, die gegen Arbeitslosigkeit empfohlen werden. Dort heißt es dann z. B.: Wir müssen durch die Jagd nach neuen Märkten und Produkten versuchen, den Arbeitsmarkt zu entlasten. Dabei wird übersehen, dass auch die neuen Märkte, die neuen Produkte von Maschinen produziert bzw. bedient werden und immer weniger von Menschen. Leider gilt auch für die fortschrittlichere Variante der gegenwärtigen Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, dass sie eines der Grundprobleme, mit denen sie konfrontiert ist, doch eher verdrängt. Wenn beispielsweise gesagt wird, wir müssen die Kaufkraft steigern, wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen wieder Geld in den Taschen haben, um die Dinge, die sie zu ihrem Lebensunterhalt brauchen oder zu ihrem Wohlstand wollen, auch kaufen zu können, dann wird übersehen, dass auch diese Kaufkraft in zunehmendem Maße von Maschinen bedient wird und eben nicht von Menschen.

Vor einiger Zeit hat der Soziologe Karl-Otto Hondrich in der „Zeit“ einen ganz bösen Artikel geschrieben wider die Mär vom „Ende der Arbeit“. Er hat in diesem Artikel behauptet, dass es gar nicht stimmt, dass immer weniger Menschen erwerbstätig sind, sondern im Gegenteil, dass bis in die 90er Jahre hinein, zumindest in den westlichen Industriegesellschaften, die Anzahl der Beschäftigten gestiegen sei. Er meint, es gäbe demnach überhaupt nicht das Problem, dass den modernen Arbeitsgesellschaften „die Arbeit ausgeht“, sondern es gäbe das Paradox, dass wir gleichzeitig mehr Arbeit hätten und mehr Arbeitslosigkeit.

Ganz ähnlich argumentiert auch Christoph Deutschmann, ein ebenfalls in diesem Bereich renommierter Kollege. Wenn man genau betrachtet, was mit solchen Analysen entweder explizit oder implizit mitgeliefert wird, dann sind es die ständigen Hinweise, dass es nicht der Abbau an Arbeitsplätzen ist, der die Probleme am Arbeitsmarkt verursacht, sondern dass das Problem daher kommt, dass immer mehr Menschen auf den Ar-

beitsmarkt „drängen“, wie es so schön heißt und mit besonderer Aufmerksamkeit werden dabei die Frauen betrachtet. Dann heißt es beispielsweise bei Meinhard Miegel, dass, wenn die „Erwerbsneigung“ der Frauen in Westdeutschland heutzutage noch auf dem gleichen Niveau wäre wie in den 60er Jahren, dann etwa 3 Mio. weniger Menschen auf dem Arbeitsmarkt wären und damit die Arbeitslosigkeit erheblich geringer sei. Oder es heißt, dass, wenn die ostdeutschen Schwestern sich in ihrer „Erwerbsneigung“ an dem „Vorbild“ ihrer westdeutschen Schwestern orientieren würden, auch dann dort die Arbeitslosigkeit erheblich niedriger wäre.

Ich muss bei dieser Gelegenheit immer wieder anmerken, dass der Begriff „Erwerbsneigung“ der Frauen schon sprachlich eine besonders misslungene analytische Leistung darstellt; denn früher „neigten“ die Frauen zu Hysterie, das war auch schon nicht sehr angenehm, aber jetzt „neigen“ sie zum Erwerb und das bringt nun den von Männern für Männer so wohlgeordneten Arbeitsmarkt gründlich durcheinander. Das Problem ist nur, dass diese Männer sich mit solchen Analysen über die eigentlichen Ursachen, über die eigentlichen Probleme, die es zu lösen gilt, hinwegtäuschen und manchmal auch hinwegglügen.

Ich will noch einmal betonen, dass der Rückgang an bezahltem Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland West bereits Anfang der 60er Jahre eingesetzt hat und nicht die Folge irgendeiner Ölkrise ist, nicht die Folge der Globalisierung ist, nicht die Folge dessen ist, dass die Arbeit zu teuer geworden wäre, nicht die Folge dessen ist, dass die Menschen zu dumm oder zu faul geworden sind zu arbeiten, sondern die Folge dessen ist, was jahrzehnte- und jahrhundertlang geradezu als Inbegriff industriegesellschaftlichen Fortschritts galt, nämlich, dass die modernen Gesellschaften mit einem immer geringeren Arbeitsaufwand ein immer größeres Volumen an Waren und Dienstleistungen bereitstellen. Es ist in der Tat so, dass bis in die 90er Jahre hinein parallel zu dem Rückgang an Arbeitsvolumen, gemessen in Arbeitsstunden, kein Rückgang der Beschäftigung stattgefunden hat; aber nur deshalb, weil das durchschnittliche Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen parallel zum Rückgang des Gesamtvolumens an Arbeit abgesenkt worden ist.

Der gleiche Prozess findet weiterhin statt. Weiterhin sinkt das Volumen an bezahlter Arbeit, weiterhin sinkt die durchschnittlich pro Erwerbstätiger/m geleistete Arbeitszeit, aber letztere sinkt in zunehmendem Maße dadurch, dass immer mehr Menschen und vor allem junge Menschen in unfreiwillige Teilzeitarbeit, in geringfügige und diskontinuierliche Beschäftigung abgedrängt bzw. erst gar nicht beteiligt werden an dem noch verbleibenden Arbeitsvolumen in den modernen Arbeitsgesellschaften. Wenn Sie sich erinnern, dieser alte Inbegriff industriegesellschaftlichen Fortschritts, weniger arbeiten zu müssen, hat in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten dazu geführt, dass auf der Grundlage dessen, dass die Produktivität der Arbeit gesteigert wurde, beispielsweise die Kinderarbeit abgeschafft werden konnte. Er hat dazu geführt, dass so etwas wie ein Ruhestand im Alter eingeführt werden konnte. Während durch die Ausweitung der Bildungszeiten und Ausbildungszeiten das Berufseintrittsalter immer weiter nach hinten verschoben wurde, wurde durch die Einführung eines Ruhestandes die Absenkung der Altersgrenzen, das Berufsaustrittsalter immer weiter nach vorne geschoben. Es wurden gleichzeitig Institutionen wie der Urlaub eingeführt, es wurden die tägliche und die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt, Feiertage ausgeweitet usw. – mit der Konsequenz, dass sich in den

letzten 100-150 Jahren der Anteil von Zeit, den die Menschen für ihre Erwerbstätigkeit, für die Sicherung ihres Lebensunterhaltes oder auch für ihre Karriere aufbringen müssen, auf einen Bruchteil der früher dafür erforderlichen Zeit reduziert hat.

Im Grunde genommen läuft das, was in der Geschichte der Industriegesellschaften abgelaufen ist, heute einfach nur weiter. Es sind neue Techniken, die eingeführt werden, es ist eben nicht mehr nur der primäre Sektor und der sekundäre Sektor, sondern auch der tertiäre Sektor, in dem rationalisiert wird. Selbstverständlich gibt es veränderte weltwirtschaftliche Bedingungen, selbstverständlich gibt es neue Produktions- und Managementkonzepte und alle möglichen Varianten von lean state und lean production usw.; das hat alles für sich genommen seine eigene Problematik, hat für sich genommen einen eigenen Stellenwert, aber im Ergebnis findet nichts anderes statt als das, was seit 200 Jahren in den modernen Gesellschaften stattfindet; mit einem Unterschied: durch die Verkürzung von Bildungs- und Ausbildungszeiten wird das Berufseintrittsalter wieder weiter nach vorne geschoben, durch das Hinausschieben der Altersgrenzen wird das Berufsaustrittsalter wieder weiter nach hinten geschoben. Sie alle wissen, dass auch die Wochenarbeitszeiten, die Tagesarbeitszeiten durch Überstunden, durch Rücknahme von Wochenarbeitszeitverkürzungen wieder ausgeweitet werden, einschließlich des Streichens von Feiertagen. Das ist die eigentliche Ursache von Arbeitslosigkeit: Der Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Volumens an bezahlter Arbeit wird nicht mehr übersetzt in eine Verringerung der vom jedem und jeder Einzelnen geforderten und geleisteten Arbeitszeit. Stattdessen erhöht sich die Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig zunehmender Prekarisierung immer größerer Anteile der Beschäftigung.

Vielleicht muss man sich fragen, wenn wir alle wissen, dass man einen wirklichen Politikwechsel braucht, wenn wir auch die Daten, die ich Ihnen gerade vorgetragen habe, alle kennen, wenn eigentlich auch jede/r weiß, wir müssen und können weniger arbeiten, dann stellen sich doch die Fragen:

Warum passiert es nicht? Warum stagniert die tarifliche Arbeitszeit seit Beginn der 90er Jahre? Ist es wirklich nur der Widerstand der Arbeitgeber? Ist es wirklich nur die Bundesregierung, die schon 1984 gesagt hat, Arbeitszeitverkürzung sei dumm und töricht und sich damit selber diesem Prädikat ausgesetzt hat? Wo liegen aber auch die gesellschaftlichen Widerstände - bei denen, die Politik machen, bei denen, die Politik befördern, gegen eine Strategie der Übersetzung des Produktivitätsfortschritts von Arbeit in den Luxus weniger arbeiten zu müssen?

Eine Begründung liegt in den unterschiedlichen Lebensmodellen von alten und jungen Menschen, der Fixierung älterer Menschen auf das Lebensmodell der „Arbeit als Zentrum des ganzen Lebens“, darauf, im Beruf „ihren Mann“ stehen zu müssen. Es sind männliche Lebensmodelle, männliche Bedeutungshierarchien, die mit der gesellschaftlichen Entwicklung grundlegend in Frage gestellt werden, von denen wir aber nicht herunterkommen bzw. die gesellschaftlich derart dominant sind, dass sie eine vernünftige Politik blockieren.

Natürlich ist Arbeitszeitverkürzung kein Allheilmittel, z.B. in neuen Bundesländern, da man dort, wo es überhaupt keine Arbeit mehr gibt, die Arbeitszeit folglich nicht verkürzen kann. Trotzdem ist es so, dass, wenn es uns gelingen würde, in Westdeutschland die Arbeitszeiten radikal herunterzufahren, dann

das wunderbare Argument, „es gibt ja auch im Osten Deutschlands sehr qualifizierte Arbeitskräfte“, investitionsentscheidend werden könnte für Unternehmen. Dabei muss man vor allem auch sehen, dass die Vorstellung, man könne in den neuen Bundesländern das westdeutsche Wirtschaftswunder kopieren, an dem Entwicklungsstand des industriegesellschaftlichen Modells vorbeigeht. Die Modernisierung der Ökonomie in Ostdeutschland heißt, dass diese ostdeutsche Ökonomie ebenfalls mit sehr wenig Arbeit auskommt. Investitionen in Ostdeutschland haben in den vergangenen Jahren bedeutet, dass Arbeit vernichtet wurde und nicht, dass Arbeit geschaffen wurde. In diesem Sinne ist es auch für die ostdeutschen Länder notwendig, eine Diskussion darüber gesellschaftlich zu verankern, wie wir in Zukunft leben wollen und nicht nur, wie und wo neue Arbeitsplätze entstehen. Wo liegen die Chancen der Entwicklung, die sich im Moment nur als Risiko, nur als Belastung des wunderbaren „Modells Deutschland“ geltend machen? Wäre es nicht wirklich eine Herausforderung der modernen Gesellschaften, endlich ernst zu machen mit der Vereinheitlichung von Arbeits- und Lebenschancen zwischen Männern und Frauen? Wäre es nicht ein lohnenswertes Ziel, dafür zu sorgen, dass mehr Leben ins Leben kommt?

Wir haben hier in Berlin im Auftrag der Senatorin von Berlin eine Arbeitszeituntersuchung durchgeführt und haben dabei festgestellt, dass die Leute ein Gefühl von absoluter Zeitnot haben. Sie haben ein Gefühl, dass das Leben zu kurz kommt, aber das Gefühl übersetzt sich nicht in das Bedürfnis, auch wirklich weniger zu arbeiten und in den entschiedenen Willen, politischen Druck zu entfalten, dass die maßgeblichen Akteure eine vernünftige, kluge, flexible Arbeitszeitpolitik endlich in Gang bringen. Vielleicht muss man die Frage praktischer machen, vielleicht muss man sie persönlicher machen, vielleicht muss klar werden, dass die alten Männer, die auf ihren Jobs sitzen, damit tatsächlich den Jungen den Zugang zu diesen Jobs mitversperren. Vielleicht muss man dafür sorgen, dass Männer nicht nur deshalb, weil sie befürchten, hinterher mal zum Abwasch herangezogen zu werden, die Arbeitszeitdebatte einfach blockieren.

Möglicherweise müsste es so etwas geben wie Juniorpartnerschaft: dass beispielsweise 5 oder 6 oder 7 alte Menschen sich zusammenschließen und einen Teil ihres Arbeitszeitvolumens abgeben, um damit einen konkreten, ihnen bekannten jungen Menschen in Arbeit zu bringen und vielleicht sogar mal eine konkrete, ihnen bekannte junge Frau in Arbeit zu bringen. Es dürfen und müssen dann auch bitte schön nicht nur die Männer auf den unteren Ebenen der betrieblichen Hierarchien sein, sondern es müssen gerade auch die Männer sein mit den besseren Jobs, gerade auch die Männer in leitenden Funktionen. Denn es geht ja auch darum, dass die Jugend beteiligt wird an der Entwicklung dieser Gesellschaft, an Machtpositionen und in Entscheidungszentren. Es würde den Managern nicht schlecht tun, wenn auch mal junge, frische Ideen über einen solchen Weg der Juniorpartnerschaft in das Management von Unternehmen oder Verwaltungen Eingang finden würden.

Eine solche konkretere, an die Einzelperson stärker appellierende Politik von Arbeitszeitverkürzung müsste natürlich politisch flankiert werden. Es ist in der Tat so, dass das soziale Sicherungssystem in der Bundesrepublik Deutschland einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung feindlich gegenübersteht. Es ist so, dass jede Stunde von Arbeitszeitverkürzung sich eben nicht nur im Lohn, sondern auch in der Rente bemerkbar macht. Es ist so, dass die Bundesregierung 1984 unglaublich kreativ war,

als es darum ging, die 35-Stunden-Woche zu verhindern und statt dessen den Vorruhestand zu fördern. Was gesetzliche Flankierungen von Arbeitszeitverkürzungen anbelangt, hat sie sich aber dem Gedanken absolut verweigert, dass man auch durch gesetzliche Initiativen wochennahe, alltagsnahe Arbeitszeitverkürzungen unterstützen könnte, die nicht nur den Vorteil haben, dass sie Menschen in Arbeit bringen, sondern auch den Menschen, die Arbeit sind, ein bisschen mehr Lebensgestaltung ermöglichen.

Abschließend will ich nochmals kurz begründen, warum ich den Schwerpunkt so sehr auf die Frage der Arbeitszeitverkürzung setze. Ich befürchte, dass wir dabei sind, uns immer tiefer in einem Dilemma zu verstricken, indem wir beispielsweise ein Bündnis für Arbeit fordern, was absolut richtig ist, aber damit gleichzeitig Arbeit zum knappen Gut an sich hochstilisieren. Wir landen damit sehr schnell bei „Hauptsache Arbeit“, was immer

das auch ist, was immer auch diese Arbeit anrichtet mit den Menschen, die sie verrichten, mit deren Umwelt, mit den sozialen Beziehungen, völlig abgelöst von irgendeinem Sinn von Arbeit, von irgendeiner Qualität von Arbeit. Und vor allen Dingen: Die Politik wird absolut erpressbar für alles, was auch nur im entferntesten den Anschein erwecken kann, es würde Arbeitsplätze sichern oder gar schaffen und gegen alles, was auch nur im entferntesten in Verdacht gebracht werden kann, Arbeitsplätze zu gefährden. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, muss man die Forderung „Arbeit für alle“ unbedingt verbinden mit der Forderung nach weniger Arbeit für alle, und zwar nach weniger Arbeit für alle in erster Linie, damit alle mehr vom Leben haben, und erst in zweiter Linie, damit alle Arbeit haben. Und insofern meine ich, obwohl ich die Aussichten dafür eher skeptisch einschätze: Was wir eigentlich bräuchten, wäre nicht ein Bündnis für Arbeit, sondern wir bräuchten ein Bündnis für weniger Arbeit – aber für alle!

Prof. Dr. Lothar Böhnisch, Technische Universität Dresden

Verlust der Lebensperspektiven von Jugendlichen und jungen Erwachsenen – gesellschaftliche und biographische Folgen von Jugendarbeitslosigkeit

– Grundsatzreferat –



Prof. Dr. Lothar Böhnisch

Zur Bildungs- und Sozialisationsfunktion der Berufsausbildung

Die Jugendarbeitslosigkeit wird in Politik und Öffentlichkeit in der Regel nur unter dem Aspekt verhandelt, dass Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Chance verweigert ist, in die Arbeitsgesellschaft und damit beruflich und sozial ausreichend integriert zu werden. Dass gesellschaftlich anerkannte Arbeit in unserer Gesellschaft einen zentralen Sozialisationsfaktor im Jugendalter darstellt, wird in dieser Perspektive viel zu wenig beachtet oder gar übergangen. Dabei hat die Berücksichtigung dieser Erkenntnis weitreichende Konsequenzen für die Organisation der Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung.

An den zahlreichen Maßnahmen und Projekten der Jugendberufshilfe kann man diese Problematik gut demonstrieren. Berufliche Integrations- und Beschäftigungsprojekte für Jugendliche stehen meist unter Druck, ihre Jugendlichen auch irgendwie in

den 1. Arbeitsmarkt vermitteln zu müssen. Dieser unbedingte Vermittlungsdruck führt nicht selten zur weiteren Dequalifizierung der Jugendlichen, lähmt und blockiert vielerorts die Projektarbeit und engt vor allem auch den Raum für notwendige soziokulturell flankierende Angebote und Maßnahmen in der Jugendberufshilfe ein. Denn die Jugendlichen, die keine Lehrstelle und keinen Ausbildungsplatz erreichen können, müssen in der Jugendberufshilfe in ihrem Selbstwert erst wieder „aufgebaut“ werden. Da sie durch die negative Erfahrung der Arbeitslosigkeit – meist aufgestaut – in vielen erfolglosen Bewerbungsversuchen – eine Selbstwertstörung erfahren haben, müssen ihnen erst Selbstwernerlebnisse wieder vermittelt werden. Diese sozialpädagogische Hilfe richtet sich dabei erst einmal nicht an der Arbeit – deren Verwehrgung ihnen ja den Selbstwert genommen hat – sondern an ihren anderen sozialen und kulturellen Fähigkeiten aus, die geweckt und gestärkt werden müssen: Du bist zwar vorerst in der Lehr- und Arbeitsstellensuche nicht zum Zuge gekommen, aber deshalb bist du noch lange nicht schlechter als die, die es geschafft haben, hast auch noch andere Qualitäten und Kompetenzen, auf denen du neu aufbauen kannst.

Die Erfahrungen in den Berufshilfeprojekten zeigen uns, dass ohne diese soziokulturelle Selbstwertvermittlung ein Neuaufbau der Arbeitsmotivation und biographischen Zuversicht nicht zu schaffen ist. Dass zu wenig Raum für solche Angebote da ist, weil in den Programmen der Qualifikations- und Vermittlungsaussicht einseitig betont und gefördert wird, engt nicht nur die Vermittlungsmöglichkeiten dieser Jugendlichen am Arbeitsmarkt ein, sondern vermindert auch die Integrations- und Verbleibchancen in neu gefundene Arbeit. Gelingt es jedoch in den Projekten, soziokulturelle Selbstwertarbeit und Qualifikation aufeinander zu beziehen, wird erfahrbar, dass die Jugendlichen multiple und breitere Interessen entwickeln, experimentierfreudig werden und auch selbst unterschiedliche Optionen aufzubauen in der Lage sind. Sie entwickeln gleichsam biographische

"Schlüsseltugenden", die sich mit beruflichen Schlüsselqualifikationen so verbinden lassen, dass der erneute Rutsch in die Sackgasse einseitig angelernter Tätigkeiten verhindert werden kann.

Die Erfahrungen in der Jugendberufshilfe zeigen uns, wie eng Arbeit, Selbstwert, Identitätsbildung und biographische Perspektive zusammenhängen. Sie machen also auch deutlich, wie wichtig Arbeit für die personale und soziale Entwicklung der Jugendlichen ist. Der Übergang von der privat-affektiven Welt der Familie in die öffentlich-rationale Welt der Gesellschaft wird primär über die Arbeit realisiert. Die Schule, die noch beide Elemente (das familiäre und das gesellschaftliche) enthält, spielt hier zwar eine wichtige Vermittlungsrolle, die gesellschaftliche Identität erlangt der Mensch aber letztlich nur über die Arbeit. Ob das nun die Erwerbsarbeit oder die von ihr abgeleitete Haus- und Familienarbeit ist, ob das nun neue Formen gesellschaftlich organisierter Sozial- und Bürgerarbeit sind – letztlich kommt es immer auf die öffentliche und gesellschaftliche Organisation und Anerkennung der Arbeit an. Arbeit wird also auch weiterhin gebraucht, wenn die klassische, industriell-orientierte Erwerbsarbeit weniger wird.

Auch der Konsum kann diesen Entwicklungs- und Identitätsbezug nicht realisieren, wie dies die Arbeit im Stande ist. Zwar erwerben gerade auch Jugendliche über den Konsum Status-, Anerkennungs- und Geselligungsmöglichkeiten. Diese aber sind gebunden an die Gleichaltrigen-Kultur und deshalb biographisch nicht optionsfähig. Problematisch dagegen wirkt der Konsum, wenn man ihn unter dem Aspekt der Entwicklung und Sozialisation im Jugendalter betrachtet. Denn der Konsum ist parasozial und grenzenlos strukturiert. Seine Produkte und die ihnen von der Werbung zugeschriebenen Eigenschaften verheißen vieles, was im sozialen Alltag so ohne weiteres nicht erreichbar und realisierbar ist. Der Konsum ist grenzenlos, er verlangt immer wieder Ver-

brauch von Neuem und Entwertung des Alten. Nicht umsonst hängen Konsum und Sucht eng zusammen. Jugendliche aber brauchen für ihre Entwicklung Grenzen, mit denen sie experimentieren können, die aber für sie auch sichtbar und spürbar sein müssen. Der Konsum kann also das für die Entwicklung im Jugendalter notwendige Realitätsprinzip nicht vermitteln. Deshalb sind auch die Gelegenheitsjobs und ungelerten Tätigkeiten, die von Jugendlichen angenommen werden, die keine Lehrstelle und Arbeit finden oder Schule und Ausbildung abbrechen, keine Alternativlösung zum gelernten Beruf. Denn sie werden ja vor allem aus der Not heraus gebraucht, wenigstens den Konsum finanzieren zu können, der einem – wenigstens für den alltäglichen Augenblick - Status und sozialen Anschluss verheißt. Jugendliche in solchen prekären Arbeitsverhältnissen sind deshalb wesentlich stärker der Tücke des Konsums und der Gefahr des Verlustes des Realitätsprinzips ausgesetzt. Die Konsumzentrierung dieser Jugendlichen kann die fragilen Selbstwertbezüge nur übergehen, bringt aber keine Lebensperspektive.

Berufsausbildung als Einführung in die sozial verbindliche Arbeitsgesellschaft gehört also zum unverzichtbaren Gut, das in einer modernen demokratischen Gesellschaft nicht dem Markt ausgesetzt werden kann, sondern allgemein garantiert und organisiert werden muss. Dieses Gut ist genauso an die Entwicklung und Entfaltung des Menschen und eben nicht nur an die Bedarfskriterien des Arbeitsmarktes gebunden. Berufsausbildung und Arbeitsmarkt müssen – was die sozialisatorische Struktur und biographische Eigenwertigkeit der Ausbildung anbelangt, entkoppelt werden. Ausbildung muss deshalb auch dort für Jugendliche in ihren Heimatregionen erreichbar sein, wo keine direkten Vermittlungschancen in den Arbeitsmarkt bestehen. Gerade deshalb ist es in der Praxis notwendig, in den Regionen überbetriebliche Ausbildungsmodelle zu entwickeln, die ja auch von den örtlichen Betrieben genutzt werden können.

Ergebnisse der Diskussionsrunde nach dem 1. Plenum

In der von den beiden Referaten ausgelösten Diskussion wurden vom Plenum aus Fragen in die Diskussion eingegeben

- hinsichtlich des Widerspruches von einerseits der erheblichen Reduzierung klassischer Erwerbsarbeit und einer damit verbundenen notwendigen Arbeitszeitverkürzung und andererseits der Bedeutung der Arbeit für die Sozialisation von Jugendlichen und ihre Integration in die Gesellschaft und das Menschsein insgesamt
- zu den Problemen hinsichtlich einer Arbeitszeitverkürzung für alle z.B. für die Einkommenssituation und die unterschiedlichen Funktionen von Arbeit etwa im sozialen Bereich oder im Management
- nach einer notwendigen Verstaatlichung von Ausbildung, da von der Wirtschaft, insbesondere in den neuen Ländern, nur noch ein Bruchteil der notwendigen Anzahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt werden kann.

Von den Referent/-innen wurde dies sowohl mit der Notwendigkeit einer massiven Arbeitszeitverkürzung beantwortet als auch im Sinne einer neuen Kultur, die neue Inhalte von Arbeit mit einer entsprechenden gesellschaftlichen Bewertung versteht. Nach wie vor ist trotz möglicher gesellschaftlicher Veränderung Ausbildung und Arbeit als unverzichtbare Sozialisations-

und Orientierungshilfe für Jugendliche beim Hineinwachsen in die Erwachsenenwelt anzusehen.

Es muss also nicht nur über Quantität von Arbeit nachdacht, sondern auch im Rahmen neuer gesellschaftlicher Konzepte über Inhalte von Arbeit und ihre Bewertung diskutiert werden. So sollten Tätigkeiten im weitesten Sinne im sozialen Bereich, die als gesellschaftlich nützlich anzusehen sind, auch entsprechend im Sinne von Arbeit gesellschaftlich anerkannt werden.

Zur Sicherung von Einkommen muss Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich verbunden sein. Zur Finanzierung könnten Einkommenskürzungen insbesondere männlicher Einkommen in oberen Bereichen vorgenommen werden. Außerdem muss das bisherige Konsumverhalten angesichts notwendiger Ressourcenschonung in Frage gestellt werden.

Zur Verstaatlichung der Ausbildung wird angemerkt, dass dies in den neuen Bundesländern quasi schon vollzogen ist. Staatliche Förderung in diesem Ausmaße kann aber nur eine Lösung in dieser akuten Notlage sein. Grundsätzlich muss an der vom Bundesverfassungsgericht verbrieften Verantwortung der Wirtschaft festgehalten werden, um die positiven Aspekte betrieblicher Ausbildung, insbesondere der direkte Zugang zum Arbeitsmarkt durch Übernahme nach der Ausbildung erhalten zu können.

Positionen aus der Sicht der Politik

– Impulsreferat –



Dr. Regine Hildebrandt

- 2/3 der jugendlichen Arbeitslosen in Ostdeutschland haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. In Brandenburg trifft dies auch auf die langzeitarbeitslosen Jugendlichen zu. Dies ist nicht zuletzt auf die konsequente Prioritätensetzung der Landespolitik bei der Förderung der Erstausbildung seit 1990 zurückzuführen. In Westdeutschland haben nur knapp über 40% der arbeitslosen Jugendlichen eine Berufsausbildung.
- In Brandenburg wie in den anderen neuen Bundesländern fehlen vor allem Arbeitsplätze für motivierte und gut ausgebildete Jugendliche. Erfahrungen aus Thüringen und Sachsen-Anhalt, die Förderprogramme für Jugendliche an der „2. Schwelle“ aufgelegt haben, zeigen, dass der „Run“ auf diese Programme ausgesprochen hoch ist. Das belegt: Jugendliche sind motiviert. Jugendarbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist also kein Problem der „problematischen, unreifen, arbeitsunwilligen Jugendlichen“ – auch wenn dies vereinzelt natürlich der Fall ist, sondern ein Problem des fehlenden Angebotes an Arbeitsplätzen.

Sinnvoll wäre es, wenn die Lohnkostenzuschüsse des SGB III (§ 415 Abs. 3) zielgerichtet für Jugendliche eingesetzt oder aus der sogenannten „freien Förderung“ Mittel von den Arbeitsämtern auch für nicht-leistungsbeziehende Jugendliche verwendet würden – wie es z. B. jetzt das Arbeitsamt Eberswalde tut.

- Die kurzfristige Umsetzung der auf dem EU-Beschäftigungsgipfel beschlossenen Leitlinie 1 gegen Jugendarbeitslosigkeit ist dringend und kurzfristig nötig. Besser noch wäre allerdings, nicht nur ein die Beschäftigungsfähigkeit förderndes Angebot nach spätestens 6 Monaten Arbeitslosigkeit zu unterbreiten – so die Leitlinie –, sondern den Jugendlichen verbindlich einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz anzubieten. So sieht es das SPD-Wahlprogramm vor. Nach dem SPD-Wahlprogramm sollen für die Finanzierung die Mittel eingesetzt werden, die sonst für die Bezahlung der Jugendarbeitslosigkeit ausgegeben werden müssten.

- Das Lebensziel „Eine Arbeit haben, die erfüllt, in der ich aufgehen kann“ gilt für alle Jugendlichen in Deutschland, aber besonders für ostdeutsche Jugendliche hat es eine unverändert hohe Priorität (Shell-Studie 1997).

- Dagegen steht, dass rd. 500.000 Jugendliche bundesweit arbeitslos sind, davon 176.000 in den neuen Bundesländern und Berlin (Arbeitslosenquote der Jugendlichen in Ostdeutschland im März 1998 bei 18,0%; Brandenburg 18,2 % = 24.777). Angesichts solcher Zahlen kann das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht zu einem Problem sogenannter „Sucharbeitslosigkeit“ 'verkleinert' oder zu einem Problem schlecht ausgebildeter, benachteiligter Jugendlicher gemacht werden. Es sind zudem über 30% der Jugendlichen (zwischen 20 und 25 Jahren) länger als ein halbes Jahr arbeitslos!

- Im Bereich der Erstausbildung gibt es große Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Die Ausbildungsplatzlücke (in Westdeutschland entfallen pro Bewerber/-in 0,9 Ausbildungsstellen, in Ostdeutschland nur 0,3 Ausbildungsstellen) wächst kontinuierlich und wird für das kommende Lehrjahr in Brandenburg rund 7.000 Plätze betragen. Da die Wirtschaft ihrer Verantwortung für die betriebliche Ausbildung nicht nachkommt, teilweise wohl auch nicht nachkommen kann, muss die Politik Maßnahmen ergreifen, dass diese Lücke geschlossen wird.

Es besteht nur eine geringe Aussicht, dass das „duale System“ in Ostdeutschland seine Funktion erfüllt. Daher müssen neue Strategien zur Bewältigung des Ausbildungsproblems entwickelt werden. Brandenburg wird sich vom „Gießkannenprinzip“ bei der Förderung von betrieblichen Ausbildungsplätzen verabschieden und diese Art der Förderung nur noch gezielt einsetzen.

Auf diese Weise werden die Unternehmen in ihrer Ausbildungsverantwortung wieder verstärkt gefordert. Brandenburg wird jedoch, um ein ausreichendes Ausbildungsangebot zu sichern, das 1997 entwickelte „kooperative Modell“ verfeinern und für die Adressaten anwendungsfreundlicher gestalten.

Positionen aus der Sicht der Wirtschaft

– Impulsreferat –

Zwischen Brandenburg und Berlin gibt es zwar regional vergleichbare Rahmenbedingungen, aber ganz so dramatisch, wie Frau Ministerin Hildebrandt es wohl auch mit Recht geschildert hat, ist die Situation in Berlin nicht.

Ich will versuchen, kurzgefasst eine Bestandsaufnahme über Berufsbildung und Arbeit für Jugendliche zu geben, auch einen kleinen Blick nach vorne auf der Grundlage eines Gutachtens bis zum Jahre 2010, aber dann auch sagen, was wir neben den Ausbildungsanstrengungen im Bereich der IHK und bei anderen Einrichtungen für notwendig halten, um neben der Berufsausbildung für eine bestimmte Zielgruppe mehr zu tun als bisher.

Wir haben es auch in Berlin mit einer Zangenbewegung auf dem Lehrstellenmarkt zu tun: auf der einen Seite die Struktureinbrüche vor allem in der Industrie und auf der anderen Seite Nachfragezuwachs allein schon aus demographischen Gründen aufgrund der Bevölkerungsstruktur und der bis zum Jahr 2005 von Jahr zu Jahr weiter wachsenden Zahlen der Schulentlassenen.

Vor diesem Hintergrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Nachfragezuwachs sind wir eigentlich nicht unzufrieden damit – das ist eine relative Aussage –, dass wir im Jahre 1997 die Zahl der Auszubildenden steigern konnten; der Bestand liegt jetzt erstmals bei 60.000. Davon entfällt rund die Hälfte auf den Bereich der IHK-Berufe. Was natürlich nicht verschwiegen werden darf: 1.500 Jugendliche konnten zum Jahresende nicht versorgt werden und wir haben einen Bedarfs-Stau aus den vergangenen Jahren, der sich allmählich der Zahl von 10.000 nähert.

Konsequente Zielrichtung der IHK ist die Erhöhung der Zahl der Betriebe, die nach unserer Einschätzung ausbildungsfähig sind, aber aus unterschiedlichen Gründen noch nicht ausbilden. Durch den Einsatz von rund einem Dutzend Ausbildungsplatzberatern und Ausbildungsplatzentwicklern in den vergangenen Jahren sind wir auf einem erfolgreichen Weg, wenn auch das Ziel immer noch nicht ausreichend erreicht ist.

In den vergangenen Jahren haben wir die Zahl der Ausbildungsbetriebe von 3.000 über 3.400/3.800 bis Ende 1997 auf 4.200 erhöhen können. Wir versuchen, auch mit Hilfe des Verbundes, der in der Landesförderung verankert ist, den noch nicht ausbildenden, vor allem Kleinbetrieben, den Einstieg in die Ausbildung zu erleichtern. Organisatorische und personelle Vorteile ergeben sich, wenn ein Leitbetrieb oder auch ein qualifizierter Bildungsträger die Federführung übernimmt. Auch diese Konstruktion führt allerdings teilweise zum Wettbewerb zwischen den eigenständigen Lehrstellen und den Betrieben, die auf öffentliche Förderung – das will ich hier ganz offen betonen – setzen und erst einmal abwarten. Daraus ergibt sich in der Realität auch der Kammerarbeit ein Spagat: neue Berufe, Flexibilisierung durch stärkere Einbeziehung des Lernorts Berufsschule nicht nur für den theoretischen Unterricht, sondern auch – ähnlich wie bei Ausbildungsträgern – für die Federführung im Rahmen von Verbänden; das sind nur einige Facetten. Hinzu kommt, dass wir nach dem relativen Erfolg in einigen – vor al-



Gerhard Severon

lem westdeutschen Regionen – stärker die Ausbildungsfähigkeit und die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen im ausländischen Besitz angehen, um auch hier einen weiteren Beitrag zu leisten.

Gleichwohl sind wir auf der einen Seite zwar recht stolz auf dieses Akquisitionsergebnis: Wir haben die betrieblichen Lehrstellen in Berlin im Bereich der IHK um 4 % erhöhen können und wir haben eine Relation von 81 % betrieblicher Auszubildenden, also 19 % sind über Träger vollständig fremdfinanziert. Um noch einmal auf diese Relation einzugehen, dass in den neuen Bundesländern 80 % der Berufsbildung öffentlich gefördert wird, in Berlin 60 %, wie Frau Bergmann sagte: Es ist eine Entwicklung, die wir auch mit unguuten Gefühlen begleiten, allerdings bedarf sie einer differenzierten Sichtweise. Es besteht ein großer Unterschied darin, ob wir mit 5.000 DM Ausbildungsprämie für die Schaffung betrieblicher Lehrstellen einen gerade für kleine und mittlere Unternehmen kleinen Impuls geben, der ja im Vergleich zu den Ausbildungskosten keine Relevanz hat, im Vergleich zur überbetrieblichen Finanzierung, die 26.000/30.000 DM und mehr kostet. In der Quote der geförderten Lehrstellen ist natürlich die Anzahl enthalten, die diese Anschubhilfe aus dem Landesprogramm erhält. Diese ist bildungspolitisch, volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch vor dem Hintergrund des Zwangs, knappe Mittel vernünftig zu verwenden, doch wesentlich sinnvoller, weil eben die Zielgruppe die betrieblichen Ausbildungsplätze sind.

Trotz aller Probleme ein Blick nach vorne. Eine Perspektive, die neben der Hoffnung und Erwartung, dass von der Wirtschaftsstruktur eine Tendenzwende erfolgt, ist auch als große Herausforderung anzusehen. Wenn wir bis zum Jahre 2010 nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit einem weiteren Rückgang der Gesamtbeschäftigung in Berlin zu rechnen haben, dann ist gleichwohl zu erwarten, dass die Quote der betrieblich Auszubildenden deutlich zunimmt und damit auch die absolute Zahl der betrieblich Auszubildenden. Die Betriebe müssen, wenn dieses Wachstumsziel realisiert werden soll, entsprechende Ausbildungsanstrengungen unternehmen.

Für uns als Kammer ist das ein Argument, um noch mehr Ausbildungsbereitschaft als bisher zu mobilisieren.

Einige Bemerkungen zu den Grenzen der Berufsausbildung: Wir stellen fest, dass wir eine relativ große Zahl – und diese Problematik ist eingebettet in das Thema dieser Tagung – mit Angeboten der Berufsausbildung nicht oder nur schlecht erreichen. Als Vertretung der Wirtschaft sind wir der Überzeugung, dass wir uns diesem Problem, dieser Zielgruppe, zusätzlich zu unseren Bemühungen und Aktivitäten für quantitative und qualitative Verbesserungen auf dem Lehrstellenmarkt, noch stärker widmen müssen. Es gibt bestimmte Lösungsansätze, unabhängig oder neben der Berufsausbildung, um jungen Menschen, vor allem jugendlichen Arbeitslosen, eine Arbeitsmarktperspektive zu vermitteln. Ziel muss die Kombination von Bildung, Qualifizierung und Arbeit sein. Als IHK sind wir an einem Modellprojekt beteiligt, in dem jugendliche Arbeitslose durch einen bekannten Bildungsträger zu Büro-Kauffrauen und Kauffrauen für Bürokommunikation nachqualifiziert werden; das erfolgt in einzelnen Fertigungsmodulen, die in einem Bildungspass zertifiziert werden. Im günstigen Fall – und dazu sind wir ohne Vorbehalte bereit – können sie dann auf diesem Weg, das ist nicht der konventionelle Weg der Berufsausbildung, die Prüfung als Externe vor der Kammer ablegen. Es ist eine wichtige Hilfe,

wenn man diesen Jugendlichen die Fertigkeiten und Kenntnisse, die sie sich angeeignet haben, als einzelne Bausteine zertifiziert. Dazu gehört auch das, was von der Presse so ein bisschen als kleiner Gesellenbrief – aus meiner Sicht fälschlich – hochgejubelt wird. Es gibt keinen zweiten Gesellenbrief, auch aus der Sicht des Handwerks ist das wohl nicht der Fall. Wir sind jedoch bereit, denjenigen, die die Gesamtprüfung nicht bestanden haben und auch nicht mehr bestehen können, nach zweimaliger Wiederholung die bestandenen Fächer zu bescheinigen. Es soll eine Hilfe sein für den Wettbewerb z. B. gegenüber Betrieben, in denen praktische Erfahrung, praktische Fertigkeiten vielleicht größeres Gewicht haben, die häufig bei Nichtbestehen der Gesamtprüfung doch im Vordergrund stehen. In diese Richtung sollte man auf noch viel breiterer Basis neben den Anstrengungen für die Berufsausbildung weitergehen, um dieser Zielgruppe zu helfen. Dieses Thema hat in den Stellungnahmen zum Berufsbildungsbericht seinen Niederschlag gefunden: Nachqualifizierung von jungen Erwachsenen, Orientierung der berufsbegleitenden Qualifizierung an den Ausbildungsordnungen, Qualifizierung in Arbeitsprozessen durch Lernen am Arbeitsplatz. Ich greife hier, weil ich von der Richtigkeit dieser Überlegung überzeugt bin, das Minderheitsgutachten der Arbeitnehmerseite zum Berufsbildungsbericht auf. Ich glaube, hier sind wir gemeinsam gefordert.

Dr. Klaus Heimann, IGM Vorstand Frankfurt/M., Leiter der Abteilung Berufsbildung **Positionen aus der Sicht der Gewerkschaften**

– Impulsreferat –



Gerhard Severon, Dr. Klaus Heimann und Christiane Reckmann (v. l.)

Die gewählten Begriffe sind vielfältig: Die einen sprechen von der Wissensgesellschaft, andere machen sich Gedanken über die Strukturen einer Informationsgesellschaft und wieder andere sinnen darüber, welche Implikationen eine Dienstleistungsgesellschaft wohl haben mag. In jedem Fall gilt, dass in allen Industriegesellschaften gravierende Strukturveränderungen begonnen haben. In der Bundesrepublik sind alle wichtigen Bereiche betroffen: Die Form der Arbeit, die sozialen Sicherungssysteme, der Arbeitsmarkt, die politischen Strukturen und natürlich auch das Bildungssystem mit seinem Teilbe-

reich der beruflichen Bildung. Hier wirken sich insbesondere die lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die Rahmenveränderungen in der Wirtschaft aus. Die Umgestaltung von Produktions- und Organisationsstrukturen, die Veränderungen auf den Märkten insbesondere für Industrieprodukte, aber auch die Möglichkeiten, die sich aus der Telekommunikation ergeben, setzen neue Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt. Um die veränderten Bedingungen und Strukturen in der Arbeitswelt, aber ebenso auch in der Gesellschaft zu erkennen, zu verstehen und in ihrer Entwicklung mitzugestalten, ist Bildung und Qualifikation ein zentrales Instrument. Die neue Gesellschaft und ihre Menschen brauchen nicht weniger und schlechtere, sondern mehr und bessere Bildung. Deshalb ist es bedenklich, wenn die Politik in Umbruch- und Krisenzeiten - in denen zugegeben das Ausmaß an Unübersichtlichkeit wächst -, mit hektischem Krisenmanagement reagiert und dabei die Grundorientierung verliert. Unter dem Deckmantel einer sich modern gerierenden Politik gibt es derzeit in der Bundesrepublik den Versuch, mit einem deutlich geringeren Maß an Bildung die Zukunftsprobleme zu lösen. Geringere Bildungsausgaben, kürzere Bildungszeiten, weniger Förderung, Vergabe von Bildungschancen nach dem Einkommen der Eltern, Verdrängung der Ausbildungsnot - dies sind nur einige der Stichworte, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind. Mit solchen Orientierungen sind die Zukunftsprobleme nicht zu lösen.

Einige Überlegungen zur beruflichen Erstausbildung sollen im folgenden angesprochen werden.

1. These

Mit der Berufsausbildung ist immer seltener der Erwerb eines lange vorhaltenden Bündels von Qualifikationen verbunden. Dennoch bleibt der Erwerb eines Berufes (Berufsprinzip) eine zentrale Lebenskategorie, zu der es keine Alternative gibt.

Mit dem einmaligen Erlernen eines Berufes ist der notwendige Qualifikationsbedarf eines Arbeitnehmers nicht abgeschlossen. Die erste berufliche Ausbildungsphase verhilft in der Regel zwar zum Berufseinstieg. Eine hinreichende Qualifikationssicherung für ein Berufsleben ist die Erstausbildung allerdings schon lange nicht mehr. Berufsbiographien verlaufen zunehmend diskontinuierlicher, insoweit ist die ausschließliche schulische und berufliche Grundbildung überfordert, marktgerechte Qualifikationen anzubieten. Aber selbst dann, wenn der Berufsverlauf kontinuierlich verläuft, zwingt die kürzer werdende Halbwertszeit von Wissen zu kontinuierlichen, berufsbegleitenden Bildungsprozessen. Um ein Beispiel zu nennen: Mehr als 80 % der Erzeugnisse der deutschen Elektroindustrie waren 1997 jünger als 5 Jahre. Tragfähige und konkret umsetzbare Konzepte für lebenslanges Lernen sind allerdings bislang kaum entwickelt worden.

2. These

Die ausreichende Versorgung der Schulabgänger in den nächsten Jahren mit Ausbildungsplätzen lässt sich nur sicherstellen, wenn zusätzliche kollektive Verantwortungsstrukturen in der Wirtschaft aufgebaut werden.

Auf der einzelbetrieblichen Ebene gibt es derzeit keine Möglichkeit, Bildungsentscheidungen aus öffentlichen oder gesellschaftlichen Interessen zu beeinflussen. Der Betrieb bestimmt ganz allein, ob und gegebenenfalls wie er sich an der Gemeinschaftsaufgabe Ausbildung beteiligt. Trotz objektiver Vorteile (ausbildende Betriebe sparen Kosten für Einarbeitung; geringere Kosten für An-/Abwerbung von Fachkräften; verringertes Fehlbesetzungsrisiko; Ausbildung ist Imagefaktor) bei betrieblich organisierter Ausbildung reichen diese als Argumente offenbar nicht aus, um Unternehmensentscheidungen zu verändern. Die Zahl der Betriebe, die sich in den letzten Jahren aus der Ausbildungsverantwortung zurückgezogen haben, ist ständig angewachsen. 1990 wurde noch in gut 28 % der Betriebe (knapp 486.000) ausgebildet. 1994 registrierte die Beschäftigtenstatistik noch knapp 24 % der Unternehmen (384.000) als Ausbildungsbetriebe.

Betriebliche Maßstäbe sind oftmals nicht identisch mit den Ansprüchen der Jugendlichen oder der Gesellschaft nach qualifizierter Ausbildung. Entscheidungen auf der betrieblichen Ebene folgen betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Überlegungen. Andere verbindliche Vorgaben durch Gesetze oder Tarifverträge, z. B. Ausbildungsquoten (Zahl der Auszubildenden zur Zahl der Beschäftigten) oder Finanzaufwendungen für Ausbildung an allen anfallenden Personalkosten oder jährlichen Investitionen, gibt es nicht. Deshalb: Ein erster wichtiger Schritt, um die nicht erbrachten oder unstetigen Bildungsleistungen der Betriebe einzufordern, stellt die verbindliche Einführung entsprechender Vorgaben dar.

Berufliche Erstausbildung ist in vielen Bereichen heute schon nicht mehr auf der Grundlage einer ausschließlichen einzelbetrieblichen Finanzierung durchführbar. Es gibt in der nationalen und europäischen Praxis ergänzende kollektive Konzepte. Wer nicht ausbildet, muss wenigstens zahlen! Dieser von den Gewerkschaften ge-

prägte Slogan ist durch die Rechtsprechung, ausgehend vom Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1980, als umsetzbarer und rechtmäßiger Maßstab für das Handeln von zuständigen Stellen (Kammern) legitimiert worden (z. B. durch das Urteil OVG Münster zur Finanzierung der überbetrieblichen Lehrgänge durch alle Betriebe in der Handwerkskammer Dortmund aus dem Jahre 1993). In vielen Handwerkskammern gibt es zur Finanzierung von Qualitätselementen der Ausbildung (überbetriebliche Ausbildungszeiten) eine branchenorientierte Umlagefinanzierung (zusätzlich oder gesondert ausgewiesen zum Kammerbeitrag).

3. These

Der Strukturwandel in der Wirtschaft erzwingt Reformen in der beruflichen Bildung, die bei den Berufsprofilen dieser Entwicklung Rechnung tragen.

Während die Arbeitsplätze bei den Dienstleistern einen rasanten Aufwuchs erfahren, entwickeln sich entsprechende Berufsangebote in der Ausbildung nur spärlich. Allein zwischen 1979 und 1983 sank der Anteil der mit Fertigungstätigkeiten Beschäftigten von 41 % auf 34 %, während der Anteil der Dienstleistungsberufe von 57 % auf 65 % aufwuchs. Die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge entwickelte sich in dieser Zeit viel langsamer in diese Richtung. Im gleichen Zeitraum sank zwar der Anteil der Fertigungsberufe von 47 % Prozent auf 43 %, der Anteil der Dienstleistungsberufe stieg aber nur von 49 % auf 55 %.

Angesichts dieser Entwicklung steht für den Göttinger Berufssoziologen Martin Baethge fest: „Das Ausbildungssystem verpasst die Entwicklungstrends des Beschäftigungssystems und verbleibt in seiner Berufsstruktur dauerhaft zu konservativ“. Das duale System ist offenbar von der wirtschaftlichen Dynamik abgekoppelt.

Deshalb ist die Forderung von Arbeitsmarkt- und Berufsforschern, die Ausbildungsströme dürften sich nicht zu weit von den potentiellen Beschäftigungsfeldern entfernen, sehr ernst zu nehmen. Nur so ist der Wunsch vieler Jugendlicher, nach der Ausbildung auch eine Beschäftigung im erlernten Beruf zu finden, überhaupt realisierbar. Eine Reihe von Berufen sind zwar Schlüsselberufe der Volkswirtschaft, die in vielen Wirtschaftszweigen ihre Einsatzfelder finden. Dieser Form der Substitution sind jedoch Grenzen gesetzt. Gerade weil berufliches Wissen ein immer kürzeres Verfallsdatum hat, sind die Einstiegschancen keineswegs so beliebig, wie die These von den Schlüsselberufen und ihren breiten Einsatzfeldern suggeriert. Der Weg vom Ausbildungs- zum ersten Erwerbsberuf darf bei aller notwendigen Mobilität nicht zu lang ausfallen.

4. These

Die Probleme einzelner Gruppen von Schulabgängern beim Einstieg ins Berufsleben mit weniger, schlechterer, fragmentierter Bildung beantworten zu wollen, ist ein falscher Weg. Berufliche Bildung mit reduzierten Standards, mit abgesenkter Durchführungsqualität hat keinen Abnehmermarkt.

Für die Bundesregierung und Spitzenorganisationen der Wirtschaftsverbände (BDA, DIHT und ZDH) ist die weitere Differenzierung der Ausbildungswege in der beruflichen Bildung eine zentrale Veränderungsperspektive. Dabei propagieren sie vor allem die Einführung von Kurzausbildungen für sogenannte praktisch begabte Jugendliche.

Für Jugendliche, die den gängigen Anforderungsprofilen nicht entsprechen, sollen neue Ausbildungsgänge entwickelt wer-

den. Im Kern geht es also um zeitlich verkürzte und theoriege- minderte Berufe. Um die neuen Berufe zweiter Klasse von den bisherigen abzugrenzen, kam der Vorschlag, eigenständige Ab- schlüsse (kleiner Gesellenbrief) einzuführen, die weitgehend auf Theorie-Prüfungen verzichten und sich stattdessen an prakti- schen Aufgaben orientieren.

Von den Gewerkschaften und aus weiten Teilen der Berufs- pädagogik gibt es keine Zustimmung für eine weitere Aufspal-

lung der beruflichen Grundqualifikation. Mit Berufen zweiter Klasse, einem zweiten unterwertigen Ausbildungssystem ist den Jugendlichen, die noch ohne Ausbildung bleiben, nicht zu helfen. Die Nachteile der so Ausgebildeten sind in der Tat nicht einfach vom Tisch zu wischen: geringere tarifliche Eingruppie- rung nach der Ausbildung, höheres Arbeitsmarktrisiko, qualita- tiv geringe Ausbildung, das Berufsimago, nur einen Restberuf gewählt zu haben, bleibt lebenslang.

Ergebnisse der Diskussionsrunde nach dem 2. Plenum

Beträge und Fragen der Teilnehmer/-innen:

- An die Wirtschaft richtet sich die Frage, in welcher Form sie das Verfassungsgerichtsurteil umzusetzen gedenke, in dem die berufliche Ausbildung von Jugendlichen als Aufgabe der Wirtschaft definiert wird.
- Problematisiert wird die Situation der Berufsausbildung in den neuen Bundesländern, in denen eine ausreichende In- dustrielle Basis für die Umsetzung des dualen Systems weitgehend fehlt.

Konsens besteht zur Position des Rechtes auf Berufsausbil- dung. Die Frage stellt sich, unter welchen realisierbaren Be- dingungen dieses Recht wahrgenommen, wie der Zugang zur Berufsausbildung gesichert werden kann, angesichts der Wirt- schaftslage in den neuen Bundesländern, der absehbaren Nachfrage von Jugendlichen nach den „Warteschleifen“ und der künftigen demographischen Entwicklung. Diese Proble- matik fordert dringend verbindliche, präzisierte Maßnahmen. Zur Lösung wird u.a. eine verstärkte Steuerfinanzierung vor- geschlagen.

Stellungnahmen der Mitwirkenden:

- Dr. Regine Hildebrandt
In Brandenburg erhält jede/r Jugendliche einen Ausbildungs- platz (Ausbildungsgarantie).
Im ASFG (SPD-Gesetzentwurf) ist die Vermittlung eines Ar- beitsplatzes innerhalb von 6 Monaten fixiert. Das Duale System funktioniert in den neuen Bundesländern in der Praxis nicht. Auch die Ausbildungsabgabe wird wegen fehlender Unterneh- mensstrukturen kritisch gesehen. Lösungsvorschläge müssen die realen Verhältnisse vor Ort stärker berücksichtigen.
- Gerhard Severon
Zur Frage nach Ausbildungsnutzen und Ausbildungskosten: Wir stellen bei unserer Werbung um zusätzliche Ausbildungs- plätze den Nutzen für den Betrieb ganz deutlich in den Vor- dergrund - neben anderen Aspekten wie Sicherung der Fach- kräfteausstattung und damit der Wettbewerbsfähigkeit und der gesellschaftspolitischen Verpflichtung. Dass sich das rech- net, ist beispielhaft für Bereiche des Handwerks; zumindest werden auch in sehr ausbildungskostenintensiven Bereichen

die Bruttoausbildungskosten sehr stark reduziert und relati- viert, wenn man den kurzfristigen Nutzen schon während der Ausbildungszeit im 2., 3. und 4. Lehrjahr, aber dann auch nach der Ausbildung mit in Rechnung stellt. Offen gesagt habe ich im eigenen Bereich, also in den wirtschaftlichen Organisatio- nen, immer davor gewarnt, die Ausbildungskosten zu generell als Ausbildungshemmnis – für viele kleine Betriebe ist es eine schwierige Frage und auch eine Last – hochzustilisieren, weil damit unsere Überzeugungsarbeit vor Ort - Ausbildung bringt per Saldo Nutzen – unterlaufen wird.

Zum Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Umlagefinanzi- rung: In diesem Urteil wird die Verpflichtung der Wirtschaft im Rahmen ihrer objektiven Möglichkeiten festgeschrieben, und die Verpflichtung oder die gesellschaftspolitische Verantwor- tung sehe ich auch in vollem Umfang. Ich meine nur, dass wir bei manchen Pro-Punkten einer Umlagefinanzierung die Kon- trapunkte nicht übersehen dürfen, die nicht dazu führen, dass der Lehrstellenmarkt ergiebiger wird. Ich wüsste nicht, aus der Nähe zu den Betrieben betrachtet, wie man eine solche allge- meine Ausbildungsquote als Schnittstelle festlegen kann, von der an oder unter der eine Umlage erhoben wird. Es gibt in- nerhalb der gleichen Branchen ausbildungsengagierte und ausbildungsintensive Unternehmen, die auf Grund ihrer Struk- tur alle Möglichkeiten ergreifen, aber vielleicht mit 3 % Ausbil- dungsquote, bedingt durch ihre Struktur, zu den Zahlungs- pflichtigen gehören. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsbetriebe in 4 Jahren von 3.000 auf 4.200 nicht mit einem solchen Instrument erreicht hätten. Spielräume sind mit Überzeugungsarbeit besser aus- zuschöpfen als mit einer Zwangsumlage.

- Dr. Klaus Heimann
Bezüglich der von Herrn Severon zitierten objektiven Möglic- keiten der Wirtschaft kann auf die hohen Gewinnmargen der Unternehmen verwiesen werden. Die Wirtschaft prosperiert, erfüllt aber nicht ihre Verpflichtung. Beispiel Berlin: 15.000 der 127.000 IHK-Betriebe haben die Ausbildungsberechtigung, aber nur 4.000 Betriebe bilden tatsächlich aus. Es besteht die Einschätzung, dass auch in den neuen Bundesländern weite- re Betriebe für die Ausbildung gewonnen werden könnten. Die Brandenburger Lösung birgt die Gefahr, dass sich die Wirt- schaft ganz aus der Ausbildungsverantwortung ausklinkt.

Forum 1

Leben ohne Arbeit – Orientierungsverlust, Identitätskrise, gesellschaftliche Ausgrenzung oder alternativer Lebensentwurf für Jugendliche?

Matthias Berninger, MdB, Bündnis 90/Die GRÜNEN

– Statement Forum 1 –

Thema des Forums 1 ist die Frage, welche anderen Ziele junge Menschen verfolgen sollten, wenn ihnen der Zugang zu Berufsausbildung und Erwerbsarbeit verwehrt bleibt. Ob nun Hannah Arendt in "vita activa" (1968), Jeremy Rifkin mit "end of work" (1996) oder die Zukunftskommission von Bayern und Sachsen mit dem Konzept der "Bürgerarbeit" (1997) – es ist modern geworden, die Krise des Arbeitsmarktes moderner Industrieländer zum Anlass zu nehmen, die gesellschaftliche Fixierung auf die Erwerbstätigkeit in Frage zu stellen. Nun stellt sich die Frage, ob die junge Generation damit anfangen sollte. Ich meine, nein.

Die viel zitierte neueste Shell-Jugendstudie kommt zu dem Ergebnis, dass die Sorge um einen späteren Arbeitsplatz junge Menschen heute in starkem Maße und bereits in sehr jungen Jahren umtreibt. Je deutlicher wird, dass Ausbildung und spätere Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt für junge Menschen ein knappes oder jedenfalls ein knapperes Gut als früher geworden ist, desto stärker wird die Fixierung der jungen Generation auf diese Beschäftigungsform sein, desto sinnstiftender und erstrebenswerter wird es ihnen erscheinen, hier unterzukommen. Nach meinem Verständnis ist es nicht die Aufgabe der Politik, diesem elementaren Bedürfnis der jungen Generation mit einem Diskurs über die Zukunft der Gesellschaft und den Bedeutungsverlust von Erwerbsarbeit entgegenzutreten. Wohlfelie Vorschläge, anderen Beschäftigungen nachzugehen, etwa im Rahmen von Freiwilligendiensten, werden von den Jungen zu Recht als Beschwichtigungsversuche der Alten angesehen, die übertünchen sollen, dass sie nicht mehr in der Lage sind, im Rahmen des Generationenvertrages Teilhabe am Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

Eine Politik, die am Ziel festhält, allen jungen Menschen eine vernünftige Berufsausbildung zu bieten und darüber hinaus auch Teilhabe am Erwerbsleben für alle zum Ziel hat, wird von den Befürwortern der These, modernen Industrieländern ginge die Arbeit aus, als visionslos und in alten Strukturen verhaftet angesehen. Gerade als ein junger Vertreter meiner Zunft und einer, der bereit ist, quer zu denken, möchte ich das zurückweisen. Wer heute keine Ausbildung erhält, wird in der Wissensgesellschaft morgen und auch übermorgen ein "Risikokandidat" auf dem Arbeitsmarkt, was die Statistiken über Jugendarbeitslosigkeit und alle damit verbundenen Prognosen eindrucksvoll belegen. Wer gesellschaftliche Spaltung vermindern will, kommt nicht umhin, das Recht auf Bildung vor die Klammer aller Zukunftsdiskussionen zu schreiben. Ohne vernünftige Ausbildung hat man in Zukunft null Chancen. Ich poche auf diese traditionelle Forderung, weil ich befürchte, ein Abrücken davon würde von Jugendlichen nicht verstanden und erleichterte das gesellschaftliche Gewissen hinsichtlich des Skandals fehlender Ausbildungsplätze und späterer Beschäftigungsperspektiven. Künftige Gesellschaften werden sich stärker und nicht schwächer am Leitbild der Erwerbsarbeit orientieren, weil es immer schwerer wird, tatsächlich daran teilzuhaben.

Vollbeschäftigung hat es, ein Blick auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen veranschaulicht dies, in Deutschland nie gegeben. Dennoch kann es durch eine Kombination aus Modernisierung der Wirtschaft und Bereitschaft der Beschäftigten, zugunsten anderer auf Arbeitszeit und Einkommen zu verzichten, zu Entwicklungen kommen, die sehr vielen in der Gesellschaft die Teilhabe am Arbeitsmarkt und Wohlstand sichert. Dazu sind sicher



Dr. Regine Hildebrandt, Christiane Reckmann und Rainer Brückers (v. l.)

tiefgreifende Reformen im Rentensystem, eine Finanzierung sozialer Sicherung über Öko-Steuern und erdrutschartige Veränderungen im Bildungssystem unumgänglich. Meiner Auffassung nach liegt in der Forcierung dieser Veränderungen das Aufgabenfeld der Politik. Es ist gerade die politische Linke in Deutschland, die hier umdenken muss, um die Voraussetzungen in der Zukunft zu schaffen, die sozialen Zusammenhalt sichern.

Die Ermutigung von bürgerschaftlichem Engagement trägt dazu bei, den Umbruch, in dem sich unser Land befindet, zu bewältigen. Akteure der Zivilgesellschaft werden in Zukunft viele Aufgaben besser bewältigen, als das der von der Politik gelenkte Staat vermochte. Die Etablierung der Zivilgesellschaft wird jedoch am ehesten durch politische Entscheidungen begünstigt, die in Richtung der oben genannten Veränderungen wirken. Nicht die traditionelle Politik, schon gar nicht die Bundespolitik, sondern das Engagement vor Ort können gesellschaftliche Klimaveränderungen bewirken. Hierzu sind heute mehr junge Menschen bereit als in der Generation ihrer Eltern. Ich frage mich, ob das trotz oder wegen der ungleichen Verteilung von Lasten und Chancen zwischen jung und alt so ist; jedenfalls ist das ermutigend.

Kerstin Griese, Mitglied des SPD Parteivorstandes

– Statement Forum 1 –

Die Massenarbeitslosigkeit, besonders die Jugendarbeitslosigkeit, ist zur Zeit das größte Problem für die Menschen in der Bundesrepublik und der größte Skandal einer verfehlten Politik der Bundesregierung. Die Ausgrenzung junger Leute, die keine Chance auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz haben, bedeutet für sie eine Ausgrenzung aus der Gesellschaft; Ihre Chancen auf ein eigenständig gestaltetes Leben sinken. Zu viele Jugendliche haben überhaupt keine Wahlmöglichkeit, ob sie einen Beruf bzw. eine Ausbildung ergreifen wollen und welcher Beruf für sie der richtige ist. Erst wenn diese Wahlmöglichkeit besteht, kann auch über alternative Lebensentwürfe jenseits der Erwerbsarbeit nachgedacht werden. Die SPD will nach der Bundestagswahl mit einem Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit für 100.000 junge Frauen und Männer starten. Es geht um das Prinzip Ausbildung und Arbeit statt Jugendarbeitslosigkeit. Die zunehmende Ausgrenzung Nichterwerbstätiger aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben darf nicht länger zugelassen werden.

Bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit spielt die Frage der Ausbildung eine Schlüsselrolle. Diejenigen, die keine Ausbildung haben, haben weitaus schlechtere Chancen auf einen Arbeitsplatz. Deshalb will die SPD eine „Ausbildungsoffensive 99“ starten, um genügend Ausbildungsplätze zu schaffen. Wenn damit nicht genügend Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden können, wollen wir mit einem bundesweiten Leistungsausgleich (Umlagefinanzierung) die Unternehmen, die überdurchschnittlich ausbilden, entlasten und die, die zu wenig ausbilden, belasten.

Auch bei genügender Zahl von Ausbildungsplätzen bleibt das Problem der zweiten Schwelle: Ausgebildete müssen einen Arbeitsplatz finden. Dafür brauchen wir verstärkt Möglichkeiten der Alters- und Einstiegsteilzeit, eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit. Auch wenn noch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können und müssen, wird das Erwerbsarbeitsvolumen nicht unermesslich steigen. Deshalb wird es in Zukunft verstärkt um Arbeitszeitverkürzung gehen, damit diejenigen, die erwerbstätig sein wollen, am Arbeitsleben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Der weitaus größte Teil der Menschen, nach Studien etwa 97 %, möchte erwerbstätig sein; gerade für Jugendliche ist dieser Schritt in die Unabhängigkeit äußerst wichtig. Weil es jedoch Vollbeschäftigung im Sinne lebenslänglicher 40-Stundenwoche nicht mehr geben wird, werden Arbeitszeitverkürzung und gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit zu „bunteren Biographien“ und alternativen Lebensmodellen führen. Zeitsouveränität und Zeitwohlstand werden an Bedeutung gewinnen, wenn – immer vorausgesetzt – diese Entscheidung freiwillig getroffen werden kann. Um solche Biographien zu ermöglichen, muss das Problem gelöst werden, dass bisher eine Abhängigkeit der sozialen Sicherung von der Erwerbsarbeit besteht.

Gerade in der Frage der Verteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen spielt das eine wichtige Rolle. Junge Frauen lassen sich nicht mehr auf ein Rollenklischee festlegen. Sie sind zunehmend gut und besser als die gleichaltrigen Männer ausgebildet. Sie wollen nicht mehr Be-

ruf und Familie irgendwie, auf Kosten des eigenen beruflichen Fortkommens, vereinbaren. Neue Arbeitszeitmodelle müssen deshalb auch bedeuten, dass Männer und Frauen gleichberechtigt Chancen auf Karriere und Familie haben und sich die vorhandene Arbeit gerechter teilen.

Bildung und Weiterbildung werden in der Zukunft eine noch zentralere Rolle spielen, weil man nur mit guter Aus- und Weiterbildung Zukunftschancen auf dem Arbeitsmarkt haben wird. Deshalb will die SPD mit einer BAföG-Reform dafür sorgen, dass die Zukunftschancen junger Leute nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die Ausgaben für Wissenschaft und Bildung, Forschung und Entwicklung, die in den letzten Jahren zurückgefahren worden sind, müssen wieder erhöht werden.

Wir wollen in einem „Bündnis für Arbeit und Ausbildung“ die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Damit werden Zukunftschancen für junge Menschen eröffnet, die erst dann, wenn sie eine Ausbildung und Arbeit haben, sich entscheiden können, zeitweise nicht erwerbstätig zu sein, Kinder zu erziehen, sich weiterzubilden o. ä. Erwerbsarbeit spielt für die Lebensplanung Jugendlicher eine zentrale Rolle zur Identifikation.

Um die Auswirkungen und die daraus resultierenden Konsequenzen einer nicht mehr an der Erwerbsarbeit orientierten Lebensplanung Jugendlicher zu erörtern, sind zunächst drei wesentliche Fakten festzuhalten:

1. Die Lebensplanung Jugendlicher ist im Vergleich zu früheren Jahrzehnten wesentlich flexibler. Dies ist auf die gesteigerten Qualifizierungsanforderungen in der Berufswelt zurückzuführen, die auch Neuorientierungen der Arbeitnehmer hervorrufen. Der Beruf fürs Leben ist ein Auslaufmodell.
2. Die Verfügbarkeit von Erwerbsarbeit wird infolge des industriellen Modernisierungsprozesses weiter sinken. Daraus folgt, dass sich Jugendliche heute auf Lebensphasen einstellen müssen, in denen sie für längere Zeit arbeitslos sein könnten. Dies beinhaltet unter den bislang geltenden Gesichtspunkten eine materiell nicht gesicherte Zukunft.
3. Erwerbsarbeit ist in ihrer bisherigen Funktion als Identifikationspunkt nicht zu unterschätzen. Letztlich ist die in der Shell-Studie zum Ausdruck gekommene Verunsicherung Jugendlicher vor allem darauf zurückzuführen, dass nicht nur die materielle Sicherheit, sondern vielmehr auch die gesellschaftliche Anerkennung und die eigene Identitätsbestimmung über die Erwerbsarbeit erfolgte. Ihre Krise stellt alle bisherigen Lebensentwürfe in Frage.

Die aus den drei genannten Punkten resultierenden Konsequenzen scheinen sehr deutlich zu sein. Zum einen muss angesichts der offensichtlichen Unmöglichkeit einer Wiedererlangung von Vollbeschäftigung an Modellen zur Lebensplanung gearbeitet werden, die abseits der klassischen Arbeitsverhältnisse sowohl ökonomische Sicherheit als auch gesellschaftliche

Anerkennung ermöglichen. Diese müssen insbesondere durch die Vertreter der politischen Parteien transportiert werden, um eine allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz solcher Lebensentwürfe zu ermöglichen. Dabei ist unter anderem an eine Aufwertung der Leistungen zu denken, die im Rahmen ehrenamtlicher und anderer gemeinnütziger Tätigkeiten erbracht werden. Hier sind insbesondere auch die in der Jugendarbeit Tätigen gefragt, die bisher eher als abnorm betrachteten Perspektiven Jugendlicher ohne Arbeit in sozial anerkannte Formen zu transformieren. Letztlich sind alternative Lebenskonzepte nur Ausdruck des Scheiterns des bisherigen Gesellschaftsmodells.

Zum anderen muss die Ausbildung bzw. Bildung sich an den Gegebenheiten eines steigenden Qualifikationsbedarfs in der Berufswelt orientieren. Das bedeutet, dass Ausbildung nur in solchen Bereichen Sinn macht, die auch zukunftsorientiert sind und in denen ein angemessener Bedarf zu erwarten ist. Auch wird die Ausbildung Jugendlicher den in einem Berufsfeld notwendigen und sinnvollen Grundstock an Kenntnissen und Fähigkeiten vermitteln müssen, während weitergehende Bildungsangebote im Laufe des Berufslebens diesen Grundstock ausbauen werden.

Diese beiden wesentlichen Konsequenzen schließen sich dabei nicht aus. Es ist vielmehr dafür zu plädieren, Erwerbsarbeit und dazu alternative Konzepte nicht als starre Lebensprinzipien zu werten, sondern vielmehr als zueinander alternative Lebensphasen. Das würde in der zukünftigen Praxis bedeuten, dass es jedem Jugendlichen ermöglicht werden sollte, den oben angesprochenen Bildungsgrundstock zu erwerben, so dass es ihm auch später durch – ohnehin notwendige – Wahrnehmung von weiterqualifizierenden Bildungsmaßnahmen offen steht, wieder in den Arbeitsprozess einzutreten.

Diskussionsergebnisse Forum 1

Es wurde vorgeschlagen, die Diskussion in drei Bereiche zu gliedern:

1. Recht auf Arbeit, Recht auf Ausbildung
2. gesellschaftliche Lebensentwürfe jenseits von Arbeit
3. Suche nach konkreten Lösungen und Strategien.

Das Recht auf Arbeit sei aus verfassungsrechtlichen Gründen schwer zu verwirklichen, ein Recht auf Ausbildung müsse jedoch verwirklicht werden. Tatsache sei, dass eine Identifikation über Arbeit erfolge, der Wegfall dieser Identifikation bei Arbeitslosigkeit, bei fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten, sei hochproblematisch im Hinblick auf die weitere Entwicklung Jugendlicher.

Ausbildung habe eine Schlüsselrolle, durch solidarischen Leistungsausgleich seien daher für alle Jugendlichen Ausbildungsplätze zu schaffen.

Um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu ermöglichen, forderte Kerstin Griese einen solidarischen Leistungsausgleich, mit dem eine Ausbildungsplatzabgabe finanziert werden solle. Auch müsse ein Sofortprogramm zum Abbau von Jugendarbeitslosigkeit gestartet werden, das 100.000 arbeitslosen Jugendlichen helfen soll; statt Jugendarbeitslosigkeit müssen Ausbildung und Arbeit finanziert werden!

Bildung und Ausbildung hätten eine zentrale Rolle, dies war einhellige Meinung aller Podiumsteilnehmer. Gefordert wurden auch Möglichkeiten mit größerer Flexibilität und größere Veränderungsbereitschaft. Beschäftigt werden, beschäftigt sein, heiße gebraucht zu werden.

Matthias Berninger gab zu bedenken, nicht zu stark auf alternative Lebensentwürfe von Jugendlichen zu setzen, da die neueste Shell-Studie beweise, dass die Jugendlichen schlicht Arbeit wollten.

Die Bedingungen für „buntere“ Lebensentwürfe, d.h. solche, die sich nicht ausschließlich auf Erwerbsarbeit gründen, müssten verbessert werden. Erwerbsarbeit sei für die Identitätsfindung u.U. nicht mehr erforderlich. Das bestehende Rentensystem sei allerdings ein Hindernis bei der Verwirklichung solcher Lebensentwürfe.

Recht auf Bildung und Recht auf Erwerbsarbeit müssten sorgfältig unterschieden werden. Das Duale System funktioniere nicht mehr als historisch bewährter Einstieg in das Arbeitsleben. Das Recht auf Bildung müsse nicht unbedingt in der Form des dualen Ausbildungssystems verwirklicht werden.

Unabdingbar sei die Forderung nach gleichem Zugang zu Rechten und zu Bildung, der gleiche Zugang zur Erwerbsarbeit könne jedoch nicht garantiert werden.

Die Überbewertung der Erwerbsarbeit sei fast zur Perversion verkommen, wurde in Anlehnung an den Club of Rome gesagt. Diesen Überlegungen stehe jedoch entgegen, dass Arbeit, konkret Erwerbsarbeit, für viele Gruppen, z.B. für Frauen, immer wichtiger werde, als Erwerbsquelle und als Mittel zur Selbstverwirklichung.

Angemerkt wurde auch, dass die Bedeutung des dualen Systems als zentrales Ausbildungssystem durch die Verlagerung der Ausbildung immer größerer Teile der Jugendlichen in die Hochschulen zurückgehe.

Zu beobachten sei weiterhin, dass inzwischen ca. zwei Drittel der Erwerbsarbeit als Dienstleistung und nur noch ein Drittel in der Produktion stattfindet. In der Ausbildung sei das Verhältnis noch vielfach umgekehrt, dies sei im Hinblick auf die künftigen Arbeitsmarktchancen bedenklich.

Gefordert wurde eine Verpflichtung der Wirtschaft auszubilden. Angeprangert wurde die Tendenz, Menschen, die nicht erwerbsfähig sind bzw. nicht der Norm entsprechen, offenbar ungestraft aus der Gesellschaft hinausdrängen zu dürfen.

Arbeitslosigkeit wurde deutlich als Skandal der Gesellschaft verurteilt, sie sei auch ein psychologisches Problem der sozialen Kälte, man dürfe sich mit ihr einfach nicht dauerhaft abfinden. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei ebenso ein Weg, aus der Arbeitslosigkeit herauszuführen, wie die Einführung flexiblerer Arbeitszeiten (z. B. durch Arbeitszeitkonten) und eine steuerfinanzierte soziale Grundsicherung.

Auf dem Podium wurde hierbei auch auf den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Kriminalität hingewiesen und ebenso die Verbindung von Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit mit der Gefahr des Abdriftens in Rechtsradikalität und Gewalt thematisiert.

Ca. 25 % der Jugendlichen befänden sich in überbetrieblicher Ausbildung. Benötigt würden auch einfache, nicht-qualifizierte Jobs. Wenn es eine Pflicht zur Arbeit gebe, müsse es auch eine Pflicht zur Ausbildung geben.

Einigkeit bestand darüber, dass Qualifizierung, so notwendig sie sei, nicht alle Probleme lösen werde. Einerseits gebe es Tendenzen zur Überqualifizierung, zu einer Fehlsteuerung im dualen System, denn nicht alle Tätigkeiten bedürften einer Ausbildung; andererseits sind auch nicht alle einer Qualifizierung fähig. Für einfache Jobs gebe es ganz klar einen – noch zunehmenden – Mangel an Arbeitsplätzen.

Es werde in Zukunft weniger Arbeit geben, auch wenn man sie gleich verteile. Vorschläge wurden gemacht, wie man trotz dieser Situation möglichst viele am Erwerbsleben beteiligen könne. Diese Vorschläge reichten von einem Ausbau des Freiwilligen Sozialen bzw. Ökologischen Jahres hin zu Projekten. Letztlich wurde jedoch bei allen diesen Vorschlägen der Alibi Charakter mehr als deutlich.

Hier offenbarte sich, dass auch die Teilnehmer/-innen auf dem Podium eher in traditionellen Denkmustern Vorschläge entwickeln und dabei Beschäftigungsmodelle klassischer Prägung an erster Stelle stehen. Diese Lösungsvorschläge wurden aus dem Publikum des Forums als ohnmächtig gegenüber dem dringenden gesellschaftlichen Problem der Jugendarbeitslosigkeit und als Armutszeugnis der Politik angeprangert.

Hilflosigkeit kam auf dem Podium in der Fragestellung zum Ausdruck, wie die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit bzw. des Gegensteuerns in den nächsten 5 bis 20 Jahren voranschreite, welche Probleme es dann gebe und vor allem, welche Lösungen denkbar und praktikabel wären. M. Berninger empfahl, den Blick nach Dänemark und England zu richten; dort erhielten Jugendliche keine weitere Unterstützung, wenn sie angebotene Arbeitsplätze nicht annähmen; dies sei eine interessante Variante, deren Umsetzung auch in Deutschland geprüft werden solle.

An konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der Situation der betroffenen Jugendlichen wurde genannt, Arbeit neu zu definieren, eine soziale Grundsicherung anzustreben, soziale Arbeit stärker als bisher anzuerkennen, den öffentlichen Beschäftigungssektor durch staatliche Investitionen auszuweiten und die vorhandene und zu schaffende Erwerbsarbeit gerechter zu verteilen. Zudem plädierte man für eine Modularisierung der Ausbildung.

Einigkeit bestand auch darin, dass die Möglichkeit des Experimentierens zur Identitätsfindung bei Jugendlichen, im Sinne einer Teilhabe an der Gesellschaft, unerlässlich sei und dass diese Möglichkeit bei hoher Jugendarbeitslosigkeit für viele Jugendliche nicht mehr gegeben sei. Es wurde betont, dass positive alternative Lebensentwürfe sozial anerkannt und materiell abgesichert sein müssten.

Zu überlegen sei für diejenigen, die den üblichen Qualifizierungen nicht gewachsen seien, Qualifizierung durch Modularisierung. Es sei genug Arbeit für alle da, sie müsse nur anders verteilt werden. Die Politik sei gefordert, hier endlich ernsthaft tätig zu werden.

In der Diskussion wurde insbesondere durch die Einlassungen der Teilnehmer/-innen gefordert, dass sich Politik nicht nur aus Eigeninteresse, sprich Wählerstimmen – hier wurde das Beispiel der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt genannt – der Parlamentarismus- und Parteienkritik der Jugendlichen und ihres Abwendens von demokratischen Mitbestimmungs- und Beteiligungsprozessen eindimensional annehmen dürfe, sondern die Jugendlichen in all ihren Lebenswelten, Problemlagen und Zukunftssängsten ernst nehmen müsse. Politik müsse zwar Bekenntnisse abliefern und Stellung beziehen, aber auch und gerade Konsequenzen ziehen und etwa die Umsetzung von Programmen finanzieren.

Forum 2

Geschlechtsspezifische Entwicklungen und Perspektiven des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes

Gerhard Engelbrech, IAB Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Nürnberg

– Statement Forum 2 –

(Die Langfassung dieses Statements ist beim AWO Bundesverband erhältlich.)

Geschlechtsspezifische Segregation des Ausbildungsmarktes

Der Anteil junger Frauen an allen Auszubildenden hat sich in Westdeutschland von 35% im Jahr 1970 über 38% im Jahr 1980 auf 43% im Jahr 1990 erhöht und nahm bei zunehmender Krise am Ausbildungsstellenmarkt wieder auf 40% bis zum Jahr 1995 ab. In den neuen Bundesländern sank der Anteil weiblicher Auszubildender von ehemals ca. 45% auf 38%. Mit 45% (Männer: 41%) konzentrierten sich 1997 in Deutschland weibliche Auszubildende im Vergleich zu 1994 mit 56% zwar deutlich geringer innerhalb der 10 am häufigsten besetzten Ausbildungsberufe. Die Ausbildungsaufnahme von relativ vielen Jugendlichen in wenigen Berufe ist aber immer noch stark ausgeprägt und unterscheidet sich weiterhin deutlich zwischen den Geschlechtern: Unter den 8 von jungen Männern und Frauen jeweils am häufigsten besetzten Ausbildungsberufen gibt es keinen gemeinsamen.

Als Folge geschlechtsspezifisch segregierter Ausbildungsmärkte zeigte sich, dass

- die Durchschnittsverdienste in männerdominierten und in Mischberufen deutlich höher als in frauendominierten Berufen (horizontale Segregation) sind und
- in männer- und frauendominierten wie auch in Mischberufen Männer ein höheres Einkommen (vertikale Segregation) erzielen als Frauen.

Diese Einkommensunterschiede blieben sowohl in den besseren wie auch schlechteren Zeiten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt der 80er Jahre unverändert bestehen.

Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation von männlichen und weiblichen Jugendlichen in der aktuellen Beschäftigungskrise

Insgesamt gibt es gegenwärtig deutlich unterschiedliche Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Männer und Frauen: Sowohl im Westen, aber vor allem im Osten liegt der Anteil nicht-erwerbstätiger und arbeitsloser weiblicher Jugendlicher über dem der männlichen Jugendlichen.

Westdeutschland:

- Westdeutschland galt noch Anfang der 90er Jahre als ein Land, in dem Jugendliche von der Arbeitsmarktkrise weit weniger betroffen waren als in anderen europäischen Ländern.
- Inzwischen sind drastische Veränderungen eingetreten: Der Anteil jugendlicher Erwerbstätiger ist gesunken. Gleichzeitig stiegen Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit bereits bis 1995 auf 880.000 weiter an. Dabei spiegelt die Arbeitslosenquote nur noch den geringeren Teil der Arbeitsmarktprobleme

wider: Denn mittlerweile liegt, insbesondere bei jungen Frauen, der Anteil der Nichterwerbspersonen (7,5%) unter den Jugendlichen deutlich über dem Arbeitslosenanteil (5,6%).

- Die stark sinkende Zahl der jugendlichen Beschäftigten Anfang der 90er Jahre ist zu 40% auf demographische, zu 60% aber auf Arbeitsmarktgründe und erhöhte - freiwillige oder unfreiwillige - Bildungsbeteiligung zurückzuführen. Ohne den Rückgang der jugendlichen Bevölkerung zwischen 1991 und 1995 um über 1,1 Mio. wäre deren Arbeitslosigkeit bzw. die Nichterwerbstätigkeit nicht um 160.000, sondern doppelt so stark um ca. 300.000 gestiegen.
- Insgesamt zeigt sich, dass in der Arbeitsmarktkrise vor allem der Berufseinstieg schwieriger wurde. Wie in anderen westlichen Industrieländern waren von der rückläufigen Beschäftigung, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, männliche Jugendliche stärker betroffen als die weiblichen Jugendlichen. Dennoch waren 1995 weiterhin mit 13% mehr junge Frauen arbeitslos oder nicht erwerbstätig als junge Männer (11%).
- Eine durch Zuwanderungen im Vergleich zu deutschen Jugendlichen gegenläufige demographische Entwicklung, Sprachprobleme und geringere Qualifikation trugen mit dazu bei, dass ausländische Jugendliche als Problemgruppe zunehmend vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden. Bereits 1995 waren gut ein Drittel aller arbeitslosen Jugendlichen und knapp die Hälfte aller Nichterwerbspersonen dieser Altersgruppe Ausländer. Vor allem junge Ausländerinnen werden zunehmend in die Stille Reserve abgedrängt.
- Die Probleme für Jugendliche am Arbeitsmarkt werden sich zukünftig verstärken. Zwar ist bis Mitte der 90er Jahre die Zahl jugendlicher im Bildungs- und Ausbildungssystem zurückgegangen. Aber sie beginnt wieder zu steigen, denn zahlenmäßig stärkere Jahrgänge wachsen in dieses Alter hinein: Darüber hinaus werden mehr Jugendliche nach "unfreiwilligen" Warteschleifen im Bildungs- und Ausbildungssystem zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängen und die Konkurrenz zwischen den Geschlechtern erhöhen.

Ostdeutschland:

- Von 1991 bis 1995 nahm die Bildungsbeteiligung ostdeutscher Jugendlicher im Alter zwischen 15 und 24 Jahren von 40% auf 60% deutlich zu und lag erstmals leicht über dem Westniveau. Nahezu im gleichen Umfang sank die Beschäftigung. Damit wurde der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland seit 1991 um 350.000 Nachfragen entlastet.
- Junge Frauen waren einem stärkeren Druck des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes ausgesetzt als junge Männer und auf Grund dessen doppelt so häufig arbeitslos bzw. nicht er-

werbstätig (7,6 bzw. 13,2%) sowie zur Abwanderung in den Westen gezwungen.

- Bei höherer Bedeutung einer schulischen (Berufs-)Ausbildung und Hochschulausbildung und größeren Wanderungen in den Westen nahm bei jungen Frauen die Beschäftigung stärker ab als bei jungen Männern.
- In den nächsten Jahren wird es zu einem demographisch bedingten Anstieg der jugendlichen Bevölkerung kommen. Zusätzlich zur vermehrten Nachfrage nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen auf Grund der Bevölkerungsentwicklung wird durch den drastischen Anstieg der Bildungsbeteiligung in den letzten Jahren mit zeitlicher Verzögerung eine wachsende Zahl Jugendlicher das Bildungssystem verlassen und auf den Arbeitsmarkt drängen. Viel stärker als im Westen fand in Ostdeutschland auch im ehemals frauendominanten Dienstleistungsbereich ein Verdrängungswettbewerb zwischen den Geschlechtern zu Ungunsten der Frauen statt.

Obwohl 1997 die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Ost- und Westdeutschland leicht angestiegen ist, wird derzeit der Ausbildungsstellenmarkt bundesweit im wesentlichen von der insgesamt steigenden Zahl der Bewerber für Ausbildungsplätze bestimmt. Gegenläufig hierzu lag aber bis zum März 1998 die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen unter den Vorjahreswerten.

Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation Jugendlicher und zum Abbau geschlechtsspezifischer Diskriminierung

- Insbesondere in der Beschäftigungskrise der 90er Jahre wurde die Qualifikation zur wesentlichen Voraussetzung, um überhaupt am Arbeitsmarkt unterzukommen: So konnten trotz insgesamt dramatischer Beschäftigungseinbrüche zwischen 1991 und 1995 Frauen und Männer mit Fachhochschul- und Universitätsabschluss in West- und in geringerem Maße in Ostdeutschland an Stellen hinzugewinnen. Der Anstieg der Arbeitslosenquote war bis Mitte der 90er Jahre bei höher Qualifizierten weniger auf die rückläufige Zahl der Arbeitsplätze, sondern vor allem auf das zunehmende Erwerbspersonenpotential zurückzuführen. Eine qualifizierte Ausbildung wird auch in Zukunft zwar keine hinreichende, aber eine notwendige Voraussetzung für den Arbeitsmarkt sein.
- Ordnet man die zehn Berufsgruppen, in denen gegenwärtig die meisten typischen Arbeitsplätze für Frauen in den alten Ländern liegen, den Wirtschaftsbereichen zu, so gehören lediglich drei zu den insgesamt zukunftsweisenden sekundären Dienstleistungen: Die nicht-ärztlichen Gesundheitsdienstberufe, die sozialpflegerischen Berufe und die Banken- und Versicherungskaufleute. Fünf Berufe gehören den weniger zukunftsträchtigen bzw. weniger attraktiven primären Dienstleistungsberufen an: Die Bürofach- und -hilfskräfte, die Warenkaufleute, die Rechnungskaufleute/Datenverarbeitungs-fachleute, die Reinigungsberufe und die Gästebetreuerinnen. Auch die übrigen zwei Berufe aus dem Verarbeitenden Gewerbe – Köchin/Küchenhilfe und Montiererin – beinhalten vorwiegend weniger anspruchsvolle und wenig expansive Tätigkeiten. Hier wird deutlich, dass die überwiegend weiblichen (Ausbildungs-)Berufe den Strukturveränderungen hinterherhinken und wie notwendig eine Umstrukturierung der Ausbildungsbeteiligung bzw. -möglichkeiten von Frauen ist.
- Die neuen Informationstechnologien verändern die Arbeitslandschaft erheblich: Einfache „weibliche“ DV-Tätigkeiten

werden abgebaut und beim Zugang zu den neuen Technologien sind Frauen noch erheblich unterrepräsentiert. Auch in den drei am stärksten besetzten neuen Ausbildungsberufen im Informations- und Kommunikationsbereich sind Frauen unterschiedlich vertreten: Bei den mehr kreativen bzw. gestalterischen Werbe- und Mediovorlagenherstellern/-innen (Ende 1997 gab es 1.688 Ausbildungsverträge) lag der Frauenanteil bei 56%. Dagegen waren bei den stärker technisch ausgerichteten Informations- und Telekommunikationselektronikern/-innen (abs. 1.485) lediglich 5% und bei Fachinformatikern/-innen (abs. 1.783) 12% Frauen. Hier zeigt sich exemplarisch, dass Frauen wegen technischer, aber auch kaufmännischer Defizite gerade für eine Beschäftigung im zukunftssträchtigen Multimediabereich häufig noch nicht die notwendigen Voraussetzungen mitbringen.

- Insgesamt kommen den Frauen mit Familienpflichten Flexibilisierungstendenzen wie z.B. Entkoppelung von Betriebs- und Arbeitszeiten, von Betriebs- und Arbeitsort und zunehmende Dezentralisierung entgegen. Die Abkehr vom „Normalarbeitsverhältnis“ birgt aber auch Nachteile: Vor allem bei der weiter erwarteten Verschiebung von – weniger anspruchsvollen – „weiblichen“ Vollzeittätigkeiten auf Beschäftigungsverhältnisse mit geringerer Stundenzahl wird es für Frauen schwierig, existenzsichernd am Erwerbsleben teilzuhaben. Arbeitsbedingungen mit hoher betrieblicher Fluktuation, Mehrfacharbeitsverhältnisse und zunehmender Druck zu selbständiger Tätigkeit machen in Zukunft für Frauen eine möglichst flexibel einsetzbare Qualifikation in stärkerem Maße zur notwendigen Voraussetzung als für Männer.

Bei den gegenwärtigen Ausbildungs- und Arbeitsplatzdefiziten sind staatliche Ausgleichsmaßnahmen zur Gewährleistung einer beruflichen Grundausbildung, insbesondere in Ostdeutschland, zumindest kurzfristig unverzichtbar. Weitere zielgruppenspezifische Maßnahmen können zwar helfen, Qualifikations- und bei ausländischen Jugendlichen Sprachdefizite auszugleichen und der sozialen Ausgrenzung von Jugendlichen entgegenzuwirken. Für den Großteil der weiblichen – und auch männlichen – Jugendlichen kommt es aber darauf an, zusätzliche Ausbildungsangebote und eine Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Die weitere Abfederung der zusätzlichen Nachfrage von Jugendlichen am Arbeitsmarkt durch Bildungswarteschleifen oder Formen der Nichterwerbstätigkeit kann kaum mehr als eine vorübergehende Linderung der Arbeitsmarktprobleme bringen. Es besteht vielmehr zunehmend die Gefahr, dass Jugendliche dann verspätet auf den Arbeitsmarkt kommen und auf Grund der nachgewachsenen geburtenstarken Jahrgänge unter größerem Konkurrenzdruck stehen. Ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot liegt aber sowohl im Interesse der Jugendlichen als auch der Betriebe: Es ist Voraussetzung für den Erhalt erworbenen Humankapitals, für die Verjüngung der alternden Arbeitsgesellschaft und damit für die Sicherung eines qualifizierten Beschäftigungspotentials für einen konkurrenzfähigen Standort Deutschland.

Hannelise Feldkamp, ÖTV Bezirk NW I Düsseldorf, Gewerkschaftssekretärin für Gesundheitswesen und Frauen

– Statement Forum 2 –

1. Die Konkurrenz am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für junge Frauen verschärft sich zusehends, obwohl die Mädchen bekanntermaßen deutlich bessere Schulabschlüsse als die Jungen vorweisen. Nach wie vor finden junge Frauen trotz der Initiative „Mädchen in Männerberufen“ kaum Zugang zu männlich dominierten Ausbildungsberufen. Einer der Gründe ist der zu beobachtende Abschottungsmechanismus in Wirtschaftsbetrieben, dass nach der Ausbildung eine Weiterbeschäftigung nur in geringem Maße erfolgt.
2. In den neuen Bundesländern gab es keine geschlechtsspezifische Trennung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes. Selbstverständlich fand Ausbildung und Berufstätigkeit in sogenannten Männerberufen wie z. B. in der Technik, im Handwerk, den Baubereichen u. a. statt. Heute dagegen sind Ausgrenzungen von Frauen aus diesen Berufen scheinbar natürlich und hinzunehmen. Inzwischen werden wieder jeweils über 80% der jungen Männer in Männerberufen und der jungen Frauen in Frauenberufen ausgebildet.
3. Nach der Shell-Studie haben Mädchen und junge Frauen eine wesentlich höhere Kommunikations-Kompetenz, ein wesentlich höheres Einfühlungsvermögen, sind beim Austausch von Meinungen toleranter und interessierter, lesen wesentlich mehr und sind vielseitiger, haben einen realeren und klareren Zukunftshorizont und neigen eher zu tätkräftigem Engagement, aber durch tradierte Vorurteile sowohl von den Eltern als auch von den Schulen und den Ausbildungsbetrieben findet das Fördern dieser Stärken kaum statt.
4. Weit weniger als die Hälfte der jungen Frauen befindet sich in einem Dualen Ausbildungsverhältnis. Auch hier ist ein Trend der Ausbildungsvermittlung und der zur Verfügung stehenden Berufe im Dualen System fast ausschließlich in „frauentypischen Berufen“ wie z. B. Arzthelferin, Friseurin u. a. festzustellen. Dabei treffen für diese Berufsausbildungen größere Übernahmeprobleme nach erfolgreichem Abschluss, höhere Arbeitslosigkeit, geringere Durchschnittsverdienste, schlechtere Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten u. a. immer noch zu.
5. Bei der Geschlechterbetrachtung in beruflich qualifizierenden Berufsfachschulen sind junge Frauen in deutlicher Überzahl. Eine Ausbildungsvergütung gibt es kaum, teilweise wird noch Schulgeld von den Absolventinnen erhoben. Auch in diesem Bildungssystem sind geringere Chancen für den anknüpfenden Arbeitsmarkt gegeben. Am Ende der Ausbildung besteht auf Grund der nicht vorhandenen Verzahnung zwischen Betrieb und Schule ein reduzierter Vermittlungsgrad in den Arbeitsmarkt. Es werden immer wieder Übergangs- und Integrationsprobleme durch die vornehmlich überbetriebliche, schulische Ausbildung beschrieben (vgl. Berufsbildungsbericht 1996, 1997).
6. Um Chancengleichheit für junge Mädchen zu erreichen, sind geschlechtsspezifische Barrieren aufzubrechen, Mädchen im Prozess der Berufswahl offensiver zu unterstützen, fehlende Vorbildfunktionen auszugleichen u. a.
7. Bisherige Maßnahmen wie Ausbildungskonsense, tarifvertragliche Regelungen, Werbeaktionen von Politik und Verbänden, Spendenaktionen und Stiftungen, Runde Tische vor Ort u. a. haben als Instrumente für mehr Ausbildungsplätze und Chancengleichheit nicht ausgereicht.
8. Für die Zukunft unserer Jugend und unserer Gesellschaft ist die beste Ressource qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in gesicherten Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen. Dazu sind Gesetze und tarifliche Regelungen weiter auszugestalten.
9. Eine gesetzlich geregelte umlagefinanzierte Ausbildung schützt und sichert bestehende Ausbildungen, schafft zusätzliche Ausbildungsplätze, erhält das Duale Ausbildungssystem, welches weiter ausgebaut werden muss.
10. Gesetzliche Regelungen können für das Ausbildungsjahr 1998 nicht mehr realisiert werden. Deshalb müssen positive Gemeinschaftsinitiativen unter Beteiligung der Gewerkschaften fortgeführt werden. Dabei sind nachfolgende Punkte u. a. besonders zu berücksichtigen: Öffentliche Finanzierung sollte nur für Maßnahmen zur Verfügung stehen, die eine volle berufliche Qualifizierung ermöglichen, Erreichung einer bundesweiten Anerkennung des Berufsgrundschuljahres, Fortführung der Kofinanzierung von Praktikumsmaßnahmen für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss und Umsetzung der Quotierung zu Gunsten von Mädchen und jungen Frauen.

Ulla Schmidt, MdB, Vorsitzende der Querschnittsgruppe für die Gleichstellung von Frau und Mann der SPD-Bundestagsfraktion

– Statement Forum 2 –

Geschlechtsspezifische Strukturen

Mädchen haben in der schulischen Bildung aufgeholt bzw. die Jungen überholt. Das Qualifikationsniveau junger Frauen und Mädchen ist heute so hoch wie noch in keiner Generation zuvor. Dennoch haben sich die geschlechtsspezifischen Strukturen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes dadurch nicht wesentlich verändert. Zwar konnte der Mädchenanteil in einigen typischen Männerberufen auf Grund der spezifischen Förderung während der 80er Jahre durchaus deutlich ausgeweitet werden. Dieser positive Trend hat sich jedoch mittlerweile abgeschwächt, stagniert oder ist sogar wieder rückläufig. Auf Grund demographischer Entwicklungen und gewandelter Qualifikationserfordernisse kann die Wirtschaft insgesamt aber nicht auf einen steigenden Frauenanteil verzichten.

Situation auf dem Ausbildungsmarkt

Der Ausbildungsplatzabbau trifft vor allem die Mädchen. Die Zahl der weiblichen Auszubildenden ist zwischen 1991 und 1996 um 8,4 % zurückgegangen, bei den männlichen waren es nur 1,5 %. Von den 1996 in Ausbildungsstellen Vermittelten waren 42 % Frauen. Bei der schulischen Berufsausbildung sowie in der Schule des Gesundheitswesens lag der Frauenanteil bei 77 %.

Die Schere hat sich seither weiter geöffnet. Von den auch im Januar '98 noch unvermittelten Bewerbern aus dem Vorjahr sind nun schon 53 % Mädchen – bei einem Anteil von 49 % an der Gesamtzahl der Bewerber.

Mädchen haben nicht nur gute Schulabschlüsse, sondern auch gute Ausbildungsabschlüsse: 86,5 % bestehen die Prüfung, während es bei den männlichen Azubis nur 83,3 % sind. Besonders deutlich wird dies im Handwerk, wo nur 78,1 % der Jungen, aber 84,2 % der Mädchen erfolgreich die Lehre abschließen.

Warteschleifen für Mädchen

Während die Jungen die betrieblichen Ausbildungsplätze bekommen haben, wurden die Mädchen eher in die Warteschleifen geschickt.

Besonders beliebt ist die Verweisung der Mädchen in Berufsfachschulen und andere berufliche Schulen. Dass es sich dabei nicht um echte Alternativen zu Ausbildungsstellen handelt, zeigt die hohe Quote von Mädchen, die sich aus solchen Fachschulen heraus auf dem Ausbildungsmarkt bewerben: 19,8 % der Bewerberinnen kommen mit dieser Vorbildung, aber nur 13,6 % der Bewerber. In Westdeutschland hat mittlerweile jedes 4. Mädchen, das einen Ausbildungsplatz sucht, den Umweg über solch eine Warteschleife genommen.

Mehr Chancen für Mädchen

Nach wie vor werden Mädchen bei ihrer Berufswahl von den Eltern, von der Schule und auch von der Arbeitsverwaltung nicht ausreichend ermutigt, ihr Berufswahlspektrum auszuweiten und zukunftssichere und besser bezahlte Berufe anzustreben. Hier ist immer noch viel Bewusstseinsbildung nötig.

Was also muss geschehen, damit Mädchen in den nächsten Jahren angesichts der sich zuspitzenden Lage am Arbeitsmarkt nicht noch weiter ins Hintertreffen geraten?

Mädchen dürfen sich nicht länger auf die traditionellen Berufsfelder beschränken. Sie brauchen dazu Ermutigung von Eltern und Lehrern, aber auch von den Beratern und Beraterinnen in der Arbeitsverwaltung. Sie sollten sich nicht abspesen lassen mit vollzeitschulischen Ausbildungen, die den Berufseinstieg längst nicht so gut sicherstellen wie eine duale Berufsausbildung.

Überall, wo Mädchen sich bewerben, sollten sie generell mindestens die Hälfte der zur Verfügung stehenden Plätze erhalten. Angesichts ihrer guten schulischen Vorqualifikation dürfte dies im Interesse der Arbeitgeber sein. Frauenbeauftragte in Unternehmen sollten auf die Einhaltung einer Mädchenquote bei den Ausbildungsplätzen ebenso achten wie die Betriebs- und Personalräte.

Arbeitgeber, vor allem im Handwerk, sollten endlich ihre Vorurteile ablegen und auf Mädchen als Ausbildungsplatzbewerber zugehen. Diejenigen, die über den Mangel an qualifizierten Bewerbern klagen, sollten sich endlich einmal bei den Bewerberinnen umsehen. Hier ist Qualifikation in hohem Maße vorhanden.

Nicht die Mädchen, sondern die Jungen sollten in verstärktem Maße in schulische Weiterqualifikation geschickt werden. Sie könnten davon weit eher profitieren als die Mädchen, deren gute schulische Voraussetzungen in keinem Verhältnis stehen zu den oftmals mäßig anspruchsvollen Berufen, in denen sie hinterher landen.

Vor allem aber muss das Angebot an betrieblichen Berufsausbildungsplätzen wieder steigen. Die Zahlen zeigen eindeutig: Es liegt nicht an der Qualifikation und der Bereitschaft der Mädchen, dass sie nicht unterkommen, sondern an dem riesigen Mangel an Ausbildungsplätzen. Deshalb brauchen wir die Umlagefinanzierung. Mädchen werden davon in besonderem Maße profitieren.

Die Entwicklung des Lehrstellenmarktes im Bereich der IHK Berlin in den vergangenen Jahren sowie eine Vorausschau bis ins kommende Jahrtausend zeigen ein außerordentlich differenziertes Bild. So ergibt überraschend die Entwicklung des Bestandes an Berufsausbildungsverhältnissen im Bereich der IHK zwischen 1993 und 1997 einen Zuwachs des Anteils weiblicher Auszubildender von 38,7 % auf 47,4 %. Gleichwohl lag der Anteil bei den gewerblich-technischen Berufen 1997 mit 14,8 % auf relativ niedrigem Niveau auch im Vergleich zu 9,6 % im Jahre 1993. Entscheidende Impulse für den gestiegenen Anteil weiblicher Auszubildender an der Gesamtzahl gingen von den Neueinstellungen aus: Während 1993 lediglich 43,5 % von den neuen Ausbildungsplätzen von weiblichen Auszubildenden besetzt worden waren, waren es 1997 51,3 %.

Dieser Trend steht im engen Zusammenhang mit der veränderten Wirtschaftsstruktur in Berlin in den vergangenen Jahren. Sie wurde vor allem durch den Rückgang des produzierenden Bereichs, also vor allem der verarbeitenden Industrie und durch den Zuwachs im Dienstleistungssektor bestimmt. Der gestiegene Frauenanteil an der Lehrlingsausbildung wurde außerdem davon beeinflusst, dass sich die öffentlichen Förderprogramme in starkem Maße als Auffangnetz für fehlende betriebliche Ausbildungsplätze auf die beiden Büroberufe – Bürokauffrau und Kauffrau für Bürokommunikation – konzentrierten. Als Fazit für die Entwicklung in den 90er Jahren lässt sich feststellen: Die Akzeptanz technischer Berufe durch Schulabgängerinnen liegt nach wie vor auf niedrigem Niveau. Gleichwohl deutet der gestiegene Anteil der weiblichen Auszubildenden insgesamt darauf hin, dass sich mit der Tendenz Berlins zur Dienstleistungsmetropole für sie neue Chancen eröffnen. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Medienberufe und die Berufe der Informations- und Kommunikationstechnik zu nennen. In diesen neuen Berufen, in denen auch ein hohes Maß an technischem Verständnis gefragt ist, sollten auch den jungen Frauen große Chancen eingeräumt werden.

Nach einer Vorausschau eines Gutachtens des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zum Thema "Beschäftigungsperspektiven und Qualifikationsanforderungen in Berlin bis zum Jahre 2010" wird sich auch bei rückläufiger Entwicklung der Gesamtbeschäftigtenzahl in Berlin ein Anstieg des Bedarfs an betrieblich ausgebildeten Arbeitskräften von rund 590.000 im Jahre 1995 auf 690.000 im Jahre 2010 ergeben. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass nach den Erwartungen des DIW sich die Tertiarisierung der Wirtschaft, also der Trend zu einem höheren Dienstleistungsanteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten, weiter fortsetzt. Das DIW nennt innerhalb des Dienstleistungsbereichs folgende Berufe mit einem wahrscheinlichen Schwerpunkt künftigen Fachkräftebedarfs:

- Informations- und Kommunikationsberufe
- Büroberufe
- Industriekaufleute
- Berufe der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft
- beratende Berufe der produktionsorientierten Dienstleistungen wie Fachgehilfen in Steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen sowie Rechtsanwalts- und Notargehilfen

Mit dieser grundlegenden Weichenstellung ergeben sich zwar für die beruflichen Chancen junger Frauen zumindest keine ungünstigen Perspektiven, aber es bedarf flankierender Maßnahmen, damit diese Perspektiven genutzt werden können. Dazu gehört eine wirkungsvolle Berufsberatung, die auf die Vielfalt der neuen Dienstleistungsberufe hinweist, aber auch verstärkte Aktivitäten in den allgemeinbildenden Schulen, um mit den Anforderungen der Arbeitswelt in einem möglichst frühen Stadium der Berufsplanung etwas vertraut zu machen. Darüber hinaus bedarf es gezielter Aufklärungsarbeit mit einer erhöhten Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungsbereitschaft ausländischer Betriebe, um auch auf diesem Wege die beruflichen Chancen für junge Immigrantinnen zu verbessern.

Diskussionsergebnisse Forum 2

1. Ziel aller Vorschläge ist die Überwindung geschlechtsspezifischer Segmentierung am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.
2. Die Humankompetenzen von Frauen sind in der Wirtschaft zunehmend gefragt und müssen in der Praxis des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes mehr Wertschätzung erfahren.
3. Um Chancengleichheit für junge Frauen zu erreichen, muss ein Wandel des Rollenverständnisses – von der Familie über den Kindergarten über die Schule bis zur Ausbildung – gestärkt werden.

Diskussionsbeiträge dazu:

- Die Ursachen für die eingeschränkte Berufswahl von Mädchen sind vielschichtig; z.B. sind auch DDR-

Mädchen aus Ingenieurberufen in Verwaltungsberufe abgedriftet. Frauen in den neuen Bundesländern sind allerdings vielfach noch der irrtümlichen Auffassung, gleiche Chancen zu haben.

- In der Arbeitslosigkeit junger Männer liegt ein erhebliches Potential für Rechtswähler und Gewalttätigkeit. Junge Frauen zeigen hingegen Rückzugstendenzen. Zunehmend ist eine arbeitslosigkeitsbedingte Rück-Fixierung von Mädchen wieder auf die Mutterrolle zu beobachten (als alternativer Lebensentwurf). Angesichts der sozialen Folgewirkungen eines Rückzugs aus der Erwerbsarbeit lässt sich abschätzen, dass die Investition in die Berufsausbildung von Mädchen sich rechnet.

- Umsetzungsmöglichkeiten zur Veränderung von Rollenverteilung: Vermittlung von Schülerinnen in „Männerberufs“-Praktika, Quotierung der Ausbildungsplätze, Zeitflexibilisierung, Elternurlaubs- statt Erziehungsurlaubsgesetz – mit einer schon seit vielen Jahren geforderten, aber bisher nicht durchsetzbaren Aufteilung des Erziehungsurlaubs.
 - Ein Wandel ist nur über finanzielle Anreize für die Wirtschaft durchzusetzen.
 - Ein Umdenken ist zwar im Gange, wird jedoch ein langwieriger Prozess sein. Z.Zt. werden sowohl Frauen (z.B. als Alleinverdienerin in der Familie) als auch Männer (z.B. bei Wahrnehmung des Erziehungsurlaubs), wenn sie ihre traditionellen Rollen verlassen, noch diskriminiert. Eine Chance besteht darin, dass Frauen mit guter Ausbildung immer weniger bereit sein werden, auf Erwerbstätigkeit zu verzichten. Quotierung wird abgelehnt.
 - Die Entwicklung ist pessimistischer einzuschätzen, ob und wann von Frauen und Männern ein neues Rollenverhalten praktiziert wird. Das Hauptproblem wird sein, dass Männer einen Teil ihrer Privilegien abgeben müssen.
 - Das Thema neues Rollenverständnis muss in die Ausbildung von Pädagog/-innen integriert werden. Zusätzlich müssen sie zur Teilnahme an Selbstreflexionskursen verpflichtet werden.
4. Berufsberatung darf nicht nur auf eine Ausbildung in frauenspezifischen Berufen ausgerichtet sein. Junge Frauen sollten auch aktiv zur Ausbildung in „Männerberufen“, in den zukunftssträchtigen Dienstleistungs- sowie Medienberufen ermuntert/vermittelt werden.
5. Es muss eine Umverteilung von bezahlter (Arbeitszeitverkürzung) und unbezahlter (jetzt nicht bezahlter) Arbeit stattfinden. Vorschläge für Rahmenbedingungen zur Umsetzung eines Bündnisses für eine gerechtere Verteilung von Arbeit, z.B.:
- 6-Stunden-Tag für alle (s. Dr. Kurz-Scherf: „Bündnis für weniger Arbeit“) plus „Entschädigung“ für Familien-/Ehrenarbeit
 - Abschaffung des Ehegattensplittings und der Steuerklassen-Aufteilung III/IV
6. Überwiegend besteht Konsens zur Quotierung (von jeweils angebotenen Ausbildungsberufen), von einigen wurde sie abgelehnt. Vorschläge zur Umsetzung der „Reservierungsquote“ (50% der Ausbildungsplätze):
- Aufgrund der gemeinsamen Verpflichtung von Staat und Wirtschaft zur Sicherstellung der Ausbildung sollen Frauenbeauftragte und Betriebsräte in größeren Betrieben für die Einhaltung sorgen.
 - Mädchen sollen ermuntert, Lehrer und Eltern angeregt, Wirtschaft/Handwerk informiert/einbezogen werden (mit guten Qualifikationen und Kompetenzen von Mädchen werben).
 - Umsetzung eines Elternurlaubsgesetzes: durch Rechtsanspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit für beide Eltern, bessere Anrechnung auf den Rentenanspruch, Anhebung der Einkommensgrenzen in der Rentenversicherung und Flexibilisierung des Erziehungsgeldes. Der Elternurlaub muss verbindlich geteilt werden. Studien zeigen, dass 60% der Arbeitsplätze nach 1 Jahr Erziehungsurlaub wegfallen.
- In der ÖTV bestehen gute Erfahrungen mit Quotierung und Frauenförder- und Gleichstellungsplänen.
7. Das Duale System soll beibehalten, schulische Ausbildungsgänge sollen integriert werden.
- Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind für die Beibehaltung des Dualen Systems, der bewährten Kombination von Praxisnähe und Theorievermittlung in Berufsschulen.
- Die Ausbildungsumlage wird unterschiedlich bewertet: als bewährtes Finanzierungsinstrument (wie z.B. im Baugewerbe und seit 15 Jahren bei der Hebammenausbildung in NRW) bzw. als kontraproduktiv. Beispiel Mercedes: Dort werden 300 Jugendliche ausgebildet (= viel zu wenige bei 30.000 Beschäftigten). Da die Betriebe nicht zur Ausbildung zu zwingen sind, stellt sich angesichts zu erwartender Entwicklungen und Einschätzungen die Frage nach der Zeitgemäßheit des Dualen Systems
- im Verwaltungsbereich: Vorgaben der Personaleinsparung,
 - in der Industrie, z.B. Maschinenbau: bilden nicht aus, klagen aber über Facharbeitermangel. Die Industrie ist auf eigene Ausbildung angewiesen; die Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung wird sonst bei geringen Ausbildungsquoten zu erheblichen Problemen führen. Qualifikationspotentiale bedeuten einen Wettbewerbsvorteil; wegen der Zukunftsanforderungen an Qualifikationen muss der Anteil von Bildung und Lernen erhalten werden.
 - Gefahr der Umlage, dass sich die Betriebe freikaufen. Viele Betriebe sind zudem wegen fehlender pädagogischer Bedingungen nicht zur Ausbildung zugelassen.

Forum 3

Arbeitsmarktpolitik – öffentlich geförderte Beschäftigung – kommunale Beschäftigungspolitik

Bernd Buchheit, Referent für Arbeitsmarktpolitik und Soziale Sicherung,
SPD-Bundestagsfraktion

– Diskussionsbeitrag Forum 3 –

Bevor ich auf die Vorschläge der SPD zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingehe, zunächst noch eine Anmerkung zu Herrn Wolf: Ich stimme ihm zu, dass die Erwerbsarbeit sich offenkundig in einem Prozess des Wandels befindet. Nicht zustimmen kann ich ihm darin, dass er den Wandel der Erwerbsarbeit gleichgesetzt hat mit der Abkehr vom sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Dies ist aus meiner Sicht ein unzulässiger Kunstgriff: Der Wandel der Erwerbsarbeit ist bedingt durch den wirtschaftlichen Strukturwandel, durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien und durch verschärften internationalen Wettbewerb. Er führt zu neuen Arbeitszeitorganisationen, neuen Arbeitszeitmodellen und auch zu mehr Teilzeitarbeit. Das alles sind unbestreitbare Tatsachen. Die für die Politik entscheidende Frage ist allerdings, wie sie auf diesen Wandel der Erwerbsarbeit reagiert und mehr noch, wie sie ihn positiv gestalten kann und will. Und dabei kann man einfach nicht so tun, als hätten wir in der Bundesrepublik in der Bevölkerung oder bei den politischen Parteien eine Mehrheit für eine Abkehr vom sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Nach meiner Beobachtung ist das Gegenteil richtig: Es kommt deshalb darauf an, die in der Bundesrepublik an das Vorliegen eines Beschäftigungsverhältnisses geknüpfte Soziale Sicherung an den Wandel der Erwerbsarbeit anzupassen, nicht darauf, den Wandel der Erwerbsarbeit und die Abnahme von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gleichzustellen.

Um es am Beispiel der ebenfalls von Herrn Wolf angesprochenen Selbständigkeit konkret zu machen: Ich unterstreiche die These, dass wir mehr Selbständigkeit in Deutschland brauchen. Aber wenn mehr Selbständigkeit heißen soll, dass z.B. eine bisher abhängig beschäftigte Köchlerin jetzt auf einmal angeblich Speisen und Getränke vom Wirt kauft, um sie mit eigenem unternehmerischen Risiko an den Gast zu verkaufen, dann ist dies keine Selbständigkeit im klassischen Sinne, sondern Scheinselbständigkeit. Ihr alleiniges Ziel ist es, die an ein Beschäftigungsverhältnis geknüpften Sozialversicherungsbeiträge und andere Arbeitnehmerschutzrechte zu umgehen, mit einer zukunftsorientierten Gestaltung des Wandels der Erwerbsarbeit hat dies nichts zu tun. Etwas ähnliches gilt für die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse: Ihr starker Zuwachs in den letzten Jahren ist kein Beleg für eine neue Form der Erwerbsarbeit, sondern eindeutig ein Missbrauch des geltenden Sozialversicherungsrechts. Gleichzeitig haben wir ein staatliches Steuerungsversagen, weil die Politik auf diesen offenkundigen Missbrauch jahrelang nicht reagiert hat. Diese fehlende Reaktion und nicht irgendeine Anpassung an den Wandel der Erwerbsarbeit ist das eigentliche Problem.

Jetzt zum eigentlichen Thema dieser Tagung, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Vorrangig ist dabei für die SPD keine Diskussion über neue Instrumente im technischen Sinne, wie das bisher in der Diskussion angeklungen ist. Was wir wirklich nötig

haben, ist ein neues Denken, einen deutlichen Kurswechsel bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Vor allem ist ein gesellschaftlicher Konsens erforderlich, dass wir Arbeitslosigkeit wirklich ernsthaft bekämpfen wollen. Wir brauchen ein neues **Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit**, weil ohne eine gemeinsame Anstrengung aller gesellschaftlichen Gruppen von Gewerkschaften, Arbeitgebern, Kirchen und Staat Arbeitslosigkeit auf Dauer nicht erfolgreich bekämpft werden kann.

Zweitens brauchen wir **mehr Finanzmittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik**, wenn wir künftig **Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren** wollen. Denn die Kürzung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die von der Bundesregierung in den letzten Jahren vorgenommen worden sind, wirken sich auch unmittelbar auf die Jugendarbeitslosigkeit aus. Das lässt sich an einigen wenigen Zahlen verdeutlichen: 1993 hatte die Bundesanstalt für Arbeit knapp 65 Mrd. DM für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verfügung, 1998 werden dies nur noch gut 40 Mrd. DM sein. Und das, obwohl die Arbeitslosigkeit seit 1993 um rd. 1 Mio. im Jahresdurchschnitt gestiegen ist. Zwangsläufige Folge: Die Entlastung des Arbeitsmarktes durch aktive Arbeitsmarktpolitik wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Lohnkostenzuschüsse oder andere Instrumente des Arbeitsförderungsrechts betrug 1993 noch 1,8 Mio. und ist 1997 auf lediglich 1,1 Mio. Personen gesunken. Anders formuliert: Allein 700.000 von den 1 Mio. Zuwachs an Arbeitslosen ist ausschließlich auf den finanziellen Rückzug aus der Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen. Es ist deshalb unerlässlich und vorrangig, dass für die Arbeitsmarktpolitik wieder mehr Finanzmittel zur Verfügung stehen. Daneben brauchen wir auch Kontinuität in der Arbeitsmarktpolitik. Im letzten Jahr gab es z.B. quartalsweise Zuweisungen der Mittel der Bundesanstalt für Arbeit mit der Folge, dass die Träger von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vor Ort keinerlei Planungssicherheit hatten. Neben dem Einsatz von mehr Finanzmitteln brauchen wir deshalb auch zugleich eine längerfristige Perspektive für die Arbeitsmarktpolitik.

Drittens ist ein **Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** erforderlich, das mindestens zwei zentrale Elemente enthält: Zum einen müssen alle ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein zumutbares Ausbildungsplatzangebot erhalten. All diejenigen Maßnahmen, wie sie heute morgen von Frau Ministerin Hildebrandt für Brandenburg dargestellt wurden, müssen dabei bundesweit durch das Arbeitsförderungsrecht abgesichert und dann auch durchgeführt werden: Dazu gehören die Bildung regionaler Konsensrunden vor Ort, um zusätzliche Ausbildungsplätze zu erschließen, die Zusammenführung kleinerer Betriebe zu Ausbildungsverbänden und die Bereitstellung auch überbetrieblicher Ausbildungsplätze. Eine betriebsübergreifende Finanzierung der Berufsausbildung durch eine Umlage ist als ultima ratio dann erforderlich, wenn weder die Arbeitgeber ihrer Ausbil-

dungspflicht nachkommen noch tarifvertragliche Regelungen oder Kammerumlagen eine Berufsausbildung für alle Jugendlichen sichern.

Zum anderen muss ein Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nicht nur Ausbildungsplätze bereitstellen, sondern auch die Jugendarbeitslosigkeit jährlich um 100.000 Personen senken. Wir wollen dies dadurch erreichen, dass jeder Jugendliche nach spätestens 6 Monaten Arbeitslosigkeit einen Rechtsanspruch auf eine Ausbildung, eine Qualifizierung oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhält. Wenn diese Beschäftigung nicht im ersten Arbeitsmarkt zu finden ist, dann muss sie notfalls im zweiten, einem öffentlich finanzierten Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Wesentliches Ziel eines solchen Rechtsanspruches für Jugendliche ist auch, Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen zu verhindern.

Viertens muß mittelfristig eine **grundlegende Überarbeitung des Arbeitsförderungsrechtes** erfolgen. Dabei muss der Vorrang aktiver Arbeitsförderung gesetzlich festgeschrieben werden. Heute entfallen rd. 27 % der Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit auf Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Rest dagegen auf die Finanzierung von Arbeitslosigkeit. Mittelfristiges Ziel der SPD ist es, den Anteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf etwa 50% zu steigern und in die Arbeitslosenversicherung einen geregelten Bundeszuschuss einzuführen. Weitere Kernbestandteile einer Überarbeitung des Arbeitsförderungsrechtes müssen eine verbindliche Frauenförderung und die Verknüpfung der Arbeitsmarktpolitik mit der regionalen Strukturpolitik sein. Die Arbeitsmarktpolitik muss noch gezielter

als bisher allen ostdeutschen und strukturschwachen westdeutschen Regionen helfen, die jeweiligen Arbeitsmarktungleichgewichte abzubauen.

Letztes Element eines Kurswechsels in der Arbeitsmarktpolitik ist die Umverteilung der vorhandenen Arbeit. Dabei gilt unverändert, dass die Hauptverantwortung für eine Arbeitszeitverkürzung nach wie vor bei den Tarifvertragsparteien liegt und der Staat nur flankierend handeln kann. Diese Handlungsmöglichkeiten müssen allerdings auch genutzt werden: z.B. beim Abbau von Überstunden, wo die Bundesregierung durch die Heraufsetzung der höchstzulässigen Wochenarbeitszeit auf 60 Std. im Arbeitszeitgesetz ein völlig falsches beschäftigungspolitisches Signal gesetzt hat; und z.B. durch eine Initiative für mehr Teilzeitarbeit und die finanzielle Unterstützung einer freiwilligen Verringerung der Arbeitszeit aus arbeitsmarktpolitischen Gründen. Eine solche Teilzeittoffensive hätte auch unmittelbaren Zusammenhang zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: Analog zur Altersteilzeit kann ein Baustein der Arbeitszeitverkürzung die Übernahme ausgebildeter Jugendlicher zunächst in Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse sein.

Bei allen Diskussionen über die Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit muss jedoch festgehalten werden, dass eine isolierte Diskussion von Maßnahmen allein zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wenig erfolgversprechend ist: Notwendig ist ein grundlegender Kurswechsel in der gesamten Arbeitsmarktpolitik, der dann auch gezielte Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche, für Langzeitarbeitslose oder andere Problemgruppen des Arbeitsmarktes beinhalten muss.

Petra Meyer, DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Abteilungsleiterin für Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik

– Statement Forum 3 –

1. Ist die Krise des Arbeitsmarktes Ausdruck zeitlich absehbarer Übergangsprobleme oder wird es eine dramatische Reduzierung der Erwerbsarbeit auf Dauer geben?

Die negative Entwicklung des Arbeitsmarktes darf uns nicht die Hoffnung nehmen, uns nicht lähmen. Ebenso schädlich wäre, den Blick für die Realität zu verlieren.

Die April-Zahlen belegen: Es gibt keine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt. In den alten Bundesländern gibt es etwas Stabilisierung durch die exportierenden Bereiche, in den neuen Bundesländern bleibt die Situation dramatisch. Dazu kommt: Die Arbeitslosigkeit steigt, die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik aber sinken (1993: 64,2 Mrd. DM, 1998: 40,0 Mrd. DM, bei 1 Mio. mehr Arbeitslosen)! Die Krise des Arbeitsmarktes wird uns nach meiner Auffassung noch auf längere Zeit begleiten (Stichworte dazu: strukturelle Krise, Prognosen zur Entwicklung des Arbeitsmarktes, Wachstum ohne Beschäftigung).

Wichtig ist es, in diesem Zusammenhang die Arbeitsmarktpolitik in der Diskussion zur Schaffung von Arbeitsplätzen richtig „einzuordnen“; sie kann flankieren, begleiten. Notwendig ist eine Gesamtstrategie, die die Politikfelder wie beispielsweise

Wirtschafts-, Finanz- und Strukturpolitik bündelt, finanzielle Mittel bündelt und möglichst den Konsensgedanken des „Bündnis für Arbeit“ wiederbelebt. Es muss diskutiert werden über die Zukunft der Arbeit und sie muss „gestaltet“ werden! Dass Sich-selbst-überlassen des Marktes funktioniert hier nicht. Wir müssen dabei auch den Wandel in der Struktur der Erwerbsarbeit sehen. Ich denke dabei auch an „prekäre“ Beschäftigung, z. B. Scheinselbständigkeit und geringfügige Beschäftigung (Stichworte: Belastung der sozialen Sicherungssysteme und negative Entwicklung der Einkommen). Und Arbeitszeitpolitik bedarf nach meiner Auffassung in dieser Gesamtproblematik eines höheren Stellenwertes.

2. Welche Folgen hat Massenarbeitslosigkeit von Jugendlichen für die Gesellschaft?

Über den Zusammenhang von mangelnder Lebensperspektive, Ohnmacht und wachsender Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen wurde viel nachgedacht unter Wissenschaftlern. Die Botschaft scheint bei verantwortlichen Politikern nicht anzukommen, ebenso wenig wie der Zusammenhang von Armut und Arbeitslosigkeit oder der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Krankheit.

Eine Kostendiskussion ohne Beachtung der gesamtfiskalischen Zusammenhänge ist nicht effektiv. Der richtige Weg: Wertung, welche Aufmerksamkeit notwendig ist (EU-Beschäftigungsgipfel, Shell-Studie).

3. In welchen Bereichen sind neue Arbeitsplätze zu erwarten und mit welchen Qualifikationsanforderungen?

Folgende Entwicklung ist festzustellen: Neben Industriearbeitsplätzen brechen in Berlin auch im Dienstleistungssektor Arbeitsplätze weg. Das Konzept der Berliner Leitbild-Diskussion als Stadt der Dienstleistung (von Gewerkschaftsseite zumindest kritisch bewertet) scheint nicht aufzugehen. Auch im staatlichen Sektor werden Arbeitsplätze abgebaut, dazu kommt die Philosophie der Privatisierung.

Mit welchen neuen Beschäftigungsfeldern ist zu rechnen? Wer will, findet die Antwort u. a. im Europäischen Weißbuch, genannt werden dort u.a.: Umwelt und Verkehr, Multimedia, Informations- und Kommunikations-Technik, Dienstleistungssektor. Hier liegt die Zukunft allerdings nicht in Größenordnungen im personenbezogenen, sondern im High-Tech-Bereich (Regionale Programme: Berliner Weg in die Informationsgesellschaft, Brandenburg-BIS 2006). Konsequenz ist, dass das Bildungssystem moderner und besser ausgestaltet (Module, ökologischer Umbau u.a.m.) werden muss.

Unser Ziel ist die Realisierung einer Qualifizierungsoffensive für die Arbeitsplätze von morgen, orientiert am Strukturwandel der Wirtschaft und am Bedarf und unterstützt durch eine Umlagefinanzierung.

Was wir nicht wollen, sind ein Niedriglohnssektor, „Schmalspurausbildung“, Geringqualifizierte und das Ehrenamt als propagierter Schlüssel für die Zukunft.

4. Inwieweit sind die Reduzierung der Arbeitsplätze und der Ausbildungsplätze miteinander verknüpft bzw. führt die Reduzierung von Arbeitsplätzen auch zu einem geringeren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften?

Ich denke, die Reduzierung beider hat den gleichen Ursprung: die strukturelle Krise. Die Wirtschaft hat keine „Nachfrage“, dazu kommen eine weitere Reihe von Faktoren und Verknüpfungen und „hausgemachte“ Probleme. Die berufliche Erstausbildung ist seit Jahren in der Krise. Jährlich steigen die Zahlen derjenigen, die keinen Ausbildungsplatz finden. Da könnte man noch einmal differenzieren und unterscheiden zwischen betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung und das Ergebnis wird noch krasser.

Die Versprechen der Arbeitgeber „Wir machen den Weg frei ...“ sowie Zugeständnisse der Bundesregierung sind erfolgt, doch passiert ist nichts. Einfacher scheint die Schuldzuweisung an die Jugend selbst: Sie sei unflexibel, unbegabt, immobil. Arbeitgeber als Tarifpartner bieten uns auch an: „tausche“ Ausbildung gegen Urlaub oder gegen gekürzte 13. Gehälter!

Nur noch 25 % aller Unternehmen bilden aus. Das bedeutet, 3 von 4 Unternehmen beteiligen sich nicht an den Kosten der Berufsausbildung, profitieren aber von Ausgebildeten und auch von beruflicher Weiterbildung durch die Arbeitsämter. (Daher das gewerkschaftliche Umlagemodell).

Bildung ist kein Luxus, den man sich nur in wirtschaftlich guten Zeiten leisten darf. Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel sind kein Naturgesetz, man kann (muss) etwas dagegen tun.

Unsere Vorschläge: quantitativ – Umlagemodell; qualitativ – Bildungsreform, die den Erfordernissen lebenslangen Lernens angemessen ist, denn Ausbildung rechnet sich!

5. Welche zusätzlichen Maßnahmen sind erforderlich, um die Situation von jungen Migrant/-innen zu verbessern?

Berlin ist in einer besonderen Situation: Die Arbeitslosenquote von Ausländern beträgt 34 %. Sicherlich ist eine Vielzahl von Maßnahmen notwendig. Als Beispiele: Wichtig wäre eine Kette von der Schule (zweisprachig) über die Ausbildung in den Beruf. Notwendig ist auch eine Intensivierung der Berufsberatung. Der DGB Landesbezirk ist Träger eines Projektes Ausländerberatungsstelle und unterstützt aktiv kreative Ideen zur Erweiterung der Inhalte.

6. Werden die arbeitsmarktpolitischen Instrumente nach der Änderung durch das AFRG den Anforderungen der Krise gerecht bzw. sind weitere grundlegende Veränderungen durch bundespolitische Aktivitäten notwendig und welche?

Die Antwort lautet: eher nein, was die neuen Instrumente betrifft sowie die Verschlechterungen der „klassischen“ Instrumente wie ABM und berufliche Weiterbildung. Zur Bewertung der freien Förderung liegen noch nicht genügend Erfahrungen vor.

Wir brauchen öffentlich geförderte Beschäftigung und wir brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Gegenwärtig gibt es dazu keine Alternative. Veränderung ist notwendig; Ansätze und Ideen dazu waren im AFRG und im Memorandum zur AFG-Reform enthalten. Vieles lag hier auf „gewerkschaftlicher Linie“, wie Verstetigung, rechtlich und finanziell, Förderung notwendiger, sinnvoller Arbeit. Erforderlich sind Ketten arbeitsmarktpolitischer Instrumente, der Zuschnitt auf Zielgruppen (Frauen, Jugendliche, Langzeitarbeitslose), die effektive Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern, eine gerechtere Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik. Wir brauchen auch betriebsnahe Instrumente, eine stärkere Ausrichtung auf den 1. Arbeitsmarkt.

7. Welche Möglichkeiten haben die Kommunen für die Organisation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen bzw. welche Rahmenbedingungen brauchen sie dafür?

Dezentralisierung ist die Linie der Bundesanstalt für Arbeit, gewollt und mitgetragen von den Banken der Selbstverwaltung. Ich denke, die Vorteile regionaler Arbeitsmarktpolitik liegen auf der Hand: Sie kann schneller und flexibler über politische Ebenen hinweg reagieren, Ressourcen bündeln und effizient einsetzen. Diese Strategie ist sinnvoll und notwendig in Kooperation mit regionalen Wirtschaftspartnern und Akteuren der Arbeitsmarktpolitik, z.B. in Form regionaler Arbeitsmarktgespräche.

Politik setzt Rahmenbedingungen, gesetzlich und finanziell – und das auf den verschiedensten Ebenen. Und an dieser Stelle kann ein Blick zum EU-Beschäftigungsgipfel vom November 1997 nicht schaden. Das nationale Programm zur Umsetzung bleibt leider weit dahinter zurück.

Rationalisierungseffekte

Der dramatische Arbeitsplatzabbau in bestehenden Gewerbe- und Dienstleistungsstrukturen ist noch keineswegs abgeschlossen. Im produzierenden Sektor verlangsamt sich der Arbeitsplatzabbau, im Dienstleistungssektor ist ein erheblicher Anstieg zu erwarten (Banken, Versicherungen, Bürobereich). Insbesondere klassische Frauenberufe werden in Zukunft verstärkt vom Arbeitsplatzabbau betroffen sein.

Untersuchung der Universität Würzburg zu Rationalisierungseffekten durch EDV-Einsatz:

- Schreibkräfte 80 % = 117.000
- Buchhalterinnen 80 % = 244.000
- Arzthelferinnen 50 % = 226.000
- Sekretärinnen 50 % = 317.000

Luxemburger Beschäftigungsgipfel

In Sachen Abbau der Arbeitslosigkeit durch Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten muss das Rad nicht ständig neu erfunden werden. In unseren unmittelbaren Nachbarländern in der EU gibt es genügend best-practice-Beispiele, deren qualifizierte Übernahme einen guten Teil des Problems lösen könnte (s. hierzu die Ergebnisse des Luxemburger Beschäftigungsgipfels und die nationalen Aktionspläne für den Beschäftigungsgipfel in Cardiff).

Internationales Beschäftigungs-Ranking 1998

Im „Internationalen Beschäftigungs-Ranking 1998“, herausgegeben von der Bertelsmann-Stiftung, ist Deutschland von Platz 8 auf Platz 9 zurückgefallen. Insofern erscheint es ganz vernünftig, sich die Methoden und Rezepte derjenigen EU-Länder genauer anzusehen, die im Ranking vor Deutschland liegen. Dies sind die Schweiz, Norwegen, Österreich, Portugal und die Niederlande. Explizit wird in den Schlussfolgerungen für Deutschland auf eine Steigerung der Effizienz der Arbeitsmarktpolitik eingegangen, die Notwendigkeiten der Brückenfunktion der aktiven Arbeitsmarktpolitik betont und eine Verstärkung der Rolle der Kommunen als beschäftigungspolitische Akteure gefordert.

Schlussfolgerungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik

Wenn bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerpunkte auf einer größeren Effizienz der aktiven Arbeitsmarktpolitik und auf der Stärkung der Brückenfunktion der aktiven Arbeitsmarktpolitik liegen sollen, sind die folgenden Themen von besonderer Bedeutung:

- Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation
- mehr Angebote beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf
- Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit
- vermittlungsvorbereitende Maßnahmen
- öffentlich geförderte Beschäftigung mit klaren Perspektiven zum Übergang in den regulären Arbeitsmarkt
- Vermeidung von Arbeitslosigkeit durch frühzeitigen Einsatz von aktiver Arbeitsmarktpolitik

Zum Teil sind hier mit dem SGB III erste Schritte in die richtige Richtung gemacht worden (Dezentralisierung und Regionalisierung der Arbeitsämter, freie Mittel, Zuschüsse zu aktiven Sozialplänen). Ansätze wie das schnell durchgepeitschte Sachko-

stenprogramm der Bundesregierung für ABM sind Wahlkampfgetöse und wirken in ihrer Durchführung kontraproduktiv.

Rotation am Arbeitsmarkt

Die Rotationsgeschwindigkeit am Arbeitsmarkt wird sich in Zukunft erhöhen. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit liegt in Deutschland im Moment bei etwa 12 Jahren. Dies macht deutlich, dass in Deutschland die Bewegungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt gering ausgeprägt ist. Hier müssen verstärkte Maßnahmen angesetzt werden, die eine Verbesserung der Mobilität und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zum Ziel haben.

Brückenfunktion aktiver Arbeitsmarktpolitik

Die Brückenfunktion von aktiver Arbeitsmarktpolitik muss gestärkt werden. Dies bedeutet, dass öffentlich geförderte Beschäftigung konsequent auf den regulären Arbeitsmarkt ausgerichtet sein muss. Damit ist eine neue Aufgabe für Beschäftigungsträger angesprochen. Wenn von dort aus Übergänge in den regulären Arbeitsmarkt organisiert werden sollen, müssen sich die Beschäftigungsträger konsequenter auf ihre Aufgabe als Personaldienstleister vorbereiten. Dazu gehört insbesondere eine qualifizierte Arbeitsvermittlung und die Erschließung von bisher ungenutzten Beschäftigungspotentialen.

Vermeidung von Arbeitslosigkeit

Die Vermeidung von Arbeitslosigkeit muss stärkeres Gewicht in der arbeitsmarktpolitischen Debatte bekommen. Durch die neuen in das SGB III aufgenommenen "Zuschüsse zu aktiven Sozialplänen" wird ein Zwang zur Umorientierung in Sozialplanverhandlungen ausgeübt. International erprobte Beispiele zeigen, dass mit einer konsequenten Aktivierung von Sozialplänen Arbeitslosigkeit zu sehr hohen Prozentsätzen vermieden werden kann (vgl. hierzu das Beispiel der Arbeitsstiftung in Österreich).

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verweist die Bundesregierung in ihrem nationalen Aktionsplan auf beeindruckende Zahlen. So ist die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren in Deutschland mit 10,3% im Jahresdurchschnitt 1997 nur halb so hoch wie im EU-Durchschnitt (20,9%). Daneben wurden 1997 erstmals wieder mehr Ausbildungsverträge als im Vorjahr abgeschlossen. Dennoch können die Zahlen nicht befriedigen. Die Vielzahl der laufenden und neu aufgelegten Programme erfordern auf der regionalen und lokalen Ebene eine intelligente Verknüpfung und Koordinierung. Darüber hinaus können zusätzliche Ressourcen aus den freien Mitteln der Arbeitsämter, der Sozialhilfe und des ESF erschlossen werden.

Rolle der Kommunen

Die Rolle der Kommunen bei der Organisation von Beschäftigung und Erschließung zusätzlicher lokaler und regionaler Beschäftigungspotentiale muss gestärkt werden. Ob die Kommunen auf diese neuen Aufgaben ausreichend vorbereitet sind, steht in Zweifel. Eine kommunale Beschäftigungsförderung, die lediglich darauf gerichtet ist, sich von den steigenden Kosten der Sozialhilfe durch die Organisation von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und dem damit verbundenen individuellen Erwerb von Ansprüchen an die Arbeitslosenversicherung zu entlasten, ist gesamtwirtschaftlich relativ problematisch. Allerdings befördert die gegebene Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden eine solche Vorgehensweise.

Jugend ohne Arbeit - Gesellschaft ohne Zukunft

Wie die Kaninchen vor der Schlange hocken wir vor den jüngsten statistischen Meldungen aus Nürnberg, mit sehr gemischten Gefühlen lesen wir von einer „Trendwende auf dem Arbeitsmarkt“. Die nüchternen Daten scheinen angesichts des Bundestagswahlkampfes wie von einer guten Marketingfirma getextet, prompt startet Kanzler Kohl damit gerüstet wieder mal seine Spät-Gegenoffensive – the same procedure wie in jedem Wahljahr?

Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit gibt's rosa Streifen am Horizont. Sogar im Osten Deutschlands, der doch immer verlässlich für Horroremeldungen sorgte, bekommen mehr Jugendliche als bislang einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Sollten die beschwichtigenden und halbherzigen Arbeitsmarktstrategien der konservativen Regierung doch greifen?

Mal mit etwas Abstand betrachtet: Eine echte Trendwende wäre, egal unter welcher bundespolitischen Flagge, allen arbeitssuchenden Menschen zu wünschen. Doch die ist längst noch nicht auszumachen. Wir haben uns derart an einen Sockel von 4 Millionen Menschen ohne Arbeit gewöhnt, dass eine Schleife knapp unter diese magische Grenze bereits Schlagzeilen macht.

Schon vergessen? 1974 ist als Folge des „Ölschocks“ die Arbeitslosenziffer über die 1-Millionengrenze geklettert, heute ist ein Pendeln um die 4-Millionen-Marke Normalität. 3,9 Millionen werden bereits als Erfolg gefeiert. Wenn's denn nur einer wäre...

Das Freizeit-Märchen

Angesichts der Krise, die der Verlust von Arbeit auslöst, sinnen manche Soziophilosophen auf einen Umbau der Gesellschaft. Nicht mehr die Arbeit – die Freizeit soll das primäre sinnstiftende Elixier gesellschaftlichen Miteinanders werden. Ehrenämter, freiwilliges Engagement, präzise gesteuertes bürgerschaftliches Engagement sollen die Erwerbsarbeit ablösen. Das Ganze wird dann „Freizeitgesellschaft“ getauft – mit dem Hintergrund, dass die Arbeit so verteilt wird, dass alle weniger Geld und mehr Freizeit haben – so viel Freizeit, dass sich unser Überbau verändern muss, um sie verkraften zu können. Für das (wirklich) schöne Traumziel also eine schlichte Wertumwälzung, die auch beinhaltet, dass uns der Konsum insgesamt weniger wert ist.

„Sorgfältig prüf' ich meinen Plan. Er ist groß genug, er ist unverwirklichbar.“ Dieser Satz von Bert Brecht ist wohl noch die schonendste Bewertung für diese Phantasmen. In Cottbus oder Dresden, in Duisburg-Melderich-Berg, Köln-Chorweiler, Berlin-Kreuzberg oder anderswo können junge Menschen damit nichts anfangen. Die Shell-Studie, die Jugendliche nach ihren eigenen Vorstellungen und Ängsten befragt hat, gibt Aufschluss: Waren bis vor kurzem noch Umweltangst und Ellbogengesellschaft auf den vorderen Rängen der Besorgnis junger Menschen, so ist dies jetzt die materiell ungesicherte Zukunft, die Angst, ohne Arbeit und damit von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein.

Eine Überbauänderung als Konzept kann dieser realistischen Sichtweise nicht das Wasser reichen. Der Kreislauf von Arbeit, Wirtschaft und Geld, der Kapitalismus ist zu wirklich und zu ma-

nifest, um ihn durch Freizeitparolen ersetzen zu können. „Ohne Arbeit leben lernen“ ist eine Parole, die diejenigen abfedert, die von dem geschrumpften Arbeitsplatzanspruch anderer profitieren. Die VerliererInnen bei diesem Vabanquespiel würden kaum anders beschrieben werden als jetzt – es würden nur mehr, viel mehr sein.

Selbst wenn das Ziel der Freizeitgesellschaft (Sind da auch Anlehnungen an die kommunistische Utopie?) angestrebt würde – ein derart epochaler gesellschaftlicher Umbruch wäre eine Aufgabe von Generationen. Das Auseinanderdriften der heutigen Gesellschaft wäre eine notwendige Voraussetzung, der nicht mehr entgegengesteuert werden dürfte, um in Ökonomie und Köpfen Platz für das Neue zu schaffen.

Knapp vor der Jahrtausendwende nimmt die Zahl junger Menschen unter 25 wieder zu. Die Geburtenentwicklung entwickelt sich expansiv – wenn auch nicht flächendeckend. Auf eine knappe Formel gebracht heißt das: Die Menschen bekommen da wieder mehr Kinder, wo es sich zu leben lohnt. Wo die Infrastrukturdaten und Umweltbedingungen freundlich und menschlich sind, steigt die Geburtenzahl, woanders stagniert oder fällt sie. Saldiert gibt's einen Aufwärtstrend, der Rentenpolitik freut und Arbeitsmarktpolitik besorgt.

Die Letzten beißen ...

Sozial Benachteiligte, Marktbenachteiligte, individuell Beeinträchtigte, Bildungsdefizitäre, Lernverweigerer, Schulmüde werden sie genannt. Nicht immer böse gemeint, aber die Aufzählung und die statistischen Daten, die den jeweiligen Gruppen zugeordnet werden, riechen nach Stigma. Auch Mädchen, Ausländerinnen, sozial Schwache, HauptschulabgängerInnen, Behinderte finden wir in der Hitliste der jungen Menschen ohne Arbeit.

„Hauptsache Lernen“ ist eine der Durchhalteparolen, die professionelle Erwachsene für arbeitshoffende Jugendliche bereithalten. Ausgebildet sein bedeutet höhere Attraktivität am Stellenmarkt – ob das immer so stimmt? Der Arbeitsmarkt verändert sich, so oft beklagt, strukturell. Die Handarbeit verliert, die Kopfarbeit gewinnt an Bedeutung. „Ingenieurisierung“ handwerklicher Berufe – ein treffendes Wortungetüm professioneller ArbeitsmarktbeobachterInnen. Wer früher auch ohne qualifizierte Ausbildung Arbeit fand, geht heute leer aus, wer eine qualifizierte Ausbildung hat, die nicht im Berufsbildmainstream steht, geht auch leer aus.

Wer nur schwer den Lernanforderungen entsprechen kann, gibt auf – ist das – im Ernst – unrealistisch oder nicht gerade sehr realistisch? Wozu die Plackerel für den nachgeholtten Hauptschulabschluss, wenn der in der Inflation der Abschlüsse sowieso nichts zählt? Das Generationsversprechen (Streng Dich an, dann geht's Dir später besser als mir) wird von vielen Jugendlichen als Generationslüge demaskiert, den veralteten Parolen schenken sie keinen Glauben. Die Zukunft scheint vernagelt.

Abschied vom Bildungsmythos?

Was zählt, ist Arbeit, und zwar ordentlich bezahlte. Die Bildungsideologien der End-68er, die mit der Erweiterung des

Wissenshorizontes beim Einzelnen auf die massenhafte Verbreitung individueller Bereitschaft zur Gesellschaftsverbesserung zielen, sind passé. Um zu leben, braucht man Geld, um Geld zu haben, müssen die meisten arbeiten. So einfach und so platt ist das manchmal.

Also bitte keine Vervielfältigung von Vorbereitungsprogrammen, die als Warte-Bildungsschleifen eine gelinde arbeitsmarktpolitische Streckung erreichen. Was jetzt zählt, sind Programme zur Schaffung von Erwerbsarbeit – im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt.

Nachdem die Jugendberufsnot vor kurzem noch als Skandal bezeichnet werden konnte, drehen einige wahlkampfschwanger den Spieß um: Die Jugend ist potentiell gewalttätig und kriminell. Sie sei nicht zu schützen, sondern die Gesellschaft sei vor ihr zu schützen. Kinderknast wird parteiübergreifend gefordert.

Es ist perfide, der Jugend die Zukunft zu vernageln und sich gleichzeitig zu entrüsten, dass sie sich „wehrt“. Nicht mit Demonstrationen oder Hippieblümchen, nicht mit einer Politisierung der Bildungsanstalten, sondern – wenn auch nur zum Teil - individuell mit dissozialem Verhalten. Sie dann wegsperren zu wollen oder das Strafmündigkeitsalter herunterzuschrauben, verkehrt Ursache und Wirkung.

Keine Alternative zur Ausbildungsabgabe

Die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen sind düster. Viele brauchen staatliche Unterstützung, analog zum steigenden Bedarf wird sie reduziert. Die Arbeitsförderung wurde zusammengestrichen, die über- und außerbetriebliche Ausbildung verringert. Kommunale Leistungsgesetze werden attackiert - wie z.B. das Kinder- und Jugendhilfegesetz, das arbeitsmarktpolitische Strategien (noch) gut ergänzen und stützen kann. Der letzte frontale Angriff gegen das KJHG (mit dem Ziel, Jugendämter und Jugendhilfeausschüsse abzuschaffen) konnte zwar noch abgewehrt werden, aber die nächste Attacke für die kommende Legislaturperiode wurde von verschiedenen Seiten bereits angekündigt. Die Erosion im Sozialhilferecht ist schon fast sprichwörtlich, die verstärkte Selektion übers Ausländergesetz in erwünschte und weniger erwünschte MigrantInnen braucht eigentlich kaum noch von Rechtsaußen gefordert zu werden - sie ist längst brutale Rechtswirklichkeit. Es ist ein verhängnisvoller Trend vor dem Ende der Legislaturperiode und im Wahlkampf, dass Finanzpolitik verstärkt mit der Verschärfung des Ordnungsrechts betrieben wird: Flüchtlinge werden als Sozialhilfeschmarotzer diskreditiert, also wird der Bezug von Sozialhilfe weiter reduziert. Wer der Frage nachgeht, wer denn arbeitsmarktpolitisch förderbar ist und wer nicht, spürt eine Inquisition im Vorschriftendickicht auf – das finanziell Machbare nur scheint als das sozialpolitisch Richtige zugelassen zu sein.

Trotz dieser schlechten innenpolitischen Rahmenbedingungen gibt es einen Standortvorteil, um den Deutschland von seinen europäischen Nachbarn beneidet wird: Das Duale Ausbildungssystem. Der Lack ist zwar inzwischen etwas ab und die Zustimmung nicht mehr so ungeteilt. Aber letztlich ist das Duale Ausbildungssystem auch die wichtigste Begründung zur Durchsetzung der Ausbildungsabgabe. Wenn Betriebe und Berufsschule gemeinsam Berufsausbildung realisieren, können sich Betriebe nicht einseitig aus dieser Verantwortung herausziehen. Tun sie es doch, sollen sie dafür zahlen. Um der unterschiedlichen betrieblichen Infrastruktur gerecht zu werden, ist

es notwendig, Quoten festzulegen. Zu kleine Betriebe sollten nicht zur Ausbildungsabgabe gezwungen werden. Zu große Betriebe sollen sich nicht mittels ihrer Kapitalmasse freikaufen können – hier muss eine Ausbildungspflicht greifen. In Kopplung mit der Ausbildungsplatzabgabe und der Ausbildungspflicht kann das Duale System an Wert gewinnen und seine Existenz festigen.

Aus den Ausgleichszahlungen sind Ausbildungsplätze zu schaffen – insbesondere in gesamtgesellschaftlich nützlichen Bereichen, die von der freien Wirtschaft nicht oder nicht ausreichend aufgegriffen werden. Im Bereich der Sozialen Dienstleistungen oder auch des Umweltschutzes können so mit Doppelleffekt Zukunftsinnovationen arbeitsmarktpolitisch unterstützt werden. Die Etablierung solcher Sektoren kostet Investitionen, die in der Regel von profitorientierten Unternehmen gescheut werden. Im öffentlichen Dienst oder bei gemeinnützigen Verbänden besteht eine politische Steuerung über die Räte, die sich bei anderen Unternehmen verbietet.

In diesen Bereichen gilt es aber auch, neben Ausbildung Arbeit zu schaffen, denn viele der so Ausgebildeten werden auf dem freien Markt keine Schnitte kriegen und müssen darauf vertrauen, dass der ausbildende „Betrieb“ auch übernimmt.

Was tun in der Kommune?

Verbundsysteme sind ein altes Schlagwort: Viele Programme laufen nebeneinander, manche Initiativen verfolgen gleiche Ziele, stimmen sich aber nicht ab – zumal dann, wenn unterschiedliche Förderungen im Spiel sind. Eine sinnvolle Koordination von Arbeitsamtmaßnahmen, Jugendhilfe und auch einzelnen Sozialhilfeprogrammen kann Energien bündeln. Insbesondere die komplizierten EG-Programme und die unterschiedlichen Eigenmittelanrechnungen für die Bundesförderung können hier betreut werden. In größeren Städten sind solche Koordinierungsstellen manchmal bei den Wirtschaftsförderungsämtern oder direkt bei den BürgermeisterInnen angesiedelt. Es lohnt sich aber auch, im ländlichen Raum – etwa bei den Landkreisen - solche Stellen zu institutionalisieren, da hier vielfach mögliche Bundes- oder EG-Förderung mangels Information brachliegt.

Diese Stellen sollten koordinierende Funktion bei städtischer/Kreisträgerschaft und beratende Funktion bei gemeinnütziger/freier Trägerschaft übernehmen.

Ein sinnvolles Planungsinstrument ist der individuelle Förderplan, bei dem Schule, Jugendhilfe, Arbeitsamt für die/den einzelne/n ohnehin erfasste/n Jugendliche/n unter ihrer/seiner Mitwirkung einen Bildungsplan in Teilschritten entwerfen, der verschiedene berufsfördernde (auch finanzielle) Förderinstrumente aufeinander aufbaut, in seinem Erfolg in positivem Sinne kontrollierbar ist und die Behörden zwingt, ihre Maßnahmengestelle dem Einzelfall anzupassen.

Die Ressourcen schwinden, der Gestaltungsspielraum wird auch für Politik entsprechend eng. Deshalb erkennen viele in der Politik – kräftig ideologisch unterstützt von der Wirtschaft – ihr Heil und ihre Erfolgsroute in der Auflösung von städtischen Eigenbetrieben zugunsten reiner Privatisierung. Vor allem Müllverwertung und Nahverkehrsbetriebe sind davon betroffen. Aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive gibt die Politik hier wesentliche Steuerungsmechanismen aus der Hand. Auch hier stimmt der Satz „Das Sein bestimmt das Bewusstsein“: So manche/r ehemalige SozialarbeiterIn entpuppt sich – über die Etappe Ei-

genbetrieb privatisiert – als knallharte/r UnternehmerIn, verkümmert in Partikularinteressen und will von sozialem Doppelleffekt nichts mehr wissen.

In der kommunalen Familie gibt es angesichts des riesigen Auftragsvolumens an Firmen die Möglichkeit, den Arbeitsmarktdoppelleffekt anzuwenden und als Vergabekriterium bei Ausschreibungen die Ausbildungsquote einzuführen. Auch die Beschäftigung von Behinderten kann Kriterium sein.

Die jährlichen Stellenplanberatungen werden zu wenig unter arbeitsmarktfördernden Aspekten gesehen. Einsparungen sind eher das Leitmotiv. Ein Widerspruch, wie ihn auch der Ministerpräsident in NRW verkündete: Einerseits versprach er, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, andererseits propagierte er das Schrumpfen des Staatsapparates (in NRW ein Abbau von über 20.000 Stellen). Das pauschale Vorurteil gegen den öffentlichen Dienst ist nicht nur aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive Unsinn.

Die Stellenplangestaltung im Rat der Kommunen eröffnet die Möglichkeit, Ausbildung und die Beschäftigung Benachteiligter kommunal zu verankern. Dabei ist eben zu bedenken, dass auch Kommunen Fördermittel beziehen können, die die Kostenlast reduzieren. Als Ausbildungsbetrieb ist der öffentliche Dienst in den Kommunen arg im Hintertreffen: Seit 1995 hat die Zahl der Ausbildungsverträge um ein Viertel abgenommen. Aber nicht nur bei der Ausbildung, auch bei der Beschäftigung sind von der Arbeitgeberin Kommune die Folgekosten im Ge-

meinwohl zu berechnen, wenn Arbeitsplätze vernichtet werden. Sicher lässt sich mit einem modernen EDV-System die Kommunikation in Behörden optimieren – aber der Preis dafür ist zu hoch, wenn die Einfacharbeitsplätze der BotInnen wegrationalisiert werden.

Noch ein Hinweis zur Kombination öffentlicher Dienstleistungen mit Schaffung von Arbeitsplätzen: In einigen Kommunen werden das Fundamt oder auch die Müllverwertung kombiniert mit kleinen gemeinnützigen Betrieben, die sich z.B. der Instandsetzung und dem Verkauf von Fahrrädern oder Möbeln widmen. Manche dieser Kleinunternehmen sind - wie etwa in Bonn der Verein für Gefährdetenhilfe oder in Köln die Jugendhilfe e.V. - zu mittelständischen Unternehmen „erwachsen“. Obwohl keine neue Idee, scheint sie zu wenig umgesetzt.

Zum Schluß

muß ich sagen, dass es mir nicht leicht gefallen ist, kommunale Ansätze zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit darzustellen. In der bundesdeutschen Hierarchie ist die kommunale Ebene diejenige, die zwar am meisten aushalten muss, aber am wenigsten steuern kann. Es wäre ein Trugschluss, die Kommune als arbeitsmarktsteuerndes Gemeinwesen zu begreifen, deshalb bitte: Missverstehen Sie die kleinen Beispiele nicht.

(Dieser Beitrag wurde in ähnlicher Form in der Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik“, Bielefeld, Ausgabe 5/98 veröffentlicht.)

Roland Wolf, BDA Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Mitglied der Geschäftsführung, Bonn

- Statement Forum 3 -

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich dramatisch verändert. Zwar ist die Wende auf dem Arbeitsmarkt mittlerweile vollzogen. Noch aber befindet sich Deutschland im Gefolge der Wiedervereinigung, aber auch im Gefolge eines zunehmenden internationalen Wettbewerbs in einer deutlich schwierigeren Situation, als dies noch vor 10 Jahren für möglich gehalten worden wäre. Der Arbeitsmarkt reagiert insoweit nur auf die Probleme, die viele Unternehmen augenblicklich in einem neuen Umfeld haben.

Andererseits ist gerade nicht zu verzeichnen, dass in Deutschland die Erwerbsarbeit ausgeht. Erwerbsarbeit – ob sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im klassischen Sinne oder nicht – wird auch zukünftig die gesellschaftlichen Strukturen prägen.

Wir würden es uns trotz dieser Annahme allerdings zu leicht machen, ausschließlich von Übergangsproblemen zu sprechen. Es handelt sich um sehr viel mehr. Es handelt sich um eine tiefreichende Krise, deren Ausläufer den Arbeitsmarkt systematisch unterspülen. Durch die Arbeitslosigkeit brechen immer mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse weg.

Anstatt dies zu registrieren, wird an der falschen Stelle, nämlich der geringfügigen Beschäftigung laboriert. Nicht geringfügige

Beschäftigung zerstört Arbeitsplätze, sondern fehlender materieller Anreiz für Investitionen.

Hier bedarf es eines Umsteuerns. Dieses kann jedoch nicht darin bestehen, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in hergebrachter Form zu subventionieren oder gar mit Mitteln der Arbeitsförderung wieder aufzubauen. Vielmehr bedürfen wir eines Umdenkens, das einerseits Sozialversicherungslasten mindert, die Steuerpflicht einschränkt und andererseits eine neue Kultur der Selbständigkeit und der Eigeninitiative begründet.

Man kann im Rahmen dieser Diskussion demnach auch nicht darüber sprechen, in welchen Bereichen neue Arbeitsplätze zu erwarten sind. Die Frage ist so zu eingeschränkt und zu eng gestellt. Es wäre ein Einfaches aufzuführen, dass die moderne Telekommunikation im weiteren Sinne ein reichhaltiges Betätigungsfeld für junge Arbeitnehmer bietet. So einfach ist die Sache jedoch nicht. Richtig gestellt muss die Frage vielmehr lauten: „Wie ist die Arbeit der Zukunft ausgestaltet?“. Nicht also: „Was machen wir?“, sondern: „Wie machen wir es?“

Hier sind die Vorgaben bereits angedeutet. Tätigkeiten, die heute noch sozialversicherungspflichtige Standardarbeitsverhältnisse sind, werden zukünftig teilweise entweder ebenfalls sozi-

alversicherungspflichtig in den Personaldienstleistungsbereich (Zeitarbeit) integriert werden. Andererseits wird die Zahl der Selbständigen gewaltig zunehmen.

Die Diskussion um die sogenannten „Scheinselbständigen“ verdüstert hier nur die wirkliche Situation und gibt weniger Klärung als sie die eigentlichen Probleme weiter vernebelt.

Andererseits wird man im Bereich der niedrig entlohnten Dienstleistungen sicherlich auch zu neuen Lösungsansätzen kommen müssen. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat hierzu ein Kombieinkommensmodell (bewußt nicht Kombilohn) vorgelegt. Heute kann noch nicht gesagt werden, inwieweit und in welchem Umfang dieses Modell Erfolge zeigen kann. Eins ist jedenfalls sicher: Auch in der Bundesrepublik werden wir über kurz oder lang (und wir können und müssen erwarten, eher über kurz) eine stärkere Diversifizierung im Bereich der Lohnentwicklung und damit einhergehend eine stärker segmentierte Gesellschaft bekommen.

Der Ruf, auch dies wurde schon angedeutet, nach mehr Beschäftigung von staatlicher Seite her, geht danach völlig fehl. Großaggregate wie insbesondere ABM aber auch FbW oder SAM werden zukünftig nicht mehr die entscheidende und einschneidende Rolle spielen können, die sie bisher – insbesondere im Hinblick auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt – gehabt haben. Ihr Grenznutzen ist längst erreicht und schon überschritten. Der Weg weist vielmehr in die betrieblich-unternehmerische Arbeitsförderung hinein. Zu nennen sind hier Fördermittel wie der Eingliederungsvertrag oder die Eingliederungszuschüsse.

Nur so lässt sich ein echter Brückenschlag zum ersten Arbeitsmarkt gewährleisten.

Ein solches Zurückdrängen der übergeordneten staatlichen Einrichtungen (Bund und Land) darf nun wiederum dadurch nicht konterkariert werden, dass von unten eine verstärkte Tätigkeit der Kommunen und Kreise in diesem Bereich verzeichnet wird. Es ist sicherlich richtig, auch die Gebietskörperschaften der ersten und zweiten Stufe müssen ihren Anteil an Abbau der Arbeitslosigkeit tragen. Dies darf jedoch nicht heißen, dass diese Körperschaften nunmehr selber in das Beschäftigungsgeschäft eindringen. Beschäftigungsgesellschaften auf der Basis von ABM oder den BSHG-Leistungen dienen nicht wirklich dem Interesse von Arbeitnehmern und dem Arbeitsmarkt, sondern ausschließlich der Reduzierung der Lasten der Sozialkassen und der kommunalen Pflichtaufgaben, um deren Kosten dann auf die Schultern der Bundesanstalt zu verlagern.

Diese allgemeinen arbeitsmarktlichen Situationsbeschreibungen können natürlich an der spezifizierten Situationsbeschreibung für die Jugendlichen nicht vorbeigehen. Wenn es auf dem Arbeitsmarkt nicht läuft, läuft es selbstverständlich auch weniger gut auf dem Arbeitsmarkt für junge Menschen.

Die These, dort, wo gering entlohnte Dienstleistungen Platz greifen, würde auch ein schlecht ausgebildeter Jugendlicher seine Tätigkeit finden, ist demgegenüber falsch. Ziel auch und gerade des Kombieinkommens ist es ja nicht, eine dauernd auf Sozialleistungen angewiesene Berufsgruppe zu schaffen, sondern auch diesen Arbeitnehmern den Aufstieg aus ihrer bisherigen Tätigkeit zu eröffnen. Auch für diese wie für alle Arbeitnehmer bleibt es bei der wichtigen Feststellung, die auch statistisch belegt ist, Ausbildung lohnt sich. Eine solide und vernünftige Ausbildung ist Grundstock jeden weiteren beruflichen

Lebens. Das aus zwei Quellen gespeiste Einkommen und eine vernünftige Ausbildung bzw. Berufstätigkeit schließen sich also gerade nicht aus.

Die Gesellschaft muss sich der Herausforderung, die gerade auch durch die Arbeitslosigkeit junger Menschen auf sie zukommt, selbstverständlich stellen. Die Bereitschaft sich zu stellen, kann jedoch nicht so verstanden werden, dass staatlich finanzierte Beschäftigungsinitiativen zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit und/oder der Schaffung von Ausbildungsplätzen mit einem erhöhten Mitteleinsatz, der wiederum durch Umlagen von den Unternehmen eingetrieben wird, Platz greift. Die Wirtschaft muss vielmehr so entlastet werden, dass es sich für sie lohnt auszubilden und neue Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen.

Übersehen werden sollte dabei allerdings auch in der schwierigen Situation, in der wir uns heute befinden, nicht: Deutschland hat im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit europaweit immer noch eine der günstigsten Ausgangssituationen vorzuweisen. Keine Wirtschaft vermag so vielen jungen Menschen eine Ausbildungschance und damit eine Eingliederungschance zu bieten wie die auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft arbeitende deutsche Wirtschaft und das System der dualen Ausbildung.

Zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit kommt es demnach darauf an, die vorhandenen Mittel im Sinne einer modernen und damit arbeitsmarktbezogenen Beschäftigungspolitik zu nutzen. Das heißt: freie Fahrt für Eingliederungsverträge und Trainingsmaßnahmen sowie schließlich Altersteilzeit. Das heißt aber auch, Rahmenbedingungen weiter zu verbessern.

Ein Beispiel für die Förderung der Ausbildungssituation durch diese Mittel möchte ich abschließend ebenfalls erwähnen: nämlich das berufspraktische Jahr. Hier ergänzen sich Zeiten beruflicher Qualifizierung im Betrieb mit Zeiten der Seminararbeit beim Bildungswerk oder einem anderen Träger. Vor allem beim Lernen an realen Arbeitsaufgaben im betrieblichen Umfeld kann sich die berufliche Kompetenz und damit auch die Persönlichkeit der jungen Erwachsenen entwickeln. Dies sind gute Voraussetzungen dafür, dass die Qualifizierungsmaßnahme in betriebliche Ausbildungen oder dauerhafte Arbeitsverhältnisse einmündet.

Diskussionsergebnisse Forum 3

Die Diskussion in Forum 3 befasst sich zu Beginn mit den Ursachen der Arbeitslosigkeit und den Veränderungen in der Erwerbsgesellschaft und versucht im Anschluss, Wege aus der Krise zu finden. Einigkeit besteht in der Diskussion, dass Arbeit und Ausbildung sich in Zukunft drastisch verändern werden und dass das Volumen der Erwerbsarbeit zurückgeht. Trotzdem wird sie das Rückgrat der Arbeitsgesellschaft bleiben. Immer mehr unterbrochene Erwerbsbiographien, sowohl was die Dauer wie auch den Inhalt der Erwerbsarbeit angeht, werden das Arbeitsleben vieler Menschen kennzeichnen. Eine Zunahme der Zeitarbeit und befristeter Arbeitsverträge ist bereits heute zu verzeichnen. Der durch den wirtschaftlichen und technologischen Wandel zustande gekommene Rationalisierungsschub wird nicht aufzuhalten sein. Dies gilt sowohl für den Produktions- wie auch für den Dienstleistungsbereich. Dort sind noch enorme Möglichkeiten der Rationalisierung vorhanden, die in nächster Zukunft genutzt werden. Folge wird sein, dass sich neue Arbeitsformen etablieren werden, die in Zeit und Ort ihrer Durchführung immer flexibler werden. Ihre ganze Entwicklung birgt eine große Gefahr der weiteren Spaltung der Gesellschaft. Denn für einen großen Teil der Modernisierungsverlierer ist die soziale Sicherung stark gefährdet. Prekäre Arbeitsverhältnisse werden die Lebenslage vieler Menschen bestimmen, nichtversicherungsspflichtige Arbeitsplätze und Scheinselbstständigkeit für sie die Regel sein. Eine solche Entwicklung gilt es zu verhindern.

Um die Spaltung der Gesellschaft abzuwenden, darf das Ziel „Arbeit für alle“ nicht aufgegeben werden. Es muss jedoch überlegt werden, wie der Begriff Arbeit neu definiert werden kann. Der erste Schritt zur Überwindung der Erwerbsarbeitskrise liegt in einer Veränderung der Arbeitszeit. Die Studie des IAB hat gezeigt, dass in Arbeitszeitverkürzungen ein Potential für mehr Arbeitsplätze in der Erwerbsarbeit liegt. Dabei ist nicht festgelegt, ob es sich um Wochenarbeits- oder Lebensarbeitszeit handelt; wichtig ist die Reduzierung der Arbeitszeit. Gleichzeitig bedarf es einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung, die verschiedene Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung zulässt. Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, Teilzeitarbeit und Altersteilzeit zu fördern, Wochenarbeitszeit-Reduzierungen vorzunehmen oder Lebensarbeitszeit-Reduzierungen zu ermöglichen. Für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit kann Jugendteilzeit bzw. Einstiegsteilzeit hilfreich sein. Dies würde es ermöglichen, mehr Jugendliche am Berufsleben zu beteiligen und Arbeitslosigkeit nach der Ausbildung zu reduzieren. Einig war man sich in der Diskussionsrunde, dass ein voller Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzungen nicht möglich ist. So wurden von einigen Diskussionsteilnehmern/-innen Modelle eines begrenzten Lohnausgleichs gefordert.

Als weiterer wichtiger gesellschaftlicher Schritt wird die Reform der Sozialversicherungssysteme hervorgehoben. Um die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit zu reduzieren, ist es vor allem wichtig, die Lohnnebenkosten zu senken. Hierbei könnte das Hinzuziehen aller Einkommen zur Finanzierung der Sozialversicherung in Deutschland einen wichtigen Beitrag leisten. Damit würde die Finanzierungsbasis breiter, die Belastung für den Einzelnen geringer. Diese Veränderungen der Rahmenbedingungen reichen jedoch bei weitem nicht aus. Es sind weiterhin viele strukturelle Veränderungen notwendig, die Wirtschaftswachstum und Innovation ermöglichen und damit neue Arbeitsplätze entstehen lassen.

Zentraler Ansatz der Diskussion war die aktive Arbeitsmarktpolitik. Man war sich einig, dass weitaus mehr finanzielle Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt werden müssen, damit dem Prinzip, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, Geltung verschafft werden kann. Um dies zu verwirklichen, bedarf es neben den finanziellen Mitteln auch einer Überarbeitung des Arbeitsförderungsgesetzes (SGB III) und neuer Instrumente für den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt. Eine Ausweitung der Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen wird ebenso gefordert wie ihr gezielter Einsatz zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wird eine Reform der Arbeitsförderung verlangt, die einen Rechtsanspruch beinhaltet für Langzeitarbeitslose und für Jugendliche, die ein halbes Jahr arbeitslos waren. Dieser Rechtsanspruch auf aktive Maßnahmen der Arbeitsförderung soll sich auf Ausbildung, Weiterbildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konzentrieren und darauf achten, dass verlässliche konkrete Angebote für Jugendliche geschaffen werden. Diese Angebote sollten ihre individuelle Situation berücksichtigen und zum Ziel eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben. Hilfreich dafür könnten Mittel der freien Förderung bei den Arbeitsämtern sein.

Eine Ausweitung der Arbeitsförderung könnte sich konzentrieren auf die Bereiche Ökologie, Soziale Dienste und neue Kommunikationstechnologien, um die Anforderungen des öffentlichen Bereichs stärker berücksichtigen zu können. Da es Ziel ist, die Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, ist es wichtig, eine enge Kooperation mit Unternehmen einzugehen. Dadurch können in Kooperation mit Trägern und Kommunen Übergangsbeschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche geschaffen werden, die nicht auf Anhieb im Arbeitsmarkt unterkommen, aber dadurch berufliche Erfahrungen sammeln können, die ihnen später bei der Arbeitssuche behilflich sind. Von Unternehmensseite her wurde gefordert, dass möglichst keine Konkurrenz der Projekte und Maßnahmen zum ersten Arbeitsmarkt bestehen darf. Darüber konnte in der Diskussion keine Einigung erzielt werden.

Für die an der Arbeitsförderung beteiligten Träger ist es wichtig, dass sie Planungssicherheit erhalten. Außerdem müssen für sie die Rahmenbedingungen geändert werden, damit sie Angebote machen können, die möglichst nah am ersten Arbeitsmarkt sind. Für ihre Arbeit müssen sich die Träger wandeln und sich zum Dienstleister entwickeln. Arbeit muss auf Effizienz überprüfbar sein und Wirkungsanalysen der Maßnahmen müssen vorgenommen werden. Nur so lässt sich sicherstellen, dass die knappen finanziellen Mittel auch effektiv eingesetzt werden. In der Zusammenarbeit mit den Kommunen ist es wichtig, für eine Entbürokratisierung der Fördermittel zu sorgen und auf eine Konzentration der kommunalen Anstrengungen auf eine Stelle hinzuwirken. Das Gründen von Servicegesellschaften zur Entlastung von kleinen Unternehmen und Trägern der Arbeitsfördermaßnahmen wäre ein wichtiger Schritt dazu.

Besonders wichtig für die zukünftige Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Chancen der Jugendlichen ist der Bereich der Qualifizierung und Ausbildung. Es bedarf einer besonderen Qualifizierungsoffensive für jugendliche Problemgruppen, insbesondere für die Gruppe der Schulabbrecher. Weitere Möglichkeit sind betriebliche Ausbildungsmodule, die die Chancen einer Ausbildung drastisch erhöhen und die Ausbildung we-

sentlich flexibler machen. Darüber hinaus müssen dringend neue Berufsbilder entwickelt werden, um neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze in neuen Beschäftigungsfeldern entstehen zu lassen. Um Qualifizierung und Ausbildung zu fördern, wäre es z.B. auch möglich, Ausbildung als ein Vergabekriterium bei kommunalen Vergaben zu berücksichtigen und im Öffentlichen Dienst mehr als bisher auszubilden.

Wichtiger Punkt bei der Arbeitsmarktpolitik ist ihre Regionalisierung. Es kommt in der Diskussion nicht zum Konsens darüber, ob eine Kommunalisierung stattfinden soll oder ob die Arbeitsämter das Vermittlungsmonopol ausüben sollen. Einig war man sich jedoch, dass Kommunalisierung im Sinne von kleineren Einheiten und Regionalisierung sinnvoll für die Beschäftigungsförderung sind. Es sollten regionale Bündnisse für Arbeit entwickelt werden, die dazu führen, dass die verschiedenen Ressourcen und Gruppen gebündelt werden und dass es zu einem regionalen und kommunalen Austausch und zu einer Koordination der verschiedenen Träger der Arbeitsförderungsmaßnahmen kommt. Eine Forderung, über die auch keine Einigkeit erzielt wird, ist das Zusammenführen von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe und eine nähere Anbindung an die Kommune. So gibt es auch unterschiedliche Einschätzungen, ob ein Kombilohnmodell für Geringverdiener die Möglichkeiten der Integration in den Arbeitsmarkt erhöht oder ob es lediglich zu einem Niedriglohnsektor führt, der kein Ausweg aus der Arbeitsmarktsituation ist. Demgegenüber besteht jedoch Einigkeit, dass es einen flexibleren Übergang in den ersten Arbeitsmarkt geben müsste.

Gefordert wird auch eine intensive EU-Beschäftigungspolitik, die sich besonders der Problematik der Jugendarbeitslosigkeit widmen soll. Konkrete Konvergenzkriterien, die den Druck auf die Nationalstaaten in Europa erhöhen, wären eine Möglichkeit, zu neuen Maßnahmen und Beschäftigung zu kommen. Desweiteren wurde angeregt, sich internationale Anregungen und Lösungsmöglichkeiten in Nachbarländern zu holen, die bereits große Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik erzielen konnten; als Beispiele dienen Dänemark, Niederlande und Österreich.

Über diese Möglichkeiten hinaus wird auch die Verantwortlichkeit der eigenen Verbände betont. Dies gilt sowohl für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen wie auch für das Ausprobieren und Testen neuer Organisations- und Wirtschaftsformen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wichtiger Punkt dabei ist die Diskussion um eine Neudefinition der Arbeit. Gerade weil das Volumen der Erwerbsarbeit weiter zurückgeht, ist es wichtig, neue Formen und neue Arten von Arbeit aufzuwerten und zu entwickeln. Modelle zur Gemeinwesenarbeit können dabei eine wichtige Aufgabe übernehmen und gleichzeitig gesellschaftlich notwendige Arbeiten erledigen, die zur Zeit nicht finanzierbar sind. Durch solche Modelle könnte das Angebot sozialer Dienstleistungen verbessert und die Gestaltung der Umwelt stärker als bisher in Angriff genommen werden. Man ist sich einig, dass damit Erwerbsarbeitslosigkeit nicht bekämpft werden kann, aber die durch Arbeitszeitverkürzung gewonnene Zeit für gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten verwendet werden kann, für die es im Augenblick weder einen Markt noch öffentliche finanzielle Mittel gibt.

Forum 4

Zukunft des Dualen Systems der Berufsausbildung - Auslaufmodell oder Modell für Europa? – Integration benachteiligter Jugendlicher

Walter Brosi, stellv. Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung, Berlin

– Statement Forum 4 –

Das duale Ausbildungssystem ist vor allem durch seine Praxisnähe und durch die Verbindung von Arbeiten und Lernen sowohl unter berufspädagogischer als auch arbeitsmarktbezogener Hinsicht das für Deutschland beste Qualifizierungssystem und wird es künftig auch bleiben, vorausgesetzt, die offensichtlichen Anpassungsnotwendigkeiten werden aufgegriffen und als Entwicklungschance verstanden.

Ich sehe hierzu keine Alternative für Deutschland. Auch dann nicht, wenn über den nationalen Tellerrand hinweggeschaut wird. Das sehr flexible, modular angelegte englische Zertifizierungssystem dürfte für unser Ausbildungssystem kaum tragfähige Ansatzpunkte liefern, wenn – wie allgemein beteuert wird – an dem bewährten Berufskonzept festgehalten wird. Ähnlich sieht es bei rein schulischen Qualifizierungssystemen, wie in Frankreich, aus. Solche Ansätze haben für das deutsche Ausbildungssystem bislang nur eine untergeordnete Bedeutung, wenn von den schulisch geprägten Notmaßnahmen, vor allem in den neuen Ländern, abgesehen wird.

Das hohe Interesse des Auslandes an unserer Form „alternierender“ Qualifizierung ist ein Beleg für seine offensichtliche Effizienz.

Die deutsche Wirtschaft wird um ihr leistungsfähiges und flexibel einsetzbares Fachpersonal beneidet. Es gibt deshalb viele Versuche, unser System zu kopieren. Eine Übertragung unseres dualen Systems auf andere Länder – und das zeigen alle Erfahrungen – wird jedoch überwiegend nicht oder nur begrenzt gelingen. Hier fehlt es häufig an den erforderlichen Mitwirkungs- und Verantwortungsstrukturen, aber auch an der entsprechend gewachsenen Ausbildungs- und Berufskultur in den interessierten Ländern. Insofern ist das duale System nur bedingt ein Modell für Europa.

Unbestritten ist aber auch, dass wir national derzeit offensichtliche Probleme haben bei der Bereitstellung ausreichender Ausbildungsplätze, aber auch bei der Anpassung und Modernisierung des Systems an neue Entwicklungen im Beschäftigungssystem.

Festzustellen ist, dass in der Vergangenheit häufig zu spät auf Entwicklungen in der Wirtschaft reagiert wurde. Das gilt für den immer rascheren wirtschaftlichen und technischen Wandel, für Änderungen der Arbeitsorganisation und das gilt insbesondere für die neuen Beschäftigungsfelder, vor allem in der Dienstleistungswirtschaft. Dort liegen beachtliche Wachstumspotentiale auch für die duale Ausbildung, die erschlossen werden müssen.

Um solche Änderungsprozesse frühzeitig erkennen und für neue Ausbildungen nutzen zu können, wird derzeit an einem Früherkennungssystem gearbeitet. Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat hierzu erste Machbarkeitsstudien entwickelt und Forschungsprojekte angestoßen. Auch andere Einrichtungen arbeiten an solchen Instrumenten. Im Wirtschaftsministerium beschäftigt sich z.B. eine Monitoring-Runde mit neuen ausbildungsrelevanten Entwicklungen in der Wirtschaft. Hier ist einiges auf dem richtigen Weg zur Erschließung neuer Ausbildungsbereiche.

Es geht aber auch um mehr Flexibilität in der Ausbildung selbst. Die Qualifikationsanforderungen in der Praxis ändern sich immer schneller und werden vielfältiger. Allerdings können nicht in immer kürzeren Zeitabschnitten Modernisierungen oder Neuentwicklungen von Berufen vorgenommen werden. Eine Lösung aus diesem Dilemma sind die neuen Ordnungskonzepte gestaltungsoffener Ausbildungsregelungen, die neben einem festen Bestandteil an Kernqualifikationen variable Lernziele beinhalten, die z. T. auch frei gewählt und gestaltet werden können. Dies schafft neue Spielräume für die Betriebe, aber auch für künftige technische und arbeitsorganisatorische Entwicklungen, ohne die Berufe jeweils umfassend anpassen zu müssen. Solche Konzepte werden auch zusätzliche Ausbildungspotentiale eröffnen.

In den letzten drei Jahren ist hier viel geschehen. Wir haben rund 100 Ausbildungsberufe modernisiert, darunter knapp 30 Berufe ganz neu erarbeitet und haben dabei auch neue flexiblere, praxisbezogene Ordnungskonzepte eingesetzt. Damit ist in den letzten Jahren ein beachtlicher Modernisierungsschub in der beruflichen Bildung angestoßen worden. Und dieser Prozess ist noch nicht zu Ende.

Bei allen Ansätzen zur Weiterentwicklung unseres Ausbildungssystems darf nicht verkannt werden, dass die Eignungen und Fertigkeiten von Jugendlichen sehr unterschiedlich sind und sich hierdurch auch jeweils andere Handlungsnotwendigkeiten ergeben. Stark vereinfacht haben wir es mit Jugendlichen zu tun

- die aus welchen Gründen auch immer kein Interesse an einer Ausbildung zeigen (Zielgruppe der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit)
- die ausbildungsinteressiert sind, aber noch nicht über die erforderliche Ausbildungsreife verfügen (Zielgruppe der Berufsvorbereitung)
- die durch soziale Umstände benachteiligt sind und deshalb keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten (Zielgruppe der Benachteiligtenförderung)
- die trotz ihrer Ausbildungsbefähigung auf Grund eines vergleichsweise eingeschränkten Leistungsprofils keinen Betrieb finden, der ihnen eine Lehrstelle gibt (spezifische Maßnahmen fehlen)
- die große Gruppe von Jugendlichen, die auf überwindbare oder keine Schwierigkeiten auf dem Lehrstellenmarkt treffen (kein Handlungsbedarf) und jene
- die mit einer Studienberechtigung eine duale Ausbildung lediglich als Durchgangsstation auf dem Weg zu einem Studium wählen (Handlungsbedarf in Richtung alternativer dualer Studienwege).

Die Gruppe von Jugendlichen ohne Ausbildungsinteresse ist nur schwer erreichbar. Sie an eine Ausbildung heranzuführen, kann lediglich die Jugendhilfe oder die Jugendsozialarbeit leisten. Hier können Konzepte, die Arbeiten und Lernen verbinden, hilfreich sein.

Von dieser Gruppe abgesehen konzentriert sich das Lehrstellenproblem angesichts der spezifischen Angebote vor allem der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen der Berufsvorbereitung und der Benachteiligtenförderung derzeit im wesentlichen auf jene Jugendliche, die trotz einer Ausbildungsbefähigung aufgrund ihres eingeschränkten Leistungsprofils im Wettbewerb um Lehrstellen keinen Lehrbetrieb finden. Das sind allerdings überwiegend keine Benachteiligten im Sinne des Sozialgesetzbuches III, sondern zu einem guten Anteil Marktbenachteiligte mit besonderen Leistungsschwächen.

Hier setzen Forderungen an die allgemeinbildenden Schulen an, die Ausbildungsreife ihrer Absolventen zu gewährleisten und zu verbessern. Für diese Gruppe wird zudem auch die Entwicklung anforderungsgeminderter zweijähriger Berufe vorgeschlagen.

Eine Entwicklung von Berufen, die sich alleine an dem Leistungsprofil lernschwacher Jugendlicher ausrichtet, wäre m.E. allerdings falsch. Ausbildungsberufe müssen vielmehr von den konkreten Tätigkeiten und Beschäftigungsmöglichkeiten her entwickelt werden und eine berufliche Perspektive haben. Nur eine solche Herangehensweise garantiert, dass die Absolventen nach der Berufsausbildung auch Beschäftigung finden.

Stellt sich allerdings heraus, dass bei einer solchen Herangehensweise auch zweijährige Berufe zweckmäßig sind und sich darüber hinaus auch berufliche Entwicklungsmöglichkeiten für die Absolventen abzeichnen, ist gegen zweijährige Berufe zunächst nichts einzuwenden. Ansonsten hätte auch der zweijährige Gerüstbauer vor einigen Jahren gar nicht entwickelt und erlassen werden dürfen.

Hier bleibt von entscheidender Bedeutung, wie im Zusammenhang mit zweijährigen Berufen mit den offenen tarifpolitischen und sozialrechtlichen Fragen umgegangen wird. Gelingt es nicht, den Absolventen solcher Ausbildungen den Facharbeiterstatus zuzuerkennen, dann dürfte ihre Akzeptanz auch in Zukunft sehr gering bleiben.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Stufenausbildung. Möglicherweise könnte sie in einer modifizierten Form ein erfolgversprechender Weg sein, Zugangsbarrieren bei leistungsschwächeren Jugendlichen abzubauen und zusätzliche Qualifizierungsoptionen aufzutun. Derzeit wird über ein Optionsmodell bzw. Ausstiegsmodell nachgedacht, das zunächst auf eine dreijährige Ausbildung abzielt, aber bei Wunsch des Auszubildenden auch einen Abschluß nach zwei Jahren erlaubt. Ein interessanter Ansatz, der im Zusammenhang mit dem Instrument der Externenprüfung, d.h. der Möglichkeit, fehlende berufliche Abschlüsse später nachzuholen, breiter diskutiert werden müsste.

Für die Integration Benachteiligter im engeren Sinne des Sozialgesetzbuches III fehlt es dagegen derzeit nicht an geeigneten Maßnahmen. Die vorliegenden Instrumente haben sich bislang bewährt.

Wollen wir die quantitativen und strukturellen Probleme auf dem Lehrstellenmarkt auf Dauer lösen, dann bleibt aus meiner Sicht zum derzeitigen Reformkurs der Modernisierung der Berufsausbildung keine Alternative. Hier sind wir bereits ein gutes Stück vorangekommen. Optimistisch stimmt, dass wir hierbei auch neue Betriebe für eine eigene Ausbildung gewonnen haben. Dieser Weg muss fortgesetzt werden. Er verlangt aber nicht nur neue Berufe und neue Ordnungskonzepte, sondern auch neue, ebenso tragfähige Ansätze der Differenzierung in der beruflichen Bildung. Hierbei sind auch traditionelle Tabuthemen auf den Prüfstand zu stellen.

1. Die Berufsausbildung in Deutschland muss sich mehr als bisher europäisch ausrichten.

Das niederländische Berufsbildungsgesetz *wet educatie en beroepsopleiding* verlangt von staatlichen Berufsbildungseinrichtungen generell den Nachweis internationaler Aktivitäten. Dieser gesetzlichen Forderung liegt eine schlichte Argumentation zugrunde, die eigentlich auch in Deutschland gelten müßte: Wenn die Wirtschaft eines Landes international wettbewerbsfähig sein will, dann muss die berufliche Qualifizierung dafür die Voraussetzungen schaffen.

Die zunehmende Verflechtung Europas hat nachhaltigen Einfluss auf die berufliche Bildung:

- Produkte und Dienstleistungen werden für einen zusammenwachsenden europäischen Markt entwickelt.
- Gesetze und Normen werden europäisch geprägt.
- Bildungs- und Sozialsysteme werden in den europäischen Vergleich gestellt.
- Betriebe passen Organisation und Technologie dem verstärkten europäischen Wettbewerb an.
- Förderprogramme der EU sowie zwischenstaatliche Vereinbarungen ermöglichen und fordern durch die Bindung nationaler Co-Finanzierungen vielfältige transnationale Aktivitäten.

Zwar liegt die berufliche Bildung gemäß dem Prinzip der Subsidiarität in der Verantwortung der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Dennoch überträgt der Vertrag von Maastricht in den Artikeln 126/127 der Europäischen Union Aufgaben, vor allem im Bereich der Qualitätsverbesserung nationaler Berufsbildung durch Förderung von Innovation und Transnationalität.

2. Vorzüge und Schwächen des dualen Systems

Es ist eine verbreitete Auffassung, dass die deutsche Berufsausbildung mit ihrem Kernstück des dualen Systems hohen Qualitätsanforderungen genügt und auch international keinen Vergleich zu scheuen braucht. Das duale System wird gelegentlich sogar als "Exportartikel" gehandelt. Die deutsch-portugiesische Handelskammer in Lissabon versucht z.B. in Pilotprojekten, das duale System nach Portugal zu übertragen. Stärken des dualen Systems sind vor allem:

- der Praxisbezug betrieblicher Ausbildung
- das hohe Ausbildungsniveau
- die finanzielle Beteiligung der Wirtschaft an der Ausbildung
- der hohe gesellschaftliche Status einer Berufsausbildung

Es wird aber immer deutlicher, dass diesen Stärken in zunehmendem Maß auch Schwächen gegenüberstehen:

- Immer mehr Betriebe ziehen sich aus dem Engagement im dualen System zurück (im Bundesland Brandenburg werden 80% aller Ausbildungsplätze öffentlich gefördert).
- Französische Kritiker des dualen Systems bemängeln vor allem, dass betriebliche und schulische Curricula nicht gut genug aufeinander abgestimmt sind und den Anforderungen

integrierten Lernens in der informationstechnisch geprägten Arbeitswelt kaum genügen.

- Niederländische Kritiker des dualen Systems befürworten zwar das Prinzip der Dualisierung, sie bemängeln aber die aus ihrer Sicht unnötige Reduzierung der Berufsausbildung auf nur ein genau definiertes Modell. Es sollen z.B. auch Kommunen und alle tatsächlichen oder potentiellen Akteure beruflicher Bildung Verantwortung für die Ausbildung tragen, Ausbildungsmöglichkeiten sollen schnell bedarfsorientiert anpassbar sein (z.B. nicht nur eine festgeschriebene Ausbildungszeit, sondern modular aufgebaute verschiedenen lange Ausbildungszeiten und flexible Angebote) usw.
- Im Vergleich zum anglo-amerikanischen Ausbildungsmodell ist das (auch finanzielle) Eigenengagement für die berufliche Qualifizierung in Deutschland gering. Warum wird z.B. die berufliche Qualifizierung der eigenen Kinder nicht ebenso in das Budget einer Familienplanung aufgenommen wie die Planung jährlicher Urlaubsreisen oder die Anschaffung eines Autos? Warum werden Bildungsausgaben steuerlich nicht stärker berücksichtigt?
- Im Vergleich zu hochentwickelten Berufsbildungssystemen unserer EU-Nachbarländer (Niederlande, Frankreich, aber auch Großbritannien) ist die berufliche Weiterbildung schwach entwickelt und etabliert, möglicherweise gerade wegen der hohen Wertschätzung einer beruflichen Erstausbildung in Deutschland.
- An den Nahtstellen Schule-Beruf und im Übergang von der Berufsausbildung zur Arbeitsaufnahme sieht das duale System kaum Verknüpfungen vor, der gesamte Bereich der beruflichen Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher (immerhin ca. 100.000 Jugendliche) führt ein Schattendasein im System der beruflichen Bildung. Insgesamt leisten weder Schule oder Familie, noch Arbeitsämter oder Kommunen, noch Betriebe oder sonstige Stellen eine ausreichende berufliche Beratung und Orientierung.
- Hohe Abbruchquoten während der Ausbildung (durchschnittlich über 20% und in manchen Berufen über 40%) oder Aufgabe der Arbeitstätigkeit schon kurz nach Ausbildungsabschluss (nach 5 Jahren bei Altenpflegern mehr als die Hälfte) weisen auf Fehlsteuerungen im System der beruflichen Bildung insgesamt hin.
- Schließlich: Unser Berufsbildungssystem ist nicht in genügendem Maße internationalisiert, die aktuelle Debatte zum Qualitätsmanagement in der beruflichen Bildung sollte diesen Aspekt aufnehmen.

3. Reformstrategie: Qualitätsverbesserung der Berufsausbildung durch Internationalisierung

Es geht mir nicht darum, pro oder contra duales System zu argumentieren. Es geht eher darum, das deutsche duale System genau an den o.g. Schwachpunkten zu verbessern. Dies setzt vor allem ein Mehr an Variabilität voraus. Eine von der Carl Duisberg Gesellschaft herausgegebene aktuelle internationale Vergleichsstudie zur beruflichen Bildung kommt zu dem Schluss, dass „sich im letzten Jahrzehnt ein großes Veränderungs-

tential für Strukturreformen des dualen Systems" aufgebaut hat, dass Deutschland in der Auseinandersetzung mit alternativen hochentwickelten Berufsbildungssystemen „meist vornehm beiseite stand“. Wieviele Bildungsverantwortliche, Ausbilder oder Pädagogen sind denn bei uns auch nur grob über Stärken und Schwächen der Berufsbildungssysteme unserer Nachbarn informiert?

So wie technologische Innovation von biologischen Lösungen abgeschaut werden kann, kann Bildungsinnovation durch transnationale Bezüge erreicht werden, indem alternative erfolgreiche Entwicklungen genutzt werden. Darüber hinaus bieten einschlägige Weißbücher der EU-Kommission Anhaltspunkte zur Entwicklung nationaler Reformkonzepte, zu nennen sind hier insbesondere

- das Weißbuch Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung von 1994
- das Weißbuch zur Sozialpolitik von 1994
- das Weißbuch Lehren und Lernen von 1995

Diese Weißbücher enthalten konkrete Anregungen für neue Strategien zur Verbesserung der Berufsbildungssysteme. Beispielfähig seien hier genannt Vorschläge für eine verstärkte regionale Zusammenarbeit (local networking) von Akteuren der beruflichen Bildung (wie es diese AWO-Fachtagung ja auch einfordert) oder das Konzept einer "Schule der zweiten Chance" für benachteiligte Jugendliche.

4. „Praktijk Leerbedrijf“ – arbeitsmarktgerichtete Qualifizierung von Risikogruppen: ein neues Modell aus den Niederlanden

Abschließend sei ein erfolgreiches Beispiel dafür genannt, dass praktische Bündnisse auf regionaler Ebene tatsächlich die Ausbildungs- und Beschäftigungssituation gerade von Risikogruppen verbessern können. In Tilburg (Niederlande) haben Kommune und Arbeitsamt durch Bündelung regionaler Ressourcen seit 1997 eine optimierte regionale Infrastruktur zur praktischen und arbeitsmarktgerichteten Qualifizierung von Arbeitslosen installiert (PLB). Ziel ist einerseits, jedem Arbeitslosen das für seine persönliche Situation bestmögliche Angebot bereitzustellen. Ziel ist es auch, möglichst direkt auf Arbeitsaufgaben in privaten oder subventionierten Betrieben hin bzw. auf die Aufnahme einer regulären Ausbildung hin zu qualifizieren. Bildungsträger bringen dazu jeweils ihr Knowhow sowie personelle und sächliche Ressourcen in einen Verbund ein. PLB qualifiziert z.Zt. in fünf verschiedenen Modulen:

- Vor Aufnahme einer Qualifizierung findet ein zentrales persönliches Assessment statt, also eine gründliche Diagnostik des persönlichen Potentials.
- Grundqualifizierung in allen Berufsfeldern
- angeleitete Arbeitserfahrung
- subventionierte Beschäftigung
- flankierende Maßnahmen (z.B. Sprachförderung, soziale Beratung u.ä.)

Der Qualifizierungsverlauf jedes Arbeitslosen wird individuell begleitet und dokumentiert. Durch ein zentrales Budget werden Leistungen jedes Bildungsanbieters vergütet.

Diese (virtuelle) Infrastruktur verhindert Doppel- und Mehrfachinvestitionen (jeder Bildungsträger bringt ja seine Möglichkeiten in eine gemeinsame Qualifizierung ein) und verhindert auch Parallel- und Mehrfachqualifizierungen (für jeden Arbeitslosen

wird ein individuelles Profil erarbeitet und dokumentiert). Mit einem jährlichen Budget von 4,2 Millionen Gulden können derzeit 600 Arbeitslose zielgerichtet qualifiziert werden. Nach ersten Evaluationen ist dieses neue Modell erfolgreich, die meisten Arbeitslosen sind in relativ kurzer Zeit entweder tatsächlich in Beschäftigung gekommen oder haben eine reguläre Berufsausbildung aufgenommen.

Ein solches Qualifizierungsmodell ist nur in Kooperation der wichtigsten regionalen Bildungsanbieter und nur durch Bündelung verfügbarer Finanzmittel zur arbeitsmarktgerichteten Qualifizierung möglich!

Wer das duale System der Berufsausbildung retten will, muß handeln. Dass immer mehr ausbildungsplatzsuchende Jugendliche unversorgt bleiben, ist ein ernstes Krisensymptom. Notwendig sind Qualitätsverbesserungen, die Erhöhung der Attraktivität und eine umfassende Modernisierung. Hierzu gehört die Ergänzung der einzelbetrieblichen Finanzierung durch einen gerechten Leistungsausgleich.

Die nicht oder nur geringfügig ausbildenden Betriebe sollen sich mit einem eigenen Beitrag an der Schaffung eines auswahl-fähigen Berufsbildungsangebotes beteiligen. Zugleich sollen sie diejenigen Betriebe entlasten, die über das erforderliche Maß hinaus ausbilden. Die bisher hierfür verwendeten öffentlichen Mittel und Mittel der Bundesanstalt für Arbeit müssen künftig zur Verbesserung der Berufsschulen und zur gezielten Förderung benachteiligter Jugendlicher eingesetzt werden.

Zwei Drittel aller Jugendlichen erhalten eine Berufsausbildung im dualen System. Eine qualifizierte Berufsausbildung ist die beste Möglichkeit für einen erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben. Die Zahl der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, ist Jahr für Jahr gestiegen. 150.000 Jugendliche hatten am 31. August 1997 noch keinen Ausbildungsplatz. Das ist die größte Lehrstellenkrise der letzten Jahrzehnte. Mit Versprechungen ist den Jugendlichen nicht geholfen – sie erwarten Taten.

Jugendliche ohne qualifizierte Berufsausbildung sind von einem wesentlich höheren Arbeitsmarktrisiko bedroht als mit Abschluss. Ihnen wird verwehrt, sich die Grundlagen für eine eigenständige Existenz, für ihren Platz in der Gesellschaft, zu sichern. So werden Talente vergeudet. Die Ausbildungsplatzsituation macht den Jugendlichen keinen Mut auf die Zukunft, ihre eigene wie die unserer Gesellschaft. Alle Jugendlichen müssen unabhängig davon, wo sie leben, die Chance zu einer qualifizierten Berufsausbildung erhalten.

Gut qualifizierte und motivierte Beschäftigte sind einer der wichtigsten Standortvorteile unseres Landes. Die Sicherung ihres eigenen Fachkräftenachwuchses ist Aufgabe der Wirtschaft wie der öffentlichen Verwaltungen. Unternehmen, Betriebe und Verwaltungen müssen daher ihrer Ausbildungspflicht nachkommen. Die spezifische Verantwortung für ein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen liegt nach Feststellung des Bundesverfassungsgerichts „der Natur der Sache nach“ bei den Arbeitgebern.

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist bei Anerkennung aller Anstrengungen von ausbildungswilligen Betrieben und berufsbildungspolitisch Verantwortlichen katastrophal. Seit 1991 ist in den alten Ländern jeder vierte Ausbildungsplatz gestrichen worden, vor allem in Großbetrieben der Industrie sowie im Dienstleistungs- und Verwaltungsbereich. Auch im Handwerk, das traditionell über Bedarf ausgebildet hat, ist die Ausbildungsneigung zurückgegangen. Gegenwärtig bildet nur noch jeder vierte Betrieb aus. Alle Lehrstellenversprechen der Wirtschaft haben diese Trends nicht umkehren können.

Die Schere zwischen schrumpfendem Ausbildungsplatzangebot und steigender Ausbildungsplatznachfrage öffnet sich wei-

ter: Bis Ende August 1997 wurden der Bundesanstalt für Arbeit insgesamt 571.206 Ausbildungsplätze gemeldet. Das ist ein Minus von 17.500 Plätzen oder 3 % gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber ist dagegen um 7,5 % auf 753.095 weiter angestiegen. In den alten Ländern ging das Ausbildungsplatzangebot seit Herbst 1996 um 3,1 % zurück, in den neuen Ländern um 2,4 % (unter Einrechnung der erneut vereinbarten "Gemeinschaftsinitiative"). Während die Ausbildungsplatznachfrage in Westdeutschland um 7,4 % stieg, wuchs sie in Ostdeutschland um 7,7 %. Auch in den nächsten Jahren ist mit weiter steigender Nachfrage von jeweils 1 – 2 % zu rechnen, bevor demografisch bedingt bei konstantem Bildungsverhalten ab Mitte des nächsten Jahrzehnts ein Rückgang der Nachfrage erwartet wird.

Die Berufsbildungspolitik der Bundesregierung hat sich seit 1994 auf den Abbau sogenannter ausbildungshemmender Vorschriften – vielfach also auf die Senkung von Mindest-Qualitätsstandards – konzentriert. Eine aktive Förderung durch Anreize für Unternehmen, die ihrer Ausbildungsverpflichtung auch in der Zeit des Strukturwandels und unternehmerischer Strategien des Personalabbaus und der Kostensenkung nachkommen, hat es nicht gegeben. In den neuen Ländern ist der systematische Neuaufbau eines modernen Anforderungen genügenden, zur Versorgung aller Jugendlichen ausreichenden Berufsausbildungssystems seitens der Bundesregierung seit 1990 versäumt worden.

Die SPD-Fraktion hat in den letzten Jahren immer wieder Anträge in den Deutschen Bundestag eingebracht, die Handlungsvorschläge zur Modernisierung des dualen Systems und Konzepte zum Neuaufbau und zur Förderung der beruflichen Bildung enthalten. Auf dem Kölner Parteitag im November 1996 wurde die Forderung nach Verbesserung der Attraktivität, der Qualitätssicherung und der Modernisierung des dualen Systems bekräftigt. Zugleich hat die SPD das Konzept einer solidarischen Berufsausbildungsfinanzierung beschlossen, auf dessen Grundlage die SPD-Fraktion den Entwurf eines Berufsausbildungsfinanzierungsgesetzes erarbeitet hat.

Mit dem Gesetz schaffen wir massive Anreize für Arbeitgeber, ihr Ausbildungspotential tatsächlich auszuschöpfen und neue Plätze zu schaffen, auch über den eigenen Bedarf hinaus. Nur wenn es gelingt, mehr Betriebe dazu zu bringen, ihre Ausbildungskapazität auszuschöpfen und zu erweitern, wird das Ziel, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu gewährleisten, erreicht.

Der Gedanke der Solidarität aller Arbeitgeber in Privatwirtschaft und in den öffentlichen Verwaltungen – untereinander und mit den ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen – prägt unser Konzept. Wir sehen keine Verstaatlichung, sondern die Durchführung des Gesetzes in Selbstverwaltung von Arbeitgebern und Gewerkschaften im Rahmen der Arbeitsverwaltung vor. Kammerumlagen, tarifvertragliche Lösungen und regionale Ausbildungskonsense haben Vorrang.

Nur wenn die privaten und öffentlichen Arbeitgeber nicht von sich aus eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen, gelangt das Gesetz zur Anwendung.

Sobald eine ausgeglichene Bilanz erreicht ist, ruht das Gesetz. Die Arbeitgeber selbst haben es also in der Hand, ob das Gesetz angewendet wird oder nicht. Werden zu wenig Ausbildungsplätze angeboten, so werden die Arbeitgeber, die nicht oder zu wenig ausbilden, zu einer Umlage herangezogen. Die Betriebe, die über den erforderlichen Umfang hinaus ausbilden, erhalten dagegen einen Bonus. Mit diesem Leistungsausgleich

wollen wir erreichen, dass überdurchschnittliche Ausbildungsleistungen auch anerkannt und belohnt werden.

Das Gesetz löst die einzelbetriebliche Verantwortung und Finanzierung nicht ab, es ergänzt sie. Die Alternative wäre eine weitere, schleichende Verstaatlichung der Berufsbildungsfinanzierung. Dies wäre das Ende des vielgepriesenen dualen Systems und Markenzeichens des "Standortes Deutschland".

Karl Spelberg, ZDH Zentralverband des Deutschen Handwerks, Abteilungsleiter für Berufliche Bildung, Bonn

– Statement Forum 4 –

Das duale System steht vor quantitativen und qualitativen Herausforderungen. Bis zum Jahr 2005 steigt die Zahl der Lehrstellenbewerber von derzeit rund 650.000 pro Jahr auf etwas über 700.000. Es bedarf somit Anstrengungen aller Beteiligten, dieser Lehrstellennachfrage gerecht zu werden.

Neben den quantitativen Herausforderungen sind jedoch auch qualitative Herausforderungen zu bewältigen, um den Stellenwert des dualen Systems im Hinblick auf die Gleichwertigkeit mit anderen Bildungsgängen zu sichern. Hierzu gehören u.a.:

- Eine stärkere Differenzierung der Ausbildung nach schulischer Vorbildung. Zu einer „Ausbildung nach Maß“ gehört, dass sowohl für leistungsschwächere, aber auch für leistungsstärkere Jugendliche eine Ausbildung geregelt werden muss. Oberstes Prinzip muss jedoch sein, dass für diese Ausbildungsgänge auch eine adäquate Beschäftigungsmöglichkeit besteht.
- Die Berufsschule muss insbesondere in den technologieorientierten Berufen mit der Entwicklung Schritt halten. Dies bedeutet, dass die Ausstattung, aber auch die Weiterbildung der Berufsschullehrer eine zentrale Rolle für den Stellenwert des dualen Systems darstellen. Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Wirtschaft und Berufsschule für die Qualifizierung der Berufsschullehrer müssen verbessert werden.
- Für das Handwerk besteht nach wie vor die Forderung, dass Bund und Länder im Hinblick auf die Finanzierung der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten ihren angemessenen Anteil leisten müssen. Sowohl der Ausbau der Berufsbildungszentren als auch deren ständige Modernisierung ist eine zentrale Forderung, um vor allem die dringend erforderlichen Ausbildungsmöglichkeiten der kleineren und mittleren Unternehmen zu stabilisieren.
- Die allgemeinbildenden Schulen müssen verstärkt Anstrengungen unternehmen, die Jugendlichen auf die Berufs- und Arbeitswelt vorzubereiten. Hierzu gehört eine ausreichende Basisqualifikation, um den steigenden Anforderungen an die Ausbildung besser Rechnung tragen zu können.
- Die Integration benachteiligter Jugendlicher - dies sind nach meinem Verständnis vor allem Jugendliche mit schulischen Defiziten - sollte verstärkt durch eine Modularisierung der Ausbildung erfolgen. Darüber hinaus bieten sich für mehrere

Bereiche Stufenausbildungen an, wie es z.B. in der Bauwirtschaft üblich ist. Das Konzept der Stufenausbildung muss auch für andere Wirtschaftsbereiche wiederbelebt werden.

- Über eine Modularisierung bzw. Stufenausbildung kann auch eine bessere Integration von Migranten in die Berufswelt erfolgen.
- Im Hinblick auf die europäische Entwicklung gewinnt die alternierende Berufsausbildung zunehmend an Bedeutung. Eine stärkere Einbeziehung der Betriebe und der Sozialpartner in die Durchführung und konzeptionelle Entwicklung der Ausbildung wird in mehreren europäischen Ländern verstärkt betrieben. Betriebliche Aus- und Weiterbildung ist ein wesentlicher Faktor, um Jugendarbeitslosigkeit erst gar nicht entstehen zu lassen bzw. zu reduzieren.

Diskussionsergebnisse Forum 4

In der Diskussion im Forum stand die Frage nach der Integration benachteiligter Jugendlicher in die Berufsausbildung im Vordergrund. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff „Warteschleifen“ für berufs- bzw. ausbildungsvorbereitende Angebote kritisiert, der nahelegt, dass diese Angebote keine Weiterentwicklung für die betroffenen Jugendlichen bringen. Problematisch wird die Situation allerdings, wenn nach Absolvieren dieser Vorbereitungsangebote kein Übergang in Ausbildung und Beschäftigung erfolgt.

Angesichts der erheblichen Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit wird auf die Folgekosten für die Gesellschaft hingewiesen, die nicht nur materiell wesentlich höher werden, als Sofortmaßnahmen zur ausreichenden Qualifizierung und Beschäftigung von Jugendlichen kosten würden.

Als weitere Aspekte werden

- die Verbesserung der Rahmenbedingungen der außerbetrieblichen Ausbildung genannt
- eine verstärkte Sicht auf europäische Konzepte zu lenken und
- eine Verbesserung der vorberuflichen Vorbereitung auf betriebliche Praxis in der allgemeinbildenden Schule zu betreiben.

Außerdem werden Auswahlverfahren vieler Betriebe für Ausbildungsplatzbewerber/-innen kritisiert, die mit zu hohen, im Berufsalltag gar nicht gefragten Anforderungen, versehen sind.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Diskussion waren die Möglichkeiten von neuen Ausbildungsberufen für mehr 'praktisch orientierte' Jugendliche, mit niedrigeren Anforderungen im theoretischen Bereich. Hier prallten die Meinungen des Arbeitgebervertreters und des Gewerkschaftsvertreters aufeinander.

Von Seiten der Arbeitgeber wird vorgeschlagen, bisherige Berufe zu differenzieren, d.h. neben den bisherigen Ausbildungsberufen z.B. im Kfz-Handwerk, im Elektrobereich und dem Bürokaufmann/-frau neue Berufsbilder zu schaffen, die nur Teilbereiche abdecken, so dass geringere Anforderungen an die Ausbildung gestellt werden können. Die Gewerkschaften lehnen dies ab, da an dem tatsächlichen Bedarf gezweifelt wird, die erreichten Standards der Ausbildung insgesamt gesenkt werden - statt den steigenden Anforderungen mit mehr Investitionen in Bildung zu entsprechen - und neue 'Billigtarife' geschaffen werden. Für benachteiligt Jugendliche müssen andere Hilfen greifen, die eine qualifizierte Ausbildung ermöglichen.

In diesem Zusammenhang wird vom Vertreter des BIBB die Aufforderung zur Differenzierung des Benachteiligtenbegriffes eingebracht. So sind in den neuen Ländern statistisch mehr benachteiligte Jugendliche vorhanden, was sich nur mit dem größeren Ausbildungsplatzdefizit erklären lässt. Vorgeschlagen wurde eine Zusammenarbeit zwischen freien Trägern und Betrieben, um eine Ausbildung benachteiligter Jugendlicher im Betrieb zu ermöglichen.

Ein weiterer Vorschlag war eine modularisierte Ausbildung, die eine Flexibilisierung ermöglichen würde und damit individuelle Zugänge zu einer anerkannten Ausbildung eröffnen könnte. Voraussetzung wäre allerdings eine Abkehr vom relativ starren deutschen Ausbildungssystem.

Die Ausbildung in den Niederlanden wird als entsprechendes Beispiel angeführt. Hier wird eine zweijährige Ausbildung durchgeführt, die aber mit Teilzertifizierung flexibel gestaltet ist. Konsens über ein derartiges Ausbildungssystem konnte aber nur im Bereich der Nachqualifizierung von jungen Erwachsenen ohne Ausbildung, das in Kombination von Arbeiten und Lernen bis zu einer anerkannten Ausbildung führen könnte, erzielt werden.

Als weiteres Problem wurde der Übergang nach der Ausbildung in Beschäftigung thematisiert. Vom Vertreter der SPD wurde auf die Notwendigkeit der Stabilisierung des zweiten Arbeitsmarktes aufmerksam gemacht. Die entsprechenden Beschäftigungsprogramme der Bundesanstalt für Arbeit müssen verbessert werden. Vom Arbeitgebervertreter wurde darauf hingewiesen, dass darauf zu achten wäre, dass Beschäftigungsprojekte keine negativen Auswirkungen auf den ersten Arbeitsmarkt haben dürfen.

Vom Vertreter der Gewerkschaften wurde angemerkt, dass die Bedingungen für die Förderung von Beschäftigung durch das jetzige SGB III verschlechtert worden sind und eine Projektförderung ausgeschlossen ist. Die Rahmenbedingungen müssten hier entscheidend verbessert werden.

Abschlussforum

Für Ausbildung und Arbeit – gesellschaftliche Verantwortung und Zukunftsperspektiven – Grundlagen einer neuen Strategie

Mariluisse Beck, MdB, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN

– Statement Abschlussforum –

Noch Anfang der 90er Jahre galt die Bundesrepublik als ein Land, in dem Jugendliche von der Arbeitsmarktkrise weniger betroffen waren als in den anderen europäischen Ländern. Doch das hat sich inzwischen gründlich geändert. Während alle anderen EU-Mitgliedsstaaten ihre Quoten im letzten Jahr verringern konnten, steigt in der Bundesrepublik die Jugendarbeitslosigkeit. Seit 1991 hat sich die Quote der Arbeitslosen unter 25 Jahren fast verdoppelt. Zur Zeit sind über eine halbe Million junger Menschen arbeitslos gemeldet. Zudem fanden 1997 fast 50.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz und weitere 140.000 mussten sich mit Wartemaßnahmen begnügen. Besonders triste ist die Situation in Ostdeutschland.

Aber die Jugendarbeitslosigkeit steigt nicht nur in absoluten Zahlen (was sich zumindest teilweise damit erklären lässt, dass die geburtenschwachen Jahrgänge bis Mitte der 90er Jahre auf den Arbeitsmarkt kamen), sondern auch relativ: Der Anteil junger Erwerbstätiger ist seit Jahren rückläufig. 1991 waren in Westdeutschland noch fast 41 % der Jugendlichen unter 25 Jahren erwerbstätig, 1995 waren es nur noch rund 31 %. Die Arbeitsmarktchancen junger Menschen sind – trotz aller gegenteiligen Behauptungen von Bundesregierung und Arbeitgebern – in den letzten Jahren erheblich schlechter geworden.

Wir haben es mit einer massiven Umverteilung von Erwerbsarbeit zu Ungunsten der jüngeren Generation zu tun. Und diese Umverteilung ist nicht – wie oft behauptet – demographisch bedingt, sondern politisch gewollt und inszeniert. Der lange von allen arbeitsmarktpolitischen Akteuren geteilte Konsens, den Arbeitsmarkt gezielt am oberen Ende, bei den Älteren, zu entlasten und so die Jugendarbeitslosigkeit niedrig zu halten, wurde aufgekündigt. Seit Jahren betreibt die Bundesregierung durch Änderungen im Renten- und Arbeitsförderungsrecht eine – für die jüngere Generation fatale - Politik der Lebensarbeitszeitverlängerung, die die Erwerbsbevölkerung immer älter werden lässt. Die Abschaffung des Vorruhestandes, die Heraufsetzung des Rentenalters für Männer wie Frauen auf 65 Jahre, die Abschaffung der arbeitsmarktbedingten Erwerbsunfähigkeitsrenten und Verschlechterungen bei der arbeitsmarktpolitischen Flankierung des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben waren unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten falsche Entscheidungen, denn durchgreifende Alternativen zur Verkürzung von Lebensarbeitszeit wurden nicht angeboten.

Die EU-Regierungschefs – zu denen auch Kanzler Kohl gehört – haben sich auf dem Luxemburger Beschäftigungsgipfel im Dezember 1997 verpflichtet, das Problem Jugendarbeitslosigkeit ernsthaft anzupacken. Wenn es Kohl ernst gewesen wäre mit der Gipfel-Verpflichtung „Kein Jugendlicher in Europa muss länger als 6 Monate auf ein konkretes Angebot zum Ausstieg aus der Arbeitslosigkeit warten“, dann hätte die Bundesregierung in ihrem beschäftigungspolitischen Aktionsplan vom April 1998 bei gegebener Jugendarbeitslosenquote für mindestens 125.000 Jugendliche ein konkretes Bildungs- oder Beschäfti-



Mariluisse Beck, Hans Jürgen Richter und Horst Kowalak (v. l.)

gungsangebot vorsehen müssen. Und sie hätte Perspektiven eröffnen müssen für eine grundlegende Modernisierung der beruflichen Bildung. Nichts dergleichen. Stattdessen Verweise auf die Zusagen der Arbeitgeber, 1998 mehr Lehrstellen anzubieten, obwohl doch schon in der Vergangenheit die Selbstverpflichtung der Unternehmen nichts als leere Versprechungen waren und die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft seit Jahren rückläufig ist. Stattdessen weitere hektische Notprogramme für Schulabbrecher, mit denen sich vielleicht die Arbeitslosenstatistik schön machen lässt, die aber an den grundsätzlichen Problemen nichts ändert.

Allerdings sind angesichts der aktuellen Situation auf dem Arbeits- und Lehrstellenmarkt kurzfristig greifende Initiativen durchaus notwendig. Gerade Jugendliche können und sollen nicht warten, wenn es um ihre ureigensten Lebensinteressen geht. Ein Blick über den deutschen Tellerrand zeigt, dass andere europäische Regierungen die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit längst ins Zentrum ihrer Politik gerückt haben und deshalb plädieren auch die Bündnisgrünen für ein Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit. Angesichts der Jahr für Jahr steigenden gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit – 1997 fast 170 Mrd. DM – muss es möglich sein, hier politische Schwerpunkte zu setzen und ein solches Programm vorrangig und kurzfristig über die Umschichtung von Mitteln zu finanzieren. In der Arbeitsförderung müssen Prioritäten gesetzt werden bei den arbeitsmarktpolitischen Angeboten für Jugendliche; arbeitslosen Jugendlichen muss – wie von den Regierungschefs in Luxemburg zugesagt – ein Rechtsanspruch auf Fördermaßnahmen nach höchstens 6 Monaten Arbeitslosigkeit eingeräumt werden; die Bildungs- und Berufschancen für Mädchen und junge Frauen und vor allem auch für Schul- und Ausbildungsabbrecher müssen gezielt verbessert werden. Zudem müssen durch Einführung einer Ausbildungsumlage endlich die, die für betriebliche Ausbildung verantwortlich sind; in die Pflicht genommen werden: die Betriebe.

Aber Sofortprogramme allein greifen zu kurz. Den Bündnisgrünen geht es deshalb grundsätzlich um einen neuen Generationenvertrag, sei es bei Umweltpolitik und Ökosteuer, in der Rentenpolitik, bei der Modernisierung des dualen Systems und der Ausbildungsförderung oder – ganz zentral – in unseren arbeitszeitpolitischen Konzepten.

Damit junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt ihre Chance bekommen, müssen wir Erwerbsarbeit umverteilen, und das nicht nur zwischen den Geschlechtern, sondern auch zwischen den Generationen. Wir müssen rechtlich und – soweit möglich – auch finanziell abgesicherte Optionen zur Verkürzung von Lebensarbeitszeit anbieten, um das zeitweilige und frühzeitige

Aussteigen aus Erwerbsarbeit attraktiver zu machen. Es muss möglich werden, dass jeder – ohne seinen Arbeitsplatz zu verlieren und ohne um Existenz und Rente zu fürchten – seine berufliche Laufbahn unterbrechen kann, um sich zum Beispiel weiterzubilden, Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen. Wir brauchen Jobrotationsmodelle nach dänischem Vorbild, die auf die Beschäftigung junger Menschen zielen. Und wir brauchen vor allem Alterszeitregelungen, die wesentlich besser greifen als das Altersteilzeitgesetz der Bundesregierung. Die derzeitige Umverteilung von Erwerbsarbeit zu Ungunsten der Jüngeren ist eine unfreiwillige. Wir sollten das Potential nutzen, das in der Bereitschaft von vielen Älteren liegt, Lebensarbeitszeit freiwillig zu verkürzen.

Klaus Clausnitzer, Präsident des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg

– Statement Abschlussforum –



Klaus Clausnitzer und Vikki Schaefer (v. l.)

Die momentane Arbeitsmarktkrise hat trotz massiven Gegensteuerns durch Arbeitsmarktpolitik auch die Jugendarbeitslosigkeit verschärft. Zurückhaltendes Einstellungsverhalten der Unternehmen beeinträchtigt die Beschäftigungschancen von Berufseinsteigern und die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe. Einerseits kann bei fehlender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage nicht eine zusätzliche Kostenbelastung durch Ausbildung verlangt werden, andererseits könnten kurzfristige Kostenminimierungsüberlegungen einen längerfristigen Fachkräftemangel auslösen.

Deutschland galt noch Anfang der 90er Jahre als ein Land, in dem Jugendliche von der Arbeitslosigkeit weit weniger betroffen waren als in anderen europäischen Ländern. Inzwischen sind Veränderungen eingetreten, die Anlass zu Besorgnis geben. Die Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren lag 1997 mit 12,2% (Ost 16,1%, West 11,2%) auf dem Niveau der Gesamtarbeitslosenquote.

Der Anteil jugendlicher Erwerbstätiger im Alter zwischen 15 und 24 Jahren ist in den alten Bundesländern im Zeitraum 1991 bis 1995 deutlich gesunken (von 41% auf 31%). Der starke Beschäftigungsrückgang bei Jugendlichen ist zu knapp 40% de-

mografisch zu erklären. Daneben sind aber auch strukturelle Ursachen für den Rückgang der jugendlichen Erwerbsbeteiligung verantwortlich. So haben sich die Arbeitsmarktchancen in den letzten Jahren erheblich verschlechtert und führten zu einer deutlich gestiegenen Arbeitslosenquote von Jugendlichen. Ein weiterer relevanter Grund für die rückläufigen Beschäftigungsanteile Jugendlicher ist deren stark gestiegene Bildungs- und Ausbildungsbeteiligung.

Für die Unterversorgung mit betrieblichen Ausbildungsstellen spielt die angespannte Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern eine besondere Rolle. Über- und außerbetriebliche Ausbildungsplatzförderung tragen dort wesentlich zur Bedarfsdeckung bei.

Als Reaktion auf das Ausbildungsstellendefizit sollten nicht gegen Betriebe Zwangsmaßnahmen wie eine „Umlagefinanzierung“ verhängt, sondern mit Betrieben gemeinsam Lösungen gesucht werden. Viele Unternehmen würden sich über eine Abgabe freikaufen. Zudem würde die Ausbildung bürokratisiert, was Kosten verursacht und damit zu Ineffizienz führt.

In vielen Betrieben fehlen die formalen oder fachlichen Voraussetzungen, um Auszubildenden eine fundierte und umfassende Ausbildung zu garantieren. Diese Betriebe sollen Unterstützungsmaßnahmen erhalten, um Ausbildungs-Ressourcen in den eigenen Reihen zu aktivieren: die Ausbildung im Verbund. Die Verbundausbildung bringt für die Betriebe den Vorteil, dass Betriebe, die in der Ausbildung noch keine Erfahrungen sammeln konnten, an die Ausbildung herangeführt werden. Desweiteren können Ausbildungsorte nach ihren Lernvorteilen ausgewählt werden. Die Kosten der Ausbildung tragen alle beteiligten Mitglieder.

In Deutschland gibt es derzeit 186 dieser Ausbildungs-Verbünde. 109 in den alten Ländern und 77 in den neuen Ländern. Diese Einrichtungen sichern derzeit die Ausbildung von mehr als 10.000 Lehrlingen.

Die Berufswünsche der Jugendlichen und die Möglichkeiten des Beschäftigungssystems fallen auseinander („matching-Probleme“), das heißt, es gibt Akzeptanzprobleme in einzelnen Be-

rufen/Berufsfeldern. Allerdings zeigen Untersuchungen, dass sich die Flexibilitätsbereitschaft bei der Berufswahl und der Ausbildungsstellensuche deutlich erhöht hat. Bereits in ihren mit der Berufsberatung erfassten Vermittlungswünschen rücken Jugendliche von einigen „Traumberufen“ ab und orientieren sich stärker an den Realitäten der Arbeitswelt und des Ausbildungsmarktes.

Grundsätzlich gilt, dass allgemeine Beschäftigungsentwicklung und Ausbildungsbereitschaft parallel verlaufen. D.h.: Ein Teil des Ausbildungsstellenmangels dürfte sich mit verbesserter allgemeiner Beschäftigungslage durch die Betriebe beheben lassen.

Bei steigenden Qualifikationsanforderungen dürfen die Jugendlichen, die ihnen nicht unmittelbar und in vollem Umfang entsprechen können, nicht vernachlässigt werden. Das vorhandene Berufsausbildungssystem leistet offensichtlich nicht ausreichend für die notwendige Integration von lernschwächeren Jugendlichen. Jährlich werden über 100.000 Jugendliche aus diesem System ausgegrenzt. Es müssen neue Wege der Integration der Schwachen in das duale System der Berufsausbildung angeboten werden. Zielgruppe sind Personen, die aus den unterschiedlichsten Gründen keinen beruflichen Ausbildungsabschluss erworben haben. Aber auch für jüngere und ältere Erwachsene ohne formale Qualifikation ist das Nachholen von Ausbildungsabschlüssen die Brücke ins Beschäftigungssystem.

Bewährt haben sich berufsvorbereitende Maßnahmen in ausgewählten „Bausteinen“, die Jugendliche soweit qualifizieren, dass sie anschließend eine Ausbildung aufnehmen können oder wenigstens mit besseren Arbeitsmarktchancen als andere Jugendliche, die ohne Ausbildungsabschluss geblieben sind, ausgestattet sind. Den berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu, um diesen Personenkreis für die Teilnahme zu motivieren und erfolgreich für die Aufnahme einer Berufsausbildung vorzubereiten.

Zu den Flexibilisierungserfordernissen im Rahmen des Dualen Systems gehört auch eine bessere Nutzung von Verkürzungs-, insbesondere aber Verlängerungsmöglichkeiten der Ausbildungszeit. Ausbildungsbegleitende Hilfen nach §40c AFG sind in diesem Zusammenhang ein wirksames Instrument, um lernschwächere Jugendliche auf dem Weg zu einem erfolgreichen Berufsabschluss zu unterstützen.

Zweijährige Ausbildungsberufe bieten in besonderem Maße Qualifizierungsmöglichkeiten für benachteiligte Jugendliche.

Berufsbegleitende Nachqualifizierung ist die Schnittstelle zwischen Erstausbildung und Weiterbildung. Insbesondere für Personen ohne formale Qualifikation, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, bietet die Nachqualifizierung die Möglichkeit, Lernen und Beschäftigung zu verbinden. In Form von Modulsystemen, die an anerkannten Berufen ausgerichtet sind, kann dieser Personenkreis schrittweise an einen Berufsabschluss herangeführt werden.

Auch eine stärkere Baustein-/Modulgliederung von bestehenden Ausbildungsgängen könnte geeignet sein, benachteiligten Personen leichter Teilqualifikationen zu vermitteln, die zu einer Vollqualifikation komplettiert werden können. Die Bausteine sollten in sich abgeschlossene und damit zertifizierbare Lerneinheiten beinhalten und zur Erlangung unterschiedlicher Abschlüsse verwendbar sein. Zu begrüßen ist in diesem Zusam-

menhang die geplante „Einführung eines kleinen Gesellenbriefes“. Jugendliche, die trotz aller Fördermaßnahmen ihre Berufsausbildung nicht abschließen, weil sie die Abschlussprüfung nicht bestehen oder die Ausbildung schon vorher abbrechen, sollen in Zukunft einen verwertbaren Nachweis erhalten, indem erfolgreiche Ausbildungsmodule angerechnet werden.

Die duale Ausbildung ist stark reglementiert und reagiert spät auf neue Anforderungen z. B. im Multimedia- und Informationstechnologiebereich. Trotz der jüngsten Einführung neuer IT-Berufe besteht immer noch ein Defizit an klaren Berufsprofilen im expandierenden Dienstleistungssektor. Daher ist es notwendig, im Bereich der neuen Dienstleistungsberufe innovative (Erst-) Ausbildungskonzepte zu entwickeln, die wechselnde modulare Elemente flexibel zusammenfügen.

I. Vorbemerkungen

Auch wenn die Arbeitslosenquote junger Menschen in Deutschland im europäischen Vergleich noch unter dem Durchschnitt liegt, ist der Anstieg der Quote in den letzten Jahren besorgniserregend: Nach Ausweis der Bundesanstalt für Arbeit liegt die Arbeitslosenquote der unter 25jährigen mit 13,2% für Februar 1998 nicht nur deutlich über den vergleichbaren Quoten der Vorjahre (seit 1995 ist sie um 28,2% angestiegen!), sondern inzwischen auch über der der Erwachsenen. Das ist ein Alarmzeichen.



Marieluise Beck, Hans Jürgen Richter und Horst Kowalak (v. l.)

Besonders stark gestiegen ist die Arbeitslosigkeit bei den 20-25jährigen. Sie betrug 1993 noch 9,2% und ist inzwischen auf 14,7% angestiegen, in den neuen Bundesländern sogar von 15,3% auf jetzt 23,3%. In diesen Zahlen schlägt sich der Rückgang der betrieblichen Ausbildungsplätze sowie das Ansteigen der Absolventen vollzeitschulischer Ausbildungen nieder, deren Übernahmekancen erheblich geringer sind als bei den Absolventen des dualen Systems.

Wesentliche Voraussetzung für eine bessere Vermittelbarkeit von Jugendlichen am Arbeitsmarkt ist die Gewährleistung eines ausreichenden Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Allein auf Grund der Nachfrageprognose der Bundesregierung (Berufsbildungsbericht 1998) müsste die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 9% gesteigert werden. Tatsächlich sind die RückkehrerInnen aus den Warteschleifen für dieses Jahr mit zusätzlichen 120.000 zu veranschlagen, so dass die Steigerung bei den abgeschlossenen Verträgen etwa 30% betragen müsste. Die von den Arbeitgebern erwartete Steigerung des Angebotes um magere 5% dürfte in diesem Jahr auf Grund des Anspringens der Konjunktur ohnehin zu erwarten sein, falls sämtliche anderen Daten (Fördermöglichkeiten, Aufwand an Seelenmassage etc., tarifvertragliche Regelungen) konstant bleiben.

II. Gesamtstrategie und Bündnis

Der DGB fordert schon seit langem ein Bündnis für Arbeit. Im Rahmen seiner Kampagne „Deine Stimme für Arbeit und sozia-

le Gerechtigkeit!“ wiederholt er diese Forderung erneut, er ist also zu einem Bündnis für Arbeit bereit.

Ein solches Bündnis muss aber nach meiner Auffassung insbesondere die zuständigen Institutionen und staatlichen Stellen umfassen, die für die Lösung der hier diskutierten Probleme zuständig sind.

Denn die Zuständigen, insbesondere Bund, Länder, Arbeitgeber, müssen ihre Aufgaben gegen Arbeitslosigkeit, gegen Jugendarbeitslosigkeit, für Berufsausbildung erfüllen.

Ein Bündnis außerhalb dieser Zuständigen, also ein Bündnis freier Träger und fortschrittlicher gesellschaftlicher Gruppen, kann die zuständigen Institutionen und den Staat nicht von ihren Pflichten befreien. Ein solches freies Bündnis hätte auch weder das nötige Geld noch die notwendigen Einrichtungen, um anstelle von Bund, Ländern und Arbeitgebern die Probleme zu lösen.

Aber ein Bündnis für Arbeit, das alle fortschrittlichen gesellschaftlichen Gruppen und freien Träger umfasst, könnte den Zuständigen den nötigen Dampf machen, könnte Lösungsvorschläge entwickeln, könnte seine Mitarbeit anbieten.

III. Ziele und Forderungen

1. Arbeit schaffen

Der DGB hält weiterhin an seinem Ziel fest, in absehbarer Zeit die Arbeitslosigkeit im Rahmen einer sozial-ökologischen Reformstrategie zumindest zu halbieren. Arbeit schaffen muss für die nächsten Jahre in Deutschland zum ersten Imperativ werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist kurzfristig die Weichenstellung für eine andere Politik erforderlich. Eine wirkungsvolle Initiative für die Flexibilisierung und Verkürzung der individuellen und kollektiven Arbeitszeit muss hinzukommen. Vielfältige Formen der Arbeitszeitverkürzung sind durchzusetzen. Dies gilt für die Einführung der 32- bzw. 35-Stunden-Woche, für den Abbau von Überstunden, für mehr sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit und neue Formen der Lebensarbeitszeit. Eine sozial gerechte Steuerreform muss dem Gebot der Verteilungsgerechtigkeit entsprechen und dem Ziel der Beschäftigungsförderung dienen.

Wirtschaftswachstum wird ganz besonders von der Nachfrageseite her nach Waren und Dienstleistungen angestoßen. Höhere Marktanteile sind erforderlich. Der Binnenmarkt muss gestärkt werden, um die Grundbedürfnisse der Wohnbevölkerung zu befriedigen. Jetzt kommt es darauf an, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Bereitschaft zeigen, im Rahmen eines ausgewogenen Verhältnisses von Leistung und Gegenleistung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen.

2. Öffentlich geförderte Beschäftigung durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik stabilisieren

Öffentlich geförderte Beschäftigung bleibt unverzichtbar. Sie darf nicht zu einem Sektor zweiter Klasse verkommen, in dem die Tarifautonomie außer Kraft gesetzt und arbeitsrechtliche Schutzvorschriften abgebaut werden. Die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen weiterentwickelt werden. Es gibt zahlreiche Beispiele von Projekten, die Übergänge vom zweiten in den regulären Arbeitsmarkt geschaffen haben. Dies zeigt, dass öffentlich geförderte Beschäftigung wirkt. Hier zu

sparen, bedeutet Sparen am falschen Ende. Diese Art der Beschäftigung ist ein Element des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit. Dabei müssen Wettbewerbsverzerrungen zum regulären Arbeitsmarkt vermieden werden.

3. Ausbildung für alle Jugendlichen sicherstellen

Anspruchsvolle Technologien und eine zunehmend rasche und flexiblere auftragsbezogene Erledigung von Produktions- und Dienstleistungen stellen höhere Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten. Schon deshalb ist eine qualifizierte Berufsausbildung für alle Jugendlichen Ziel der Politik. Viele Jahre bestand darüber Konsens, dass zur Erfüllung dieses Ziels der Unternehmenssektor einen wesentlichen Beitrag durch seine Ausbildungsleistungen zu erbringen hat. In den letzten Jahren geht das Ausbildungsplatzangebot der Betriebe drastisch zurück. Immer mehr ausbildungsplatzsuchende Jugendliche erhalten keine betriebliche Ausbildungsstelle. Es muss alles getan werden, um ein ausreichendes und auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot für zukunftssträchtige Beschäftigungsbereiche zur Verfügung zu stellen.

4. Solidarischer Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben

Im Interesse der Jugend, aber auch des Wirtschaftsstandortes Deutschland, müssen von den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen nachhaltig zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, allen Ausbildungsplatzsuchenden in Deutschland eine qualifizierte Erstausbildung zu ermöglichen. Wenn die Wirtschaft und der öffentliche Dienst im Wege der Selbstverpflichtung ihrer Ausbildungsaufgabe, ihrer gesellschaftlichen Ausbildungsverpflichtung, nicht im notwendigen Umfang nachkommen, ist politisches Handeln gefordert. Die Verpflichtung der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes, für hinreichende Ausbildungsleistungen Sorge zu tragen, ist einzulösen.

Der DGB fordert ein Bundesgesetz für einen solidarischen Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben. Es sollen die Betriebe zahlen, die gar nicht oder unzureichend ausbilden. Von dem eingenommenen Geld sollen vorrangig betriebliche Ausbildungsplätze bezahlt werden. Ein solches Gesetz hätte folgende Ziele anzustreben:

- die Sicherung eines bundesweit, regional und berufsstrukturell gleichgewichtig, quantitativ und qualitativ ausreichenden und auswahlfähigen Ausbildungsangebotes
- die Aufhebung von Wettbewerbsverzerrungen zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben durch einen gerechten Finanzierungsausgleich
- die Überwindung von wirtschaftlichen Schwankungen, regionalen, berufsfachlichen oder geschlechtsspezifischen Ungleichheiten durch den regionalen Ausgleich bei der Verteilung der Mittel zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze
- die Förderung des wirtschaftlichen Strukturwandels und insbesondere strukturschwacher Regionen
- den Ausbau und die Verstärkung der Qualität der Berufsausbildung, innovative Ausbildungsprojekte zu fördern und neue Ausbildungsbereiche zu erschließen
- Natürlich soll eine solche Ausgleichsfinanzierung auch dazu führen, dass staatliche Subventionen, die heute für die betriebliche Berufsausbildung zur Auszahlung kommen, reduziert werden. Ordnungspolitische Gründe und die Finanzlage der öffentlichen Haushalte verbieten es, die einzelbetriebliche Finanzierung der beruflichen Erstausbildung durch staatliche

Finanzierung zu ersetzen oder in erheblichem Umfang zu unterstützen.

5. Wegen der besonderen Probleme in den neuen Bundesländern ist die Aufrechterhaltung der Bundesförderung von 15.000 Ausbildungsplätzen für Ostdeutschland wenigstens so lange erforderlich, wie kein Lastenausgleichssystem existiert. Die Bundesregierung müsste sich dabei längerfristig festlegen. Die Mittel sollten vorrangig an gemeinnützige Träger (inkl. öffentlicher Dienst) für betriebliche Ausbildung vergeben werden.

6. Ausbildungsverbände sollten durch Übernahme von Regiekosten gefördert werden (Finanzbedarf 2.000,- bis 3.000,- DM pro Jahr/Azubi). Die Maßnahme könnte notfalls auf bestimmte Unternehmen konzentriert werden, die z.B. in "ausbildungsun-gewohnten" Branchen tätig sind. Informationsmaterial sollte dagegen von den Kammern selbst erstellt werden.

7. Wirtschaftsbereiche, die bislang noch wenig Erfahrungen mit dualer Ausbildung haben, sollen gezielt an die Berufsausbildung herangeführt werden, um dort eine neue Ausbildungskultur auf den Weg zu bringen. Dazu sollte die Bundesregierung das Programm zur Förderung von Ausbildungsplatzentwicklern um 25% ausweiten. Davon soll Ausbildungsplatzentwicklung schwerpunktmäßig in neuen Dienstleistungsbranchen sowie bei ausländischen Betrieben vorangetrieben werden.

8. Das Förderprogramm für die Ausbildungsplatzentwickler ist endlich einer verlässlichen Evaluation zu unterziehen.

9. Die Ausbildung der Ausbilder ist zu verbessern. Dies könnte sich in einem doppelten Sinn positiv für das Angebot an Lehrstellen auswirken: Die Zahl der Abbrecher, die häufig nur den Ausbildungsbetrieb, nicht aber den -beruf wechseln (Berufsbildungsbericht 1998) könnte ebenso reduziert werden wie die Zahl derer, die an der Abschlussprüfung scheitern. Der BiBB-Hauptausschuss hat eine Lehrgangsempfehlung für die Qualifizierung neuer Ausbilder verabschiedet. Entscheidend wäre aber die Anpassungsfortbildung für die vorhandenen. Die Bundesregierung sollte ein Modellprojekt auflegen, das die Aufgabe hat, dafür ein Verfahren zu entwickeln, dieses durchzuführen und zu evaluieren.

10. Die Kooperation der Lernorte sollte durch gemeinsame Weiterbildungsmaßnahmen für Ausbilder und Berufsschullehrer verbessert werden. Dafür ist deren Freistellung sicherzustellen.

11. Die Bundesregierung sollte sich gemeinsam mit den Bundesländern auf ein Programm zur Förderung von Hauptschulen verständigen, um die Zahl von Jugendlichen, die ohne Hauptschulabschluss bleiben, innerhalb von 5 Jahren zu halbieren. Der Bund sollte Länder und Kommunen durch eine Ko-Finanzierung zu zusätzlichen Maßnahmen anreizen. Dazu gehören vor allem:

- Die Klassenfrequenzen in den Hauptschulen sollten jährlich um 5% verringert werden.
- Darüber hinaus ist eine bessere sachliche Ausstattung der Hauptschulen erforderlich.
- Im Rahmen eines Modellprojektes sollten Hauptschulen, vor allem in sozialen Brennpunkten, mit zusätzlicher sozialpädagogischer Betreuung ausgestattet werden.
- In einem weiteren Modellprojekt sollten Strategien zur Vermeidung von Schulversagen in der Hauptschule entwickelt werden.

- Der Berufsorientierung soll besondere Bedeutung beigegeben werden (Ausbau von Arbeitslehre etc.)

12. Für die Integration noch nicht berufsreifer Jugendlicher sind Brücken in eine Berufsausbildung erforderlich. Schulische Berufsvorbereitungsmaßnahmen entsprechen den besonderen Bedürfnissen dieser Zielgruppe oftmals nicht. Sie brauchen Erfolgserlebnisse nach vielfältigen Erfahrungen schulischen Verfassens. Dazu können betriebliche Praktika dienen.

- Praktika, die der Berufsorientierung und der Arbeitsmotivation dienen, sollen auf die Ausbildungszeit angerechnet werden können, wenn im Anschluss ein Ausbildungsvertrag zustande kommt.
- Wenn die Eignung von Jugendlichen für eine Ausbildung in Frage steht, können betriebliche Praktika dazu dienen, diese Eignung unter Beweis zu stellen. Nach Ablauf einer festgelegten Probezeit sollten sie in ein Ausbildungsverhältnis überführt werden. Wenn dies geschieht, sollten die Kosten des Praktikums nachträglich öffentlich finanziert werden. Es ist sicherzustellen, dass keine Mitnahmeeffekte auftreten.
- Für benachteiligte Jugendliche ohne Hauptschulabschluss können Modelle wie das Hamburger QUAS-Modell sinnvoll sein. Ihr Erfolg hängt allerdings wesentlich von einer ausreichenden sozialpädagogischen Betreuung ab. Um eine bundesweite Verbreitung solcher Maßnahmen zu ermöglichen, sollte der Bund als Ko-Finanzierung 100 Mio. DM für die sozialpädagogische Betreuung zur Verfügung stellen. Damit könnten 25.000 TeilnehmerInnen versorgt werden.

13. Marktbenachteiligte Jugendliche brauchen keine Berufsvorbereitungsmaßnahmen, sondern Ausbildungsplätze. Ihnen sind statt berufsvorbereitender Maßnahmen vollqualifizierende Ausbildungsabschlüsse anzubieten. Jugendliche, die berufsreif sind, sollen wählen können zwischen vollzeitschulischen Ausbildungen und berufsvorbereitenden Lehrgängen. Vor Ort sind

mit allen Beteiligten dafür Konzepte zu entwickeln.

14. Besondere Maßnahmen sind erforderlich, um die schwierige Situation bei den Mädchen zu entspannen, die erstmals mehr Bewerber am Ausbildungsmarkt stellen als die Jungen.

- Die Kammern sollten eine Kampagne entwickeln, die die Betriebe ausdrücklich ermuntert, auf Mädchen als Lehrstellenbewerberinnen zuzugehen. Die Ausbildungsplatzentwickler sollten darauf bei ihrer Tätigkeit besonders achten.
- Öffentliche Förderung für Ausbildungsplätze sollte bei mädchenuntypischen Berufen an den Nachweis einer Quotierung der Lehrstellen gebunden werden.

Was tun die Gewerkschaften?

15. Wir werden Tarifvereinbarungen anstreben, die mehr Ausbildungsplätze schaffen. Dabei werden wir vor allem auf mehr verbindliche Zusagen für die Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes drängen. Die Ausbildungsvergütungen dürfen nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden.

16. Wir werden unsere Betriebs- und Personalräte auffordern, unerschlossene Ausbildungsressourcen in Betrieb und Verwaltung aufzuspüren und die Geschäfts- bzw. Dienststellenleitungen zu beeinflussen, mehr Ausbildungsverträge abzuschließen.

17. Wir werden uns weiter an regionalen Bündnissen mit dem Ziel beteiligen, die Situation der Jugendlichen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern.

18. Wir werden unsere Mitglieder in den Landesausschüssen für berufliche Bildung, in den Berufsbildungsausschüssen der Kammern, den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsverwaltung auffordern, weiter auf die Ausweitung des Lehrstellenangebotes hinzuwirken.

Hans Jürgen Richter, MdL, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

– Statement Abschlussforum –

Um es ohne Umschweife klar zu sagen: Das mit Abstand größte Problem, das die Menschen im Osten Deutschlands haben, ist die Arbeitslosigkeit. Und das größte Problem innerhalb der „Arbeitslosigkeit“ wiederum ist das Fehlen beruflicher Ausbildungsplätze und die Jugendarbeitslosigkeit.

Da nützt es auch nichts, wenn sich die offizielle Statistik damit rühmt, dass Deutschland mit einer Arbeitslosigkeit von ca. 11 % bei Jugendlichen unter 25 Jahren gegenüber den anderen EU-Staaten noch relativ gut dastehen würde, denn der Trend geht eindeutig in Richtung Verschlechterung – und zwar nur in Deutschland.

„Die Jugend ist unsere Zukunft“, „Ausbildung bedeutet Sicherheit“ oder „Bildung gleich Kapital“, dies alles sind einige der oft zitierten politischen Schlagworte, die sich beliebig fortsetzen ließen. Und obwohl alle Parteien behaupten, den Ernst der Lage erkannt zu haben, spricht die Realität eine andere Sprache.

Und wie schnell diese Realität die etablierte Demokratie durcheinanderbringen kann, ja eine schier heillose Verwirrung anstiften kann, zeigt das Wahlergebnis von Sachsen-Anhalt.

Es ist an der Zeit, dass alle in Wirtschaft und Politik Verantwortlichen ernsthaft zur Kenntnis nehmen, dass, wenn 30 % der jungen Menschen unter 30 Jahren für sich entscheiden, lieber den rechtsradikalen Rattenfängern ihre Stimme zu geben als den demokratischen Kräften, der Vertrauensverlust nach 8 Jahren Deutscher Einheit einen Grad erreicht hat, der den sozialen Frieden gefährden könnte.

„Ich werde nicht gebraucht“ – diese negative Erfahrung entwickelt bei vielen jungen Menschen eine zerstörerische Kraft. Die Folgen sind steigende Gewalt und Kriminalität – Ausdruck von Ausweglosigkeit und Verbitterung, Ausdruck von zerborstenen Illusionen. Und deshalb muss genau dort angesetzt werden.



Hans Jürgen Richter (2. v. l.)

Zunächst zur Berufsausbildung: In den neuen Bundesländern ist seit 1993 ein deutlicher Anstieg der Bewerberzahlen bei einer nur geringen Zunahme der Ausbildungsstellen zu verzeichnen. Trotz aller Appelle an die Wirtschaft klafft damit die Lehrstellenlücke immer weiter auseinander. In Sachsen zum Beispiel bildeten 1995 von 121.000 sächsischen Unternehmen ganze 23.000 aus, also gerade einmal 20 %. Davon stellen die Handwerksbetriebe 80 % der Ausbildungsstellen bereit, 20 % steuerten kleine und mittlere Industriebetriebe bei. Größere Unternehmen verweigern sich weitgehend, obwohl gerade sie Fördergelder in beachtlichem Ausmaße erhalten haben. In Zahlen heißt das, dass per September 1997 knapp 65.000 Bewerbern ca. 35.500 Stellen gegenüberstanden. Die Gründe sind hinreichend bekannt: unsichere Auftragslage, Eigenkapitalmangel, Liquiditätssorgen.

Da kann es nicht wundern, dass nur massive staatliche Förderung und verschiedenste vollzeitschulische Maßnahmen einschließlich sogenannter „Warteschleifen“ es ermöglichen, das Lehrstellendefizit zu verringern. Gegenwärtig werden bereits ca. 70 % der beruflichen Ausbildungsstellen in irgendeiner Form staatlich bezuschusst.

Eine Entspannung ist nicht in Sicht, zumal die „Bugwelle“ der Bewerber in den Warteschleifen gegenwärtig bereits ein Drittel beträgt. Allein in Sachsen sind bis März für das Ausbildungsjahr 1998/99 8 % weniger Ausbildungsstellen bei nur 3,5 % weniger Bewerbern gemeldet. Dieser Trend veranlasste ja sogar den Präsidenten der BDA, Herrn Hundt, zu dem Ruf nach weiteren staatlichen Programmen des Bundes und der Länder.

Das kann es jedoch auf Dauer nicht sein. Das sich jährlich wiederholende Trauerspiel der gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen Wirtschaft und Staat muss ein Ende haben. Die Wirtschaft muss in eigener Verantwortung für ein ausreichendes Lehrstellenangebot sorgen. Ist dies nicht zu schaffen, muss als dauerhafte Grundlage eine faire Lastenteilung zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben sowie dem Staat vereinbart werden. Sowohl die SPD-Fraktionen im Bund als auch im Sächsischen Landtag haben dazu gesetzesreife Vorlagen erarbeitet.

Ergänzend dazu fanden in den vergangenen Monaten Gespräche zwischen der SPD und der sächsischen Staatsregierung statt, die gestern der Presse vorgestellt wurden.

Eines der wichtigsten Ergebnisse ist, dass ab diesem Ausbildungsjahr ein Modell erprobt werden soll, nach dem das erste

Ausbildungsjahr als ein von den Branchen anerkanntes Berufsgrundbildungsjahr bzw. als eine anerkannte einjährige Berufsfachschule absolviert wird. Im Gegenzug verpflichten sich die Kammern, 20 - 25 % mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Dies ist ein Versuch, die Unternehmen zu entlasten, indem die Anwesenheit der Jugendlichen im Betrieb deutlich erhöht wird. Es bedeutet natürlich auch, dass die Kapazitäten der Berufsschule erweitert werden müssen.

Auch die gezieltere Förderung ausbildungsbenachteiligter junger Menschen soll über eine Verknüpfung des Berufsvorbereitungsjahres und der Gemeinschaftsinitiative Sachsen (GISA) verbessert werden.

Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Sie ist jedoch auch nur der Versuch, für dieses so schwierige, aber wichtige Problem politische Lösungsansätze zu finden. Aber gerade darum muss es gehen. Es müssen die bisherigen Regelungen des dualen Systems unter den neuen Bedingungen im Osten Deutschlands ebenso auf ihre Praktikabilität beurteilt werden wie Ausbildungserfahrungen des Auslandes fern vom dualen System.

Nun zur Arbeitslosigkeit: Es ist schon ein zynischer Kreislauf, wenn alle Aktivitäten um ein bedarfsgerechtes Angebot an Ausbildungsstellen dazu führen, dass immer mehr Jugendliche nach dem Abschluss der Lehre „auf der Straße stehen“. Je mehr die Wirtschaft über Bedarf ausbildet, desto höher wird die Jugendarbeitslosigkeit.

Sie lag in Sachsen im März mit 42.500 Betroffenen bei knapp 10 %, bezogen auf die Gesamtzahl der Arbeitslosen, das entspricht 18 % der Jugendlichen. Binnen eines Jahres ist die Zahl um 6.500 angestiegen. Die sogenannte „2. Schwelle“ des Eintritts in das Erwerbsleben wird immer höher.

Dies leitet sich schon allein aus der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands her. Während die Wirtschaft Sachsens im Jahre 1995 um 5,4 % zunahm, lag das Wachstum 1996 bei 2,6 % und erreichte 1997 lediglich noch 2 %. Diese geringe Erhöhung hatte einen Beschäftigungsrückgang von 72.500 oder 3,8 % zur Folge. Besonders davon betroffen war die Baubranche, aber auch der Dienstleistungssektor stagniert, lediglich das verarbeitende Gewerbe zeigt leicht nach oben.

Und auch für das kommende Jahr sind alle Prognosen der Wirtschaftsexperten für die neuen Bundesländer in seltener Einigkeit düster. Die erwarteten Wachstumsraten liegen bei unter 2 %. Die Folge ist: Nur 13 % der Unternehmen wollen ihren Personalbestand aufstocken, dagegen fast 29 % verkleinern. Es ist daher sehr davon auszugehen, dass durch Rationalisierungsmaßnahmen weiterhin mehr Arbeitsplätze abgebaut werden als durch Innovation neue entstehen.

Wenn auch das Maximum der durchschnittlichen Verweildauer der Jugendlichen in der Arbeitslosigkeit bei 1 bis 3 Monaten mit anschließendem starken Rückgang relativ günstig liegt, so kann doch nicht darüber hinweggesehen werden, dass der Beginn des Einstiegs in das Berufsleben „mit Arbeitslosigkeit“ soziologisch der denkbar schlechteste ist.

Deshalb ist dem Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit eine herausragende Bedeutung zuzuordnen, es ist ein Kampf für eine Zukunftsperspektive der jungen Generation. Im Alleingang wird sich dies nicht regeln. Folgerichtig ist daher auch im Regierungsprogramm der SPD festgeschrieben, dass eine sozialdemokratische Bundesregierung in einer sofortigen Initiative dafür sorgen

wird, dass alle Jugendlichen, die länger als 6 Monate arbeitslos sind, so schnell wie möglich in Ausbildung und Beruf kommen.

Außerdem unterstützen wir vorbehaltlos die „Jugendinitiative 5.000 plus“ des DGB Sachsen, die vorsieht, mit Mitteln der „Freien Förderung“ des öffentlich geförderten Arbeitsmarktes junge Menschen wirkungsvoll ins Erwerbsleben zu reintegrieren. Gerade der den Arbeitsämtern eingeräumte Ermessensspielraum des Einsatzes eines Teils der Finanzen nach den jeweiligen individuellen Erfordernissen schafft den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter den nötigen Handlungsrahmen, um die Jugendarbeitslosigkeit als prioritäre Aufgabe bekämpfen zu können.

Aber damit kann es sich nicht bewenden. Verknüpfungen von öffentlichen Aufträgen mit Ausbildungszusagen oder Investitionszulagen mit Weiterbeschäftigungsgarantien sind nur zwei Beispiele einer Kette von denkbaren Möglichkeiten. Voraussetzung ist nur, man muss eine Lösung auch politisch vorurteilsfrei wollen.

Der Eintritt unserer Jugend in das Erwerbsleben ist für sie ein herausragendes Moment. Er ist entscheidend für ihre Zukunftsplanung. Nach dem Kampf um einen Ausbildungsplatz folgt meist der Kampf um ein Arbeitsverhältnis. Wen wundert es da eigentlich noch, wenn die jungen Menschen irritiert, ja teilweise schon demotiviert sind, ehe es „richtig begonnen“ hat?

Die in diesem Zusammenhang so oft gestellte, fast schon resignative Frage der Jugend: „Wofür engagiere ich mich, wenn mich die Gesellschaft eigentlich nicht braucht?“ müssen wir energisch, ja vielleicht auch aggressiv beantworten. Denn die Lösung des DGB „Jugend braucht Zukunft – Zukunft braucht Jugend“ beschreibt treffend das Ziel und die Verantwortung der Gesellschaft - unserer Verantwortung.

Deshalb danke ich der Arbeiterwohlfahrt, dass sie ihre diesjährige Fachtagung diesem Thema gewidmet hat – es konnte nicht aktueller gewählt werden.

Wilhelm Schmidt, MdB, stellv. AWO-Bundesvorsitzender

– Statement Abschlussforum –



Wilhelm Schmidt und Ottmar Schreiner (v. l.)

Die Vorstellungen der AWO zu einem Bündnis für Ausbildung und Arbeit und der Rolle, die wir dabei einnehmen können:

Schon mit dem Titel der Tagung haben wir auf unsere Zielrichtung hingewiesen. Wir verbinden damit die Aufforderung, das in der politischen Diskussion befindliche Bündnis für Arbeit auf jeden Fall um den Begriff Ausbildung zu ergänzen. Damit wollen wir klarstellen, dass wir früher ansetzen müssen bei den Bemühungen, den Menschen eine Arbeits- und damit eine Lebensperspektive zu bieten.

Wir von der AWO sind natürlich als einer der Wohlfahrtsverbände, wie die anderen auch, zunächst für die Jugendsozialarbeit zuständig; d.h.: wir sind leider so etwas wie ein Reparaturbetrieb. Wir wissen um die Entwicklungen und Folgen, die entstehen, wenn junge Menschen ohne Ausbildung und Arbeits-

platz sind. Die Ursachen und ihre Behebung haben bisher nicht die angemessene Beachtung gefunden.

Von daher unsere Forderung nach gemeinsamem Vorgehen, um die Schicksale junger Menschen, den Einstieg in das Leben überhaupt, solide und auch angemessen menschlich zu gestalten. Dazu gehört, dass wir anbieten, eine Moderationsfunktion zu übernehmen. Das wäre eine wichtige Rolle, die wir speziell (oder auch die Wohlfahrtsverbände insgesamt) in diesem Prozess, der sich „Bündnis für Arbeit und Ausbildung“ nennen könnte, leisten könnten.

Von denjenigen, die politische und unternehmerische Verantwortung tragen, erwarten wir sehr nachdrücklich, dass sie - und darin sind uns andere Länder voraus - bei ihren Bemühungen um die Gestaltung der wirtschaftlichen Seite auch an die Menschen denken. Zu den Verantwortlichen zählen wir auch die Gewerkschaften, nicht nur die Unternehmer. Es geht nicht an, dass in diesem Lande nur an „shareholder value“ gedacht wird, es muss auch „personal value“ dazukommen, d.h. zu dem, was Unternehmen ausmacht, gehören die Menschen dazu.

Wir wollen dies darüber hinaus auch mit Garantien verbinden, mindestens für eine Übergangszeit. D.h., wenn die Wirtschaft nicht in der Lage ist, dies zu entwickeln, und wir sehen z.Zt. ja große Probleme, dann muss der Staat eingreifen. Dann brauchen wir

1. eine Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen und
2. auch eine Übernahmegarantie für die ersten 3 Jahre des Berufslebens, damit sie den Einstieg gesichert erwarten können.

Dies machen uns andere Länder wie Holland und Dänemark vor. Hier erwarten wir ein deutsches Modell, an dem wir sehr gerne mitarbeiten würden.

Dazu gehört auch die besondere Sichtweise für spezielle Gruppen in dieser Gesellschaft. Das sind in erster Linie die Frauen, die unter den derzeitigen Entwicklungen insbesondere leiden, weil sie in besonderer Weise benachteiligt sind. Es gibt aber auch eine ganze Reihe anderer benachteiligter Gruppen, auf die später noch eingegangen wird.

Z. Zt. bleiben wir in einer gewissen Unverbindlichkeit stecken. Das Bündnis darf aber nicht unverbindlich bleiben. Wir müssen ein solches Bündnis in eine Verbindlichkeit hineinführen. Wer könnte dieses Bündnis leiten? Vielleicht der Bundespräsident? Es muss bis auf die örtliche Ebene hinuntergebrochen werden! In Relation zum Konvergenzstress, den Ottmar Schreiner angesprochen hat: Wir wollen uns einen Konsensstress bei diesem Thema, nämlich der Zukunft der jungen Menschen für Ausbildung und Arbeit, zumuten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen an einen Tisch, der sie nicht mehr entlässt, bis das Übel schrittweise beseitigt ist. Warum ist es in Deutschland nicht gelungen, einen solchen Druck zu erzeugen, bis hin zu einer gesetzlichen Regelung? Die bereits mögliche Quotierung (AFG) und Ausbildungsverbände müssen besser genutzt werden. Was uns fehlt, ist der feste Wille, etwas zu installieren und zu institutionalisieren, was den notwendigen Druck erzeugt.

Ich fordere eine Institutionalisierung, eine Festlegung von Bündnissen, die auf der Bundesebene beginnen und bis in die Ortsebene hinein funktionieren müssten, weil wir aus der Unverbindlichkeit herauskommen müssen.

Wir müssen vielleicht sogar hindenken bis hin zu Festlegungen im Grundgesetz, ein „Recht auf Ausbildung und Arbeit für junge Menschen“ o.ä. Wenn wir es nicht anders schaffen, müssen wir an die Politik auch solche Forderungen stellen, um sie zu provozieren, sich ernsthaft mit den Dingen auseinanderzusetzen.

Bewusstseinsbildung muss betrieben werden: Das, was sich da abspielt, ist ein menschlicher Skandal, aber auch blanker volkswirtschaftlicher Unsinn, weil es einen hohen Kostenfaktor verursacht, Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit zu finanzieren und andererseits hinzunehmen, dass damit nicht eine Perspektive für eine bestimmte Gruppe von Menschen aufgebaut wird.

Wir müssen weg vom rein betriebswirtschaftlichen Denken. Wir sprechen uns für eine Ausbildungsumlage aus. Wir müssen über den heutigen Tag hinausdenken. Das geht nur Schritt für Schritt. Wir fordern die Sicherung und den Ausbau der Instrumente der Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe. Hier wurde viel zuviel eingespart.

Hier tun wir als Verband eine Menge. Wir haben enorm viele Einrichtungen und Projekte der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe, in denen insgesamt 7.000 junge Menschen gefördert werden. Und die Ausbildungsrate der AWO insgesamt liegt mit ca. 10% relativ hoch.

Ottmar Schreiner, MdB, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

– Statement Abschlussforum –

Sofortprogramm für arbeitslose Jugendliche

1. Jugendarbeitslosigkeit besorgniserregend

Die Krise hat die Jugend erreicht. Knapp 500.000 junge Menschen unter 25 Jahren sind derzeit arbeitslos. Hinzu kommt noch die statistisch nicht erfasste Jugendarbeitslosigkeit. Das IAB schätzt die Gruppe allein im Westen auf 140.000 junge Frauen und Männer. Die tatsächliche Arbeitslosenquote dürfte bei 17-18% und damit über der allgemeinen Quote liegen. Schlimmer noch: Angst vor Arbeitslosigkeit ist nach der Jugend-Studie von Shell vorrangiges Problem. Kein Wunder, wenn man bedenkt, wie viele junge Menschen schon zu Beginn einen richtigen Hürdenlauf mit Bewerbungen machen müssen. Den Wunschberuf können die meisten trotzdem nicht ergreifen. Jugendliche, die den Einstieg ins Beschäftigungssystem nicht schaffen, haben dauerhaft, oft für das gesamte Berufsleben mit Benachteiligungen zu rechnen. Sie sind häufiger als andere von Langzeitarbeitslosigkeit und Armut betroffen, eine Erfahrung, die häufig in gesellschaftsbezogener Perspektivlosigkeit mündet, aus der Gewalt und Kriminalität erwachsen können.

2. Sofortprogramm der SPD

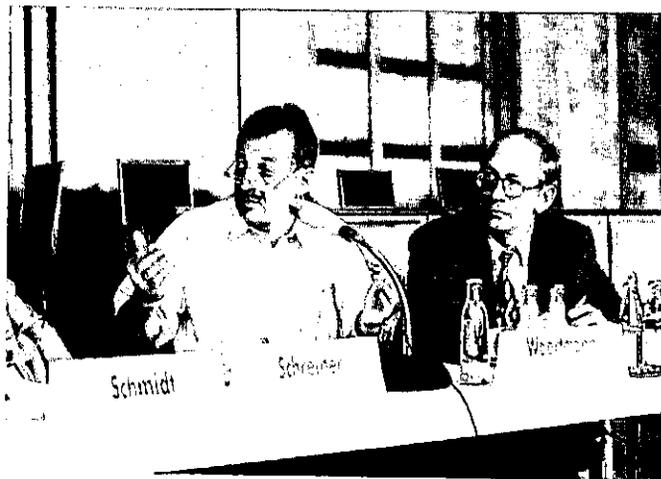
Ziel des von der SPD vorgeschlagenen Sofortprogramms ist es, die Jugendarbeitslosigkeit kurzfristig um mindestens 100.000

Personen zu senken. Langfristig muss die Jugendarbeitslosigkeit ganz abgebaut werden. Wir wollen, dass jede junge Frau, jeder junge Mann spätestens nach sechs Monaten ein Angebot für eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz erhält. Wir wollen damit auch eine Verpflichtung vom Luxemburger Beschäftigungsgipfel so schnell wie möglich einlösen und nicht erst die fünfjährige Übergangsfrist abwarten. Die Bundesregierung ist hingegen untätig geblieben. Andere Länder wie Dänemark, Niederlande, Großbritannien und Frankreich sind schon wesentlich weiter.

Handlungsbedarf besteht in drei Bereichen:

- beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine berufliche Ausbildung
- bei der beruflichen Ausbildung selbst sowie
- beim Übergang ins Beschäftigungssystem

Das zentrale Anliegen ist die Sicherstellung der Berufsausbildung. Wir brauchen nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in den Regionen ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen. Zunächst geht es darum, durch regionale Aktionen alle Ausbildungsreserven in Wirtschaft und Verwaltung zu mobilisieren, z. B. auch im Verbund von mehreren Betrieben. Reicht das nicht aus, wollen wir durch einen fairen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Unternehmen weitere Ausbildungsplätze schaffen. Ausnahmen sind für kleine Betriebe, existenzgefährdete und neu gegründete Betriebe sowie Verwaltungen vorgesehen.



Ottmar Schreiner und Geerd Woortmann (v. l.)

3. Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik verknüpfen

Abgesehen von der Sicherstellung der beruflichen Erstausbildung enthält das SPD-Sofortprogramm eine Reihe von bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen:

- Ein Ergänzungsprogramm zur Sicherung der Berufsbildung mit regionalen Schwerpunkten, bei dem die Förderung von Ausbildungsplätzen vorrangig ist. Innerhalb dieses Programms sollen Mädchen und junge Frauen besonders gefördert werden.
- Rechtsanspruch auf Fördermaßnahmen. Die Art der Förderung wird individuell mit der zuständigen Arbeitsberatung abgestimmt. Dabei werden unterschiedliche Mittel eingesetzt, wobei Vorrang die Vermittlung eines Ausbildungsplatzes oder

eines betrieblichen Arbeitsplatzes hat. Möglich sind Lohnkostenzuschüsse für einstellende Betriebe, Hilfen bei der Weiterbildung im Betrieb oder in einer außerbetrieblichen Einrichtung sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

- Eine mit den Tarifvertragsparteien abgestimmte Aktion zur Förderung des Übergangs von der Ausbildung in den Beruf, u.a. durch Einstiegsteilzeit. Durch flexible Lösungen mit verkürzter Arbeitszeit können Arbeitsplätze für junge Menschen geschaffen werden. Gute Beispiele sind das VW-Modell und tarifvertragliche Regelungen, die eine Übernahme nach der Ausbildung zumindest befristet sichern. Solche Modelle können staatlich unterstützt werden, z. B. durch Lohnkostenzuschüsse, Einarbeitungshilfen und Hilfen bei der Weiterbildung. Für die Altersteilzeit ist ein gesetzlicher Rahmen erforderlich, der den Tarifvertragsparteien attraktive Lösungen gerade auch zugunsten von Berufseinsteigern ermöglicht.
- Der Ausbau und zielgerichtete Einsatz der Arbeitsförderung.
- Ein Sonderprogramm für lokale Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen.
- Ein Bundesprogramm zum Nachholen von anerkannten Ausbildungsabschlüssen für junge Erwachsene ohne Ausbildungsabschluss, für die eine berufliche Erstausbildung auf herkömmlichem Wege nicht mehr in Frage kommt.

Die Finanzierung des Programms soll durch Umschichtung und Bündelung von Mitteln des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit und der europäischen Strukturfonds erfolgen. Wichtig ist dabei eine zentrale Anlaufstelle, die eine Abwicklung aus einer Hand gewährleistet.

Geerd Woortmann, DIHT Deutscher Industrie- und Handelstag,
Vorsitzender des Vorstandes des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung,
Bonn

– Statement Abschlussforum –

1. Der Arbeitsmarkt wird für deutsche Arbeitnehmer immer europäischer und für eine wachsende Gruppe auch international. Darauf müssen die Jugendlichen frühzeitig mental vorbereitet werden.

2. Eine isolierte Arbeitsmarktpolitik berücksichtigt nicht die Einbindung in eine Wirtschafts- und Finanzpolitik. Daher können arbeitsmarktpolitische Maßnahmen immer nur therapeutischen Charakter haben, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, die Beschäftigung durch eine erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik wieder zu steigern.

3. Der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft schreitet zügig voran, stößt jedoch auf eine dienstleistungsfeindliche Mentalität der Deutschen. Hier muss bereits im Bildungssystem ein "kundenorientiertes" Bewusstsein geschaffen werden.

4. Das an das Beschäftigungssystem gekoppelte Ausbildungssystem hat den Anschluss an die Dienstleistungs- und Telekommunikationswirtschaft fast verpasst. Durch zügige Verordnung neuer Ausbildungsberufe (in 3 Jahren 28 Berufe) wird die Lücke geschlossen. Die Jugendlichen können jetzt auf eine moderne und attraktivere Berufspalette zurückgreifen (z. B. IT-Berufe).

5. In den Zeiten geburtenstarker Jahrgänge werden mehr Ausbildungsplätze gebraucht. Die neuen Berufe führen zu einer deutlichen Steigerung der Verträge wie der ausbildenden Unternehmen. Weitere Berufe werden z. Z. vorbereitet.

6. Das Qualifikationsniveau in den Unternehmen nimmt stetig zu, ihm folgen die neuen und modernisierten Berufe. Damit wird ein wachsender Anteil von weniger leistungsfähigen und bildungsbenachteiligten Jugendlichen ausgeschlossen.

7. Den rund 15 % Jugendlichen ohne Ausbildungsreife stehen praktisch keine modernen - wenn auch theoretisch nicht so anspruchsvollen - Ausbildungsberufe zur Verfügung (von wenigen Ausnahmen abgesehen). Die Gewerkschaften weigern sich bisher, derartige Berufe mitzutragen und beharren auf alten Beschlüssen der 70er Jahre. Sie erschweren damit die Integration dieser Jugendlichen in das Berufsleben, denen früher noch Arbeitsplätze angeboten werden konnten, die jedoch nicht mehr in ausreichendem Maße existieren.

8. Um diesen Jugendlichen eine Qualifizierung zu ermöglichen, werden Modulsysteme und andere betriebsnahe Vorbereitungsmaßnahmen oder Berufspraktikanten- und Volontärsverträge angeboten. Dies soll konsequenter ausgebaut werden, um ihnen einen schrittweisen, mit Qualifizierungsbausteinen versehenen Eingang in das Arbeitsleben zu erleichtern.

9. Von den für die Ausbildung geeigneten Unternehmen ab 50 Beschäftigten bilden rund 80 % aus. Bei den Betrieben bis zu 4 Beschäftigten ist die Quote mit 44 % vergleichsweise niedrig. Betriebe ab 500 Beschäftigte bilden praktisch bis zu 100% aus. Die vorhandenen Reserven bei den privaten, aber vor allem auch den öffentlichen Arbeitgebern, die deutlich unterdurchschnittlich ausbilden, sollten schnellstens genutzt werden.

10. Die Industrie und Dienstleistungsunternehmen haben in den letzten drei Jahren mehr als 13% Lehrverträge geschlossen - trotz gleichzeitig wachsender Arbeitslosigkeit. Das ist der Beweis dafür, dass die Wirtschaft sich ihrer Verantwortung bewusst ist. Gleichzeitig haben große Teile des öffentlichen Dienstes ihre Ausbildung reduziert. Viele non-profit-Organisationen wie z. B. gerade die Gewerkschaften (beispielsweise der DGB und die IG Metall) bilden praktisch nicht oder nur einzelne Jugendliche aus.

11. Die Zahl der Ausbildungsbetriebe wächst nicht nur, weil neue Berufe hinzukommen. Die verbesserten Rahmenbedingungen wirken sich positiv aus. Tarifliche Vereinbarungen mit einer Ausbildungsplatzkomponente haben die Situation verbessert.

12. Eine Ausbildungsplatzumlage, wie sie die SPD, die Grünen, die PDS und die Gewerkschaften fordern, legt die Axt an eine zentrale Säule der beruflichen Ausbildung. Sie relativiert die Verantwortung der Wirtschaft, führt zu einem Rückgang der Ausbildungsplätze, koppelt die Ausbildung von der Beschäftigung ab und wirkt, wie die Erhaltungssubventionen, innovationsfeindlich und arbeitsplatzfern. Dass die SPD in ihrem Gesetzentwurf sich dabei ausdrücklich auf die *taxe d'apprentissage* in Frankreich bezieht, ist unverständlich. Die Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich ist fast dreimal so hoch wie in Deutschland. Dass mit Umlagen nicht automatisch die Ausbildungsplätze erhöht werden, belegen die Erfahrungen aus der Bauwirtschaft, die trotz der Umlage in den letzten zwei Jahren deutliche Lehrstellenverluste auswies.

13. Auf regionaler Ebene gibt es zahlreiche informelle und formelle Bündnisse für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Sie belegen, dass viele Organisationen sich ihrer Verantwortung vor Ort bewusst sind. Kammern und Verbände haben daran entscheidenden Anteil.

14. Bündnisse auf Landes- oder Bundesebene machen nur dann Sinn, wenn man sich im Ziel und in den Instrumenten einig ist. Wenn extreme Positionen eingebracht werden wie die systemzerstörende Ausbildungsplatzumlage, fehlt die konsensschaffende Basis für ein Bündnis.



Wilhelm Schmidt, Ottmar Schreiner und Geerd Woortmann (v. l.)

15. Das Ausbildungssystem ist - wie die Erfolge zeigen - in sich reformfähig und leistungsstark. Es ist aber abhängig von einem funktionierenden Schulsystem, das dringend reformiert werden muss. So muss vor allem die Hauptschule zu einer pädagogischen Schulform umgestaltet werden, wie das Hauptschulprojekt des DIHT deutlich nachweist. Rund 80.000 Schulabgänger ohne Abschluss - und dies mit wachsender Tendenz - sind die eigentliche Herausforderung. Die Kultusminister sind in der Pflicht, die Ausbildungsreife endlich sicherzustellen.

Diskussionsergebnisse Abschlussforum

Vier zentrale Fragestellungen, die sich aus den bisherigen Diskussionen der Tagung ergeben haben, werden für die Abschlussdiskussion zusammengefasst:

1. Warum stellen Betriebe nicht mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung? Wie können die Betriebe dazu veranlasst werden? Appelle und Mahnungen hatten bisher keinen Erfolg.
2. Wie kann das ungenutzte Potential der bestehenden Instrumente besser ausgeschöpft werden?
3. Wie soll die Arbeit der Zukunft aussehen? Welche konstruktiven Angebote können den Jugendlichen gemacht werden?
4. Welche Modelle sind realistisch, um Jugendarbeitslosigkeit zu senken oder zu beseitigen?

Aus den Beiträgen der Teilnehmer/-innen:

- Zum Thema Einstiegsteilzeit wird empfohlen, die z. Zt. noch bestehende Bereitschaft bei Jugendlichen zu solidarischen Lösungsmöglichkeiten jetzt aufzugreifen. Andernfalls sei in einigen Jahren eine Entwicklung abzusehen, die dafür keine Mehrheiten mehr garantiere, sondern eine Gewinner-Verlierer-Mentalität erzeuge.
- Für die 10-15% der Jugendlichen, die die Voraussetzungen für eine normale Ausbildung nicht erfüllen, müssen neuen Strategien entwickelt werden.
- Die Jugendberufshilfe könnte Betrieben, die bisher nicht ausbilden, ihre qualifizierten Ausbilder anbieten und auf diese Weise die vorhandenen Ressourcen nutzen, mit einer Finanzierung z. B. über ABM oder social sponsoring. Ein solches Verfahren sei innerhalb lokaler Bündnisse für Arbeit vorstellbar. Verbindlich zu regeln sei die Frage, wie lokale Bündnisse in Ausbildungsverhältnisse einmünden können.
- Für unzumutbar wird die Forderung an Jugendliche nach mehr Mobilität bis ins Ausland gehalten, da die Gefahr der Entwurzelung insbesondere für jüngere Jugendliche bestehe.
- Die Besitzstände der Männer müssen abgebaut werden, um die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt zu beseitigen.
- Kritisiert wird, dass (AWO-)Einrichtungen gegen ihre Überzeugung z.T. gezwungen seien, Mädchen entsprechend ei-

nem Rollenverständnis aus dem vorigen Jahrhundert auf Haushalts-Beschäftigungsverhältnisse vorzubereiten.

- Die Lebensphase der Ausbildung wird als wichtiger Schritt zur Identitätsbildung definiert. In diesem Zusammenhang stellen Jugendliche die Frage, warum alte Menschen, wenn sie nicht mehr arbeiten, Rente erhalten und sie selbst, wenn sie mit der Schule fertig sind, nichts. Hier stellt sich die Frage nach den Effekten einer Grundsicherung.

Zentrale Ergebnisse und Vorschläge:

Für die Arbeiterwohlfahrt stand im Zentrum der Forderungen ein Bündnis für Ausbildung und Arbeit, mit dessen Hilfe ein Recht auf Ausbildung und eine mindestens dreijährige Beschäftigungsgarantie realisiert werden soll. Um ein solches Bündnis wirksam werden zu lassen, muss es eine Verbindlichkeit besitzen, die durch gesetzliche Regelungen und Förderrichtlinien geschaffen werden muss.

Während aus der Sicht der Wirtschaft eine Verbesserung der Chancen benachteiligter Jugendlicher durch neue sogenannte theoriegeminderte Ausbildungsberufe erreicht werden könnte, lehnten die Vertreter der Gewerkschaften dies ab, da sie dafür keinen Bedarf auf dem Arbeitsmarkt sehen und Probleme durch die Schaffung von Billigtarifen erwarten. Benachteiligte Jugendliche müssen in anderer Weise gefördert werden. Dazu gehört auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Hauptschule, um die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss zu senken.

Von den anwesenden Politikerinnen und Politikern und dem Gewerkschaftsvertreter wurde eine Beteiligung nicht-ausbildender Betriebe an der Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze gefordert. In Tarifverträgen sollte darüber hinaus noch stärker als bisher auf die Einbeziehung von Maßnahmen zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze und einer Übernahmegarantie hingearbeitet werden. Die Vergabe von Investitionshilfen sollten an die Ausbildungsbereitschaft gekoppelt werden. Im Sinne eines Generationenbündnisses sollen Altersteilzeitregelungen die Einstiegschancen für Jugendliche verbessern. Einstiegshilfen in Teilzeitform sollen ebenfalls den Zugang zum Arbeitsmarkt für Jugendliche erleichtern.

Der Arbeitgebervertreter lehnte eine Ausbildungsabgabe ab und verwies auf die Erfolge der Wirtschaft bei der Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes. Außerdem wird mit einer zukünftigen erheblichen Ausweitung von Ausbildungsplätzen im Dienstleistungsbereich gerechnet. Dazu muss eine schnellere Anpassung des Ausbildungssystems an die Veränderungen des Arbeitsmarktes erfolgen. Die Schaffung entsprechender neuer Berufsbilder im Dienstleistungsbereich ist in Vorbereitung.

Die europäische Entwicklung muss berücksichtigt und eine Politik unterstützt werden, die Arbeitslosigkeit bekämpft.

Trotz reichlicher Gegensätze gab es doch einige wesentliche Übereinstimmungen. Einigkeit herrschte darüber, dass

- eine Intensivierung der Zusammenarbeit erforderlich ist
- Reformen des allgemeinbildenden Schulsystems zu einer besseren Vorbereitung der Schüler/-innen auf die Anforderungen der Berufsausbildung notwendig sind



- es eine Reform des beruflichen Bildungssystems geben muss
- hin zu einer schnelleren Anpassung an die Entwicklung des Arbeitsmarktes und an die Internationalisierung der Wirtschaft
- zusätzliche Möglichkeiten für bisher nicht ausgebildete junge Erwachsene zur Nachqualifizierung geschaffen werden müssen.

Die bisherigen Gemeinsamkeiten könnten eine Grundlage für die weitere Auseinandersetzung um ein Bündnis für Ausbildung und Arbeit darstellen. Dabei ist der Staat gefordert, Verantwortung zu übernehmen und die Rahmenbedingungen für ein Bündnis zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit zu schaffen. Andere Länder wie Dänemark oder die Niederlande haben es uns bereits vorgemacht.

Christiane Reckmann, Mitglied im AWO Bundesvorstand, Vorsitzende des AWO-Bundesfachausschusses Jugend, Frauen, Familien und Senioren, Gesamtleiterin der Fachtagung

- Schlusswort -

Es ist kein Zufall, dass ich Sie bitte, sich im Laufe dieses Schlusswortes immer wieder auch den Titel der Tagung in Erinnerung zu rufen, vor allen Dingen den Begriff „Gemeinsam“.

Ich möchte mein Schlusswort mit einem Beitrag von Herrn Schreiner beginnen. Herr Schreiner hat gesagt, Politik muss die Aufgabe, Ausbildung und Arbeit für junge Menschen zu sichern, zum Zentrum ihrer politischen Bemühungen machen. Ich möchte den Satz erweitern: Wir, jeder und jede, an der Stelle, an der er oder sie arbeitet, muss die öffentliche Dynamik anheizen.

Im Laufe der Tagung wurden die Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit analysiert und vielfältige Lösungsansätze vorgestellt. Es hat sich gezeigt, dass bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten bestehen.

Jede Seite ist natürlich geneigt, an Positionen festzuhalten, die jeweils unverzichtbar erscheinen. Ich glaube aber, dass die Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit nur gelingen kann, wenn wir gemeinsam verbindliche Absprachen treffen. An manchen Stellen müssen wir dazu auch Positionen, die uns wichtig sind, - vielleicht nur vorübergehend -, loslassen, um das gemeinsame Ziel im Auge zu behalten.

Welches Signal soll von dieser Tagung ausgehen?

Wir wollen das Signal setzen, dass, wer glaubt, die Arbeiterwohlfahrt höre auf sich einzumischen, sich irrt. Wer glaubt, wir werden die Unternehmen, die Politik und die Gewerkschaft aus ihrer Verantwortung herauslassen, irrt erst recht. Und wer glaubt, dass wir akzeptieren, dass Jugendarbeitslosigkeit normal ist, irrt gewaltig.

Wir sollten mit auf den Weg nehmen, dass wir uns dort, wo wir tätig sind, einmischen - und zwar als Anwalt der betroffenen Jugendlichen, dass wir die Öffentlichkeit auf die Probleme aufmerksam machen, dass wir uns in Diskussionen um Lösungen weiterhin bemühen, dass wir Zusammenhänge herstellen zwischen politischen Fehlentscheidungen und Auswirkungen auf die junge Generation und dass wir den Protest der jungen Menschen, den sie z. T. im Wahlverhalten ausdrücken, sehr ernst nehmen. Als Wohlfahrtsverband müssen wir uns genau an dieser Stelle einbringen.

Lassen Sie mich zum Schluss der Tagung meinen Dank aussprechen - bei Ihnen als Teilnehmerinnen und Teilnehmer für Ihr

Engagement in den Diskussionen, bei allen Referentinnen und Referenten, die in den Plena und den Foren mitgearbeitet haben, bei den Moderatorinnen und Moderatoren, bei dem Fachausschuss, der diese Tagung vorbereitet hat, bei dem Vorstand, der beschlossen hat, dass dieses Thema so wichtig ist, dass die entsprechenden Gelder eingesetzt werden, bei den Geldgebern, die diese Tagung mit unterstützt haben und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die es möglich gemacht haben, dass die Tagung so reibungslos verlaufen ist.



Dr. Regine Hildebrandt und Christiane Reckmann (v. l.)

Eine der Strategien - außer der Tagung - ist für die AWO, diejenigen, die mit jungen Menschen direkt zu tun haben, intensiver an Gesprächen und Bündnissen zu beteiligen sowie auch die jungen Leute selbst. Manche Lösung, die wir uns überhaupt noch nicht überlegt haben, würde vielleicht von den jungen Leuten selbst eingebracht und ihre Akzeptanz finden.

Ich fordere Sie zum verstärkten Engagement auf und dazu, auf keinen Fall zuzulassen, dass sich die Katastrophe der Jugendarbeitslosigkeit womöglich zur „Normalität“ ausweitet.

Was wir alle brauchen, ist Kreativität und Phantasie. Ich möchte Sie mit einem Wort, das sich mir eingeprägt hat, verabschieden:

Ein kleiner Junge, vier Jahre alt, wurde einmal gefragt: „Sag mal, was ist aus Deiner Sicht Phantasie?“ „Er hat geantwortet: „Phantasie ist: Alles geht.“ Ich wünsche Ihnen, kommen Sie gut nach Hause.

Anhang 1:

Umfrage im Anschluss an die Fachtagung zu Bündnisprojekten "Für Ausbildung und Arbeit - gegen Jugendarbeitslosigkeit"

- Ergebnisse und Thesen -

Intention und Vorgehensweise der Befragung

Die schriftliche Befragung im Anschluss an die Fachtagung sollte dazu beitragen, die Informationsbasis über Kooperationsformen von Jugendhilfe und den übrigen Akteuren des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes zu verbreitern. Im besonderen sollte sie die These stützen, dass eine praktische Zusammenarbeit der Träger der Jugendsozialarbeit vor Ort praktiziert wird und dass sowohl von der Fachtagung als auch von der Befragung der Impuls ausgehen kann, die Konzipierung und Weiterentwicklung dieser Kooperationspartnerschaften zu verstärken, d.h. die durch die Umfrage gewonnenen Informationen sollten als Anregungen für die Umsetzung von Kooperationsmöglichkeiten dienen. Zum anderen verfolgte die Befragung die Absicht, Hinweise auf notwendige Handlungsschritte sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landes- und der kommunalen Ebene herauszuarbeiten.

Diese Informationen wurden auf Basis folgender Fragen schriftlich erhoben:

1. Gibt es in Eurer Region Bündnis-Projekte (Verbünde) zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit? Alternative Antwortmöglichkeiten: Ja bzw. Nein.
2. Wenn „Nein“:
 - 2.1 Aus welchen Gründen?
 - 2.2 Sind entsprechende Aktivitäten geplant? Mit welchem Ziel? Was sollen die ersten Schritte sein?
3. Wenn „Ja“:
 - 3.1 Mit welchen Beteiligten (z.B. örtliche Wirtschaft und ihre Interessenverbände, Landes- bzw. Kommunalverwaltungen und -politiker/-innen, Gewerkschaften)?
 - 3.2 Wie sind diese Kooperationspartnerschaften organisiert?
 - 3.3 Welche Effekte sind diesen Partnerschaften zuzuschreiben?
 - 3.4 Welche Probleme bei der Umsetzung gibt es und welche Vorschläge gibt es z.B. für verbesserte Rahmenbedingungen?

In die Befragung wurden die 171 Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Fachtagung einbezogen. Darüber hinaus wurde der Fragebogen an die Landes- und Bezirksverbände der Arbeiterwohlfahrt verschickt.

Zum Stichtag der Auswertung der Befragung Ende Oktober 1998 lagen insgesamt 37 ausgefüllte Fragebögen vor. Bezieht man diese Anzahl auf die Basis der Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Fachtagung, ergibt dies eine Rücklaufquote von gut 21 %, davon stellen die 24 Antworten aus Gliederungen und Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt einen Anteil von 65 % dar. Stellt die Zielgruppe der Tagungsteilnehmer/-innen einerseits ei-

ne Vorauswahl an der Thematik interessierter und engagierter Fachleute aus Praxis, Verwaltung oder Politik dar, ist auf der anderen Seite auch die Heterogenität der befragten Expert/-innen deutlich. Entsprechend unterschiedliche „Reichweiten“ erreichen auch die in der Fragebogenaktion wiedergegebenen Informationen. Insgesamt sollte an die Befragung deshalb nicht der Anspruch gestellt werden, damit flächendeckende als auch verallgemeinerbare Aussagen zu gewinnen oder einen systematischen Zugriff zu verfolgen.

Insgesamt teilen sich die Antworten im Anschluß an die Eingangsfrage, ob in der Region Bündnis-Projekte (Verbünde) zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bekannt sind, folgendermaßen auf:

- 25 enthielten die Antwort „Ja“ (entspricht gut 2/3 der Rückläufe);
- 12 Fragebögen antworteten mit „Nein“ (entspricht 1/3 der Rückläufe).

Ergebnisse und Thesen

Es überrascht nicht, dass die gegebenen Antworten und die zur Verfügung gestellten Informationen überaus unterschiedliche Aktivitätstypen und Dimensionen der (systematischen) Kooperation im Rahmen der Maßnahmen der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe wiedergeben. Denn zum einen bleibt der Begriff von Bündnis-Projekten bzw. Verbänden relativ ungenau und andererseits wird deshalb die Interpretation auf der Grundlage des jeweiligen Fachkontextes und der jeweiligen konkreten Erfahrungen der Befragten vorgenommen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die institutionelle Verortung der Befragten und der praktische Bezugsrahmen. Trotz dieser Einschränkung soll im folgenden der Versuch unternommen werden, eine Zusammenfassung von Aktivitätstypen sowie der inhaltlichen Schwerpunkte und der beteiligten Kooperationspartner auf Basis der vorliegenden Unterlagen vorzunehmen.

Allgemeine Aktivitäten der Koordination und Kooperation

Fünf der 25 (=20 %) der positiven Antwortbögen enthalten Aussagen zu Kooperationsaktivitäten, die sich allgemein aus der Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen ergeben. In ihnen geht es um

- den Informationsaustausch zwischen sozialen Verbänden und Projekten;
- die Koordination von Aktivitäten zwischen Verbänden und den relevanten Institutionen des Arbeitsmarktes mit Blick auf das Problem Jugendarbeitslosigkeit (Arbeitsamt, Sozialamt, regionale politische Instanzen, Verbände der privaten Wirtschaft, Wohlfahrtsverbände usw.).

Der Grad der formalen Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit ist dabei unterschiedlich. Sie reicht vom kollegialen Austausch über Kooperationsvereinbarungen zwischen Einrichtungen bis

hin zu regelmäßig tagenden Arbeitskreisen von Fachleuten und Vertretern aus Politik und Institutionen. Insgesamt werden in den Kooperationsaktivitäten relevante beschäftigungs- und ausbildungsbezogene Akteure in die Kooperation der Träger einbezogen. In drei der Fragebögen werden Unternehmen der Wirtschaft (bzw. der Wirtschaftsverbände) explizit in die Zielorientierung miteinbezogen hinsichtlich der angestrebten Vermittlung von benachteiligten Jugendlichen in Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnisse auf dem regulären Sektor.

Ebenso häufig wird an dieser Stelle aber auch auf Restriktionen hingewiesen, die darin bestehen, dass Unternehmen für die Träger nur schwer erreichbar sind bzw. sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für arbeitslose Jugendliche nicht in dem gewünschten Ausmaß bewusst sind. Ein Träger sieht auch in fehlenden zentralen Vorgaben seitens der Landespolitik ein Problem bei der Umsetzung von Kooperationspartnerschaften. Alle fünf Antwortbögen entstammen aus Gliederungen bzw. Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt (Kreisverbandsebene).

Kooperationsformen auf der Basis der Durchführung gemeinsamer Projekte und Maßnahmen

Mit 15 von 25 positiv beantworteten (=60%) vorliegenden Fragebögen liegt der Schwerpunkt auf diesem Aktivitätstypus. Deutlich wird dabei allerdings auch, dass die inhaltlichen Zielsetzungen und Orientierungen unterschiedlich akzentuiert sind. Insgesamt lassen sich folgende Schwerpunktsetzungen unterteilen:

Fünf Fragebögen (drei davon aus Gliederungen der Arbeiterwohlfahrt) geben Informationen zu regionalen Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Ausbildungsangebote für benachteiligte Jugendliche. Sie lassen sich unterscheiden in ein Modellprojekt zwischen Jugendhilfe und Arbeitsverwaltung in Kooperation mit Betrieben, das Berufsvorbereitungsmaßnahmen, überbetriebliche Ausbildung und Ausbildungsmaßnahmen in unterschiedlicher Kostenträgerschaft kombiniert. Insgesamt erkennbar ist die Zielsetzung, Ausbildungsplatzkapazitäten für Jugendliche auszubauen, zusätzliche Arbeitsplätze zu erschließen und durch Verbundmaßnahmen zwischen Wirtschaftsbetrieben, außerbetrieblichen Bildungswerken sowie durch die Kooperation mit Jugendhilfeträgern zu flankieren und diese Aktivitäten auf die Zielgruppe der benachteiligten Jugendlichen zu konzentrieren. Kennzeichnend für diese Ansätze ist das Bemühen um Vernetzung von Jugendberufshilfemaßnahmen sowie in Kooperation mit Unternehmen der Privatwirtschaft Ausbildungsplätze im Verbund anzubieten. Ein Beispiel zeigt, dass derartige Initiativen auch von regionalen Arbeitsgemeinschaften von Unternehmen ausgehen können. Eine Maßnahme (Landesprogramm) bezieht sich auf die Kombination von außerbetrieblichen Maßnahmen mit Bildungsangeboten berufsbildender Schulen zur Aufnahme, Fortsetzung sowie zum Abschluss einer Berufsbildung für Jugendliche, die aus unterschiedlichen Gründen keine "reguläre" Ausbildung aufnehmen konnten.

Ein zweiter Schwerpunkt (vier Antworten) liegt auf der Zielorientierung der Beratung von arbeitslosen Jugendlichen und Vermittlung in Beschäftigung (teilweise zunächst auf Basis von Betriebspraktika) auf dem ersten Arbeitsmarkt durch eine aktive Akquisition von Betrieben und begleitet durch eine berufsbezogene Qualifizierung und sozialpädagogische Begleitung der Jugendlichen. Bei zwei Trägern bildet die Basis ein Landespro-

gramm mit dem Ziel der Vermittlung langzeitarbeitsloser junger Menschen in Arbeit, durch das offensichtlich auch der Einsatz eines Koordinationsgremiums zur operativen Umsetzung ("Konsensrunde") aller wichtigen Akteure auf dem Arbeitsmarkt vorgesehen wird. Bei der Akquisition von Beschäftigungsstellen kommt den regionalen Unternehmensverbänden dabei ein aktiver Part zu.

In sechs Fragebögen werden umfangreiche Kooperationskontakte genannt, die sich aus der Durchführung von Projekten der Jugendsozialarbeit (beispielsweise Beratungsstellen für arbeitslose Jugendliche) ergeben und die teilweise durch kommunale Koordinationsstellen oder -gremien unterstützt werden.

Verbundsysteme

Insgesamt fünf Fragebögen geben Hinweise auf regionale oder auch landesweite Verbundsysteme gegen Jugendarbeitslosigkeit. Diese gliedern sich

- in zwei Verbundstellen auf Ebene eines Landkreises bzw. auf kommunaler Ebene, die die Aufgabe haben, den Aufbau eines abgestimmten Angebots an Maßnahmen der Jugendberufshilfe zu koordinieren, die Träger bei der Entwicklung von Maßnahmen zu beraten, den Bedarf an Maßnahmen festzustellen usw.
- in eine landesweit operierende Beratungseinrichtung, die getragen wird unter anderem von den Landesorganisationen der Wohlfahrtsverbände, dem Landesjugendamt und dem Landessozialministerium. Zu den Aufgaben der Beratungseinrichtung zählen die konzeptionelle und finanzielle Beratung von Trägern bei der Umsetzung sozialstaatlicher Leistungsangebote in allen relevanten Gesetzes- und Förderbereichen. Hinzu kommt die Koordination der Maßnahmen der Jugendberufshilfe im Rahmen unterschiedlicher Gremien und Arbeitskreise;
- diese Aktivitäten werden getragen durch eine Kooperationsempfehlung des Landessozialministeriums für den Bereich der Jugendberufshilfe mit dem Ziel einer besseren beruflichen Integration benachteiligter junger Menschen durch das Zusammenwirken der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe, der Arbeitsverwaltung, der Schulbehörden usw.;
- die Gemeinschaftsinitiative einer Landesregierung, die durch den Einbezug der Kammern, der Gewerkschaften, der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände sowie auf Basis entsprechender Landesprogramme die Verbesserung der Ausbildungssituation bei Jugendlichen angeht.

Nein-Antworten

Insgesamt zwölf Fragebögen enthielten auf die Frage nach bestehenden Bündnis-Projekten die Antwort "nein" (neun davon stammten aus Gliederungen der Arbeiterwohlfahrt).

Fünf der „negativen“ Antworten entfielen auf Regionen im Südwesten der Bundesrepublik, teilweise wurde für die Nichtexistenz von Verbänden angegeben, dass das Problem der Jugendarbeitslosigkeit relativ unbedeutend ist oder aber, dass es an Initiativen in der Region fehlt.

Bei vier weiteren Antworten sind "Bündnisaktivitäten" aber in der Vorbereitung. Dabei geht es um die Mobilisierung von Ausbildungsstellen in Betrieben in einem Landkreis, um die Vorberei-

tung einer Kooperationsvereinbarung in einer Kommune zwischen Verwaltungsbehörden, Verbänden und freien Trägern zur Koordinierung von Maßnahmen der Jugendberufshilfe, um die Organisation eines „runden Tisches“ in einem Landkreis sowie schließlich um den Aufbau eines Verbundsystems und um die Einrichtung einer Koordinierungsleitstelle in einem weiteren Landkreis. Als Gründe für die wenig entwickelte Kooperation werden Kompetenzprobleme und Verwaltungshemmnisse sowie der nachrangige Status der Jugendberufshilfe genannt.

Ausblick

Die dargestellten Ergebnisse der Befragung zeigen eine Reihe von praktizierten Ansätzen der Kooperation und Kommunikation mit anderen Akteuren und von Bemühungen zur Verbesserung der Übergangsmöglichkeiten im Bereich von Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe. Die spezifische Auswahl der Befragten und die unterschiedlichen Perspektiven, aus denen heraus Informationen gegeben wurden, weisen aber auf deutliche Grenzen der Aussagekraft der Ergebnisse hin. Allerdings lässt sich vermuten, dass die Kooperation mit Betrieben

der privaten Wirtschaft und mit den Kammern seitens der Jugendhilfe in den zurückliegenden Jahren intensiviert werden konnte.

Mit Blickrichtung auf die angestrebten Bündnisse für Ausbildung und Arbeit wird es darauf ankommen, das Bedingungsgefüge und die Handlungsmöglichkeiten der Jugendhilfe in bezug auf die lokale bzw. regionale Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik weiter zu klären. Eine solche Analyse ist flächendeckend und im Rahmen von Befragungen nicht zu leisten und hätte außerdem die Perspektive der anderen beteiligten Akteure mit zu berücksichtigen. Denkbar aber wären exemplarische Fallstudien in ausgewählten Kommunen und Landkreisen, die nicht nur die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Übergangsprobleme von Jugendlichen und von besonderen Zielgruppen unter ihnen untersuchen, sondern die auch die förderpolitischen Rahmenbedingungen und die Handlungsmöglichkeiten der Jugendhilfe aufzeigen - und dies gerade auch an der Schnittstelle in der Kooperation und Kommunikation mit den beteiligten Akteuren aus Wirtschaft, Politik und seitens der staatlichen Stellen in einer Kommune oder einer Region.

Anhang 2:

Teilnehmer/-innen der Fachtagung

1. Carla Arenhövel, Juristin, Brandenburger Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Potsdam
2. Gisela Averkamp, Hauptabteilungsleiterin Arbeit-Bildung-Beruf, AWO Kreisverband Duisburg e.V.
3. Gabriele Bartel, Sozialarbeiterin, Jugendwerk Aufbau Ost e.V., Berlin
4. Wolfgang Barth, Referatsleiter Abteilung Migration, AWO Bundesverband e.V., Bonn
5. Erko Basmann, Referent für Jugendsozialarbeit, Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Berlin
6. Uwe Bastian, stellv. Abteilungsleiter, Sozialamt der Stadt Flensburg
7. Günther Bautz, Sozialwissenschaftler, JAGUS Jugendprojekt AWO Kreisverband Altötting e.V.
8. Marianne Beck, Mitglied im AWO Bundesvorstand
9. Michael Beckmann, zuständig für Qualifizierung und Öffentlichkeitsarbeit, GSE-NBB Nachbarschaftszentren Beschäftigung und Bildung GmbH, Berlin
10. Marianne Begung, Sachbearbeiterin für Jugendsozialarbeit, Landesjugendamt Brandenburg, Oranienburg
11. Uwe Beier, Pädagogischer Leiter, Zentrum für Ausbildung und berufliche Qualifikation e.V., Oberhausen
12. Ghassan Bibi, Geschäftsführer Jugendberufshilfe Düsseldorf e.V.
13. Jörg Bindheim, Sozialplaner, Stadtverwaltung Potsdam
14. Petra Bläss, MdB PDS, Bonn
15. Christian Boenisch, Geschäftsführer INBUS GmbH Innovation in Bildung und Sozialarbeit, München
16. Sabine Bohle, Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Ausbildung, Berlin
17. Stephanie Bohn, Diplompädagogin, AWO Kreisverband Erftkreis e.V., Bergheim
18. Sven Borsche, Leiter Abteilung Kinder, Jugend, Familien und Frauen, AWO Bundesverband e.V., Bonn
19. Karin Boye-Toledo, Sozialarbeiterin, AWO Kreisverband Bielefeld e.V.
20. Frank Braun, wissenschaftlicher Referent, Deutsches Jugendinstitut e.V., München
21. Fred Britz, Ausbildungsleiter, SOS-Berufsausbildungszentrum, Berlin
22. Rainer Brückers, Geschäftsführer AWO Bundesverband e.V., Bonn
23. Dr. Gerhard Christe, Leiter Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe, Oldenburg
24. Ruth Damerius, Vorstandsmitglied AWO Bezirksverband Niederrhein e.V., Essen
25. Thomas Dietrich, AWO BALZ Braunschweiger Arbeitslosenzentrum
26. Ilsa Diller-Murschall, Leiterin Abteilung Arbeit, Gesundheit und Soziales, AWO Bundesverband e.V., Bonn
27. Susanne Dittmann, Referentin für Jugendberufshilfe, AWO Bundesverband e.V., Bonn
28. Renate Eckart, Koordinatorin Sachgebiet Aussiedler, AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., Magdeburg
29. Dr. Gisela Eckstein, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Potsdam
30. Nazan Elmas, Streetworkerin, Interkulturelles Zentrum der AWO Kreisverband Köln e.V.
31. Marina Fähnrich, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Potsdam
32. Joachim Feichtl, Referent für Familie, Kinder- und Jugendhilfe, AWO Landesverband Bayern e.V., München
33. Angela Feldhusen, stellv. Schulleiterin Allgemeine Berufsschule, Bremen
34. Hans-Georg Fey, Geschäftsführer AWO Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe
35. Christine Fiedler, Referentin für Jugendsozialarbeit und Europafragen, Der Paritätische, Landesverband Thüringen, Neudietendorf
36. Christoph Figur, Berufsbildungswerk Nordost gGmbH, Oranienburg
37. Fritz Finger, Referatsleiter und Prokurist, Gemeinnützige Gesellschaft der AWO für den Betrieb von Sozialeinrichtungen, Frankfurt
38. Jochen Flitta, stellv. Geschäftsführer AWO Bezirksverband Hannover e.V.
39. Ramona Föth, Diplomandin, Gesamthochschule Kassel
40. Marlies Frauenrath, Abteilungsleiterin Ausbildung, AWO Kreisverband Duisburg e.V.
41. Rudi Frick, Mitglied im AWO Bundesvorstand

42. Gabriele Friedrich, Abteilungsleiterin Sozialamt, Stadtverwaltung Cottbus
43. Franz Dieter Fuchs, Geschäftsführer AWO Kreisverband Quedlinburg-Wernigerode e.V.
44. Paul Füllbier, Referent, Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, Bonn
45. Sigrid Funke, INVIA kath. Mädchensozialarbeit, Freiburg
46. Anita Garth-Mingels, Geschäftsführerin AWO Berufsbildungszentrum gGmbH, Düsseldorf
47. Bernd Gasser, Fachlich-pädagogische Begleitung - Landesweiter Schulversuch in der SEK I zur beruflichen Vorbereitung und Eingliederung, Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Berlin
48. Diethard Geber, Leiter AWO Ausbildungszentrum VESPE, Homburg-Saar
49. Heidi Gellhardt, Projektleiterin, Arbeit & Bildung e.V., Berlin
50. Dr. Thomas Gericke, Deutsches Jugendinstitut e.V., Regionale Arbeitsstelle Leipzig
51. Heike Gerstenberger, Frauenbeauftragte, Bezirksamt Pankow von Berlin
52. Wolfram Glaser, Mitglied der Geschäftsführung INBUS GmbH Innovation in Bildung und Sozialarbeit, München
53. Rainer Goepfert, Betriebsleiter Jugendberufshilfe, AWO Unterbezirk Dortmund
54. Rolf Goldacker, Stützlehrer, Glauchauer Berufsförderung e.V.
55. Dieter Gonska, Leiter AWO Jugendgemeinschaftswerk Bielefeld
56. Susanne Große-Wortmann, Ausbildungsleiterin, AWO Kreisverband Minden-Lübbecke e.V.
57. Bärbel Hacker-Yalcin, Projektleiterin, AWO Kreisverband Duisburg e.V.
58. Christine Handzik, Jugendberufshilfe, Jugendamt der Stadt Salzgitter
59. Bettina Hegewald, Jugendförderverein "Mikado" e.V., Nauen
60. Dr. Sabine Heitsch, Abteilungsleiterin Kolping-Consult GmbH, Dresden
61. Dr. Frank Heltzig, stellv. AWO Bundesvorsitzender
62. Dr. Helga Henke-Berndt, stellv. AWO Bundesvorsitzende
63. Marlis Herterich, stellv. Geschäftsführerin, Referatsleiterin Kinder und Jugend, AWO Kreisverband Köln e.V.
64. Horst Hoehne, stellv. Vorsitzender AWO Kreis Reinickendorf e.V., Berlin
65. Annette Hofmeister, stellv. Geschäftsführerin INBUS GmbH Innovation in Bildung und Sozialarbeit, München
66. Wolfgang Hunger, Geschäftsführer Arbeitsförderungszentrum Schweinfurt
67. Dr. Bernhard Jenschke, Ltd. Verwaltungsdirektor, Abteilungsleiter Berufsberatung, Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg
68. Herbert Jugel-Kosmalla, Leiter tip-Maßnahme, AWO Kreisverband Nürnberg e.V.
69. Claus Kaminiarz, Referent für Arbeitsmarktprojekte, AWO Kreisverband Bremerhaven e.V.
70. Ursula Kamionka, Sozialpädagogin, Verein zur Förderung der beruf. Bildung an den Beruflichen Schulen Mittweida e.V.
71. Jochen Kamps, Geschäftsführer AWO Kreisverband Oberhausen e.V., Geschäftsführer Zentrum für Ausbildung und berufliche Qualifikation Oberhausen e.V.
72. Joachim F. Kendelbacher, Pressesprecher AWO Bundesverband e.V., Bonn
73. Maria Kiczka-Halit, Bereichsleiterin ABS-Brücke GmbH, Berlin
74. Monika Kilian, Geschäftsführerin AWO Kreisverband Fürstenwalde e.V.
75. Eva Kirchner, Verwaltungsamtfrau, Sozialamt / Arbeitsgruppe Berufsfindung der Stadt Augsburg
76. Constanze Klar, Diplompsychologin, Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Leipzig, Projekt "Arbeits- und Lebensperspektiven von Jugendlichen in der Region Jena"
77. Dr. Siegfried Klarhöfer, Lehrer, Akademie für Berufsförderung und Umschulung Berlin e.V.
78. Beate Klein, Projekte-Koordinatorin, AWO Kinder- und Jugendhilfe gGmbH, Pirna
79. Anke Kleinbrahm, pädagogische Leiterin, Berufsbildungszentrum gGmbH der AWO Kreisverband Düsseldorf e.V.
80. Ursula Klingmüller, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Potsdam
81. Dr. Sibyll Klotz, arbeitsmarktpolitische Sprecherin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordnetenhaus Berlin
82. Karlheinz Kohl, Ausbildungsleiter, Evangelisches Johannesstift Berlin
83. Christa Kollmeyer, Referat Grundsatz Arbeitsmarkt, Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Berlin
84. Dr. Lothar Koring, Mitglied im AWO Bundesvorstand
85. Sabine Krahn, Personalleiterin, AWO Kreisverband Fürstenwalde e.V.
86. Herbert Kranzusch, Präsident des Landesamtes für Zentrale Soziale Aufgaben des Landes Berlin a.D.

87. Dr. Heinz Dieter Krollzik, pädagogischer Leiter, Berufsbildungszentrum gGmbH der AWO Kreisverband Düsseldorf e.V.
88. Dietmar Kühn, Sozialpädagoge, AWO Kreisverband Mulde-Collm e.V., Grimma
89. Christine Kulla, Lehrerin, Verein zur Förderung der beruflichen Bildung an den Beruflichen Schulen Mittweida e.V.
90. Gerald Lachmann, Geschäftsführer AWO Kreisverband Mulde-Collm e.V., Grimma
91. Dietmar Langer, Diplomökonom, Niedersächsisches Sozialministerium, Hannover
92. Peter Lehmann, Erzieher in "Die Werkstatt" e.V., AWO Ortsverein Rodalben e.V.
93. Carola Lenz-v. Traitteur, Leiterin Abteilung Migration, AWO Bundesverband e.V., Bonn
94. Jürgen Ludewig, Referent für Jugendsozialarbeit, AWO Bundesverband e.V., Verbindungsbüro Falkensee
95. Helmut Lütjohann, Projektkoordinator, GSE-NBB Nachbarschaftszentren Beschäftigung und Bildung GmbH, Berlin
96. Manuela Machleb, Referatsleiterin für Soziale Beratungsdienste, AWO Landesverband Berlin e.V.
97. Imke Maciejewski, Koordinatorin erwachsene Aussiedler, AWO Landesverband Brandenburg, Potsdam
98. Petra Mahr, Organisationsleiterin, AWO Bezirksverband Ober- und Mittelfranken e.V., Nürnberg
99. Doris Masurek, Geschäftsführerin Oskar-Kämmer-Schule, Gemeinnützige Schulgesellschaft mbH, Braunschweig
100. Astrid Mayhold, Diplom-Psychologin, Arbeitsförderungszentrum Schweinfurt
101. Bodo Meiners, Geschäftsführer GSE-NBB Nachbarschaftszentren Beschäftigung und Bildung GmbH, Berlin
102. Franz Meissl, Koordinator, Gemeinschaftswerk Arbeit und Umwelt e.V., Mannheim
103. Dirk-Ulrich Mende, Referent, Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales des Landes Niedersachsen, Hannover
104. Maya Meuser, AWO Jugendclub Frankfurt-Preungesheim
105. Renate Meyer, Leiterin überbetriebliche Ausbildung, AWO Kreisverband Nürnberg e.V.
106. Kenneth Meyer-Schaale, Geschäftsführer "g/a/b" GmbH HL, Lübeck
107. Ingrid Minner, Verwaltungsbeamtin Bereich Jugendsozialarbeit, Senator für Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales- und Umweltschutz, Bremen
108. Frank Möllers, Fachreferent, SOS-Kinderdorf e.V., München
109. Prof. Dr. Winfried Morgenstern, Bank für Sozialwirtschaft, Berlin
110. Astrid Müller, Geschäftsführerin AWO Kreisverband Kreuzberg e.V., Berlin
111. Liliane Müller-Warson, Referentin, Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit Berlin/Brandenburg
112. Veronika Neumann, Lehrerin, Ausbildungsstätte Wald- und Landschaftspflege, AWO Kreisverband Euskirchen e.V.
113. Gerhard Nowak, AWO Bundesrevisor
114. Armin Oertel, Mitarbeiter Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bonn
115. Horst Opolka, Innenrevisor AWO Bundesverband e.V., Bonn
116. Johannes Oppermann, Sozialarbeiter, Evangelisches Johannesstift Berlin
117. Roland Pohl, Prokurist, GSE-NBB Nachbarschaftszentren Beschäftigung und Bildung GmbH, Berlin
118. Detlef Pohontsch, Finanzreferent, AWO Kreisverband Potsdam e.V.
119. Manfred Prah, Geschäftsführer BAJ Berufliche Ausbildung und Qualifizierung Jugendlicher, Magdeburg
120. Norbert Radlewitz, Leiter Jugendhilfe im Referat Migration, AWO Landesverband Bayern e.V., München
121. Torsten Raedel, stellv. Vorsitzender Bundesjugendwerk der AWO
122. Knut Randau, Bereichsleiter, Sächsisches Umschulungs- und Fortbildungswerk Dresden e.V.
123. Michael Ranft, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Potsdam
124. Angela Recla, Sozialarbeiterin, Jugendamt Potsdam
125. Ferdinand Reubel, Referent, Eurobrug EWIV, Falkensee
126. Rainer Rheinsberg, Vorsitzender AWO Kreis Reinickendorf e.V., Berlin
127. Klaus Riedel, Sozialpädagoge, Glauchauer Berufsförderung e.V.
128. Helga Rilling, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg, Berlin
129. Hans-Gerd Rötters, Mitglied im AWO Bundesvorstand
130. Traute Roscher, Mitglied im AWO Bundesvorstand
131. Knut Roßberg, Sozialarbeiter, APLAWIA e.V. Berufsbezogene Jugendarbeit in Kitzingen
132. Anke Rusitzka, Koordinatorin Jugendhilfe, AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V., Kiel

133. Hajo Ruttke, Bundessekretär SJD-Die Falken, Goslar
134. Klaus Schäfer, Lehrer, Ausbildungsbegleitende Hilfen, AWO Kreisverband Bielefeld e.V.
135. Sabine Scheffler, Redakteurin AWO-Magazin, AWO Bundesverband e.V., Bonn
136. Jürgen Schiebelhuth, AWO Jugendladen Frankfurt-Rödelheim
137. Friedel Schier, Referent für Jugendberufshilfe, Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit, Düsseldorf
138. Hanjo Schild, Projektleiter, BBJ Servis gGmbH, Berlin
139. Monika Schilsky, Fachgruppenleiterin, Amt für Jugend, Soziales und Wohnen, Schwerin
140. Christoph Schlüter, Lehrer, Internationaler Bund, Bildungszentrum Berlin
141. Heike Schmidt, Geschäftsführerin Ausbildungsgemeinschaft Industrie, Handel und Handwerk Neubrandenburg e.V.
142. Kristina Schmidt, Diplompädagogin, Schulbezogene Jugendsozialarbeit beim AWO Kreisverband Hannover-Stadt e.V.
143. Martina Schmutzler, Leiterin Controlling & Development, Augsburgischer Gesellschaft für Lehmbau, Bildung und Arbeit in Leipzig e.V.
144. Michael Schöttle, Referent für Fachpolitik, AWO Bezirksverband Niederrhein e.V., Essen
145. Dunja Schramm, Diplomandin, Gesamthochschule Kassel
146. Bärbel Schürmann, Betriebsrätin, AWO Landesverband Berlin e.V.
147. Hansjörg Seeh, Mitglied im AWO Bundesvorstand
148. Katharina Selnow-Wendt, Vorstandsmitglied Landesjugendwerk der AWO Niedersachsen, Hannover
149. Ibrahim Sen, Streetworker, Interkulturelles Zentrum der AWO Kreisverband Köln e.V.
150. Andreas Seubert, stellv. Fachbereichsleiter, Arbeitsförderungszentrum Schweinfurt
151. Wolfgang Sperl, Bundesgeschäftsführer Volkshilfe Österreich, Wien
152. Marco Steegmann, Landesjugendsekretär, DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg
153. Guido Stollenwerk, Geschäftsführer Bundesjugendwerk der AWO, Bonn
154. Peter Streichan, Ministerialrat, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn
155. Lothar Strubel, Projektleiter, Jugendprojekt "JUPP" der AWO Kreisverband Parchim e.V.
156. Markus Stünkel, Vorstandsmitglied Landesjugendwerk der AWO Niedersachsen, Hannover
157. Reinhold Thomsen, Projektleiter, Jugend- und Bildungswerk der AWO Hamburg gGmbH
158. Dr. Barbara Tietze, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Potsdam
159. Apostolos Tsalastras, Referent für Sozialpolitik, AWO Bundesverband e.V., Bonn
160. Simone Völkel, Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Berlin
161. Reinhold Voht, Mitglied im AWO Bundesvorstand
162. Klaus Wagner, Referatsleiter Jugendsozialarbeit, AWO Bundesverband e.V., Bonn
163. Peter Walbröl, stellv. Geschäftsführer Jugendberufshilfe Düsseldorf e.V.
164. Monika Weigand, Jugendberufshilfe Jugendamt Spandau, Berlin
165. Siegfried Weiner, Sächsisches Landesjugendamt, Chemnitz
166. Silvia Wendt, Betriebsrätin, AWO Landesverband Berlin e.V.
167. Thomas Wenzel, Ausbildungsleiter Berufsausbildungsstätte, AWO Kreisverband Wesel e.V., Moers
168. Eric Werth, Projektleiter Ausbildung Metall, AWO Kreisverband Duisburg e.V.
169. Joachim Winter, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Wunstorf
170. Lutz Zentsch, Projektleiter AWO-Service-Center für wirtschaftsnahe Qualifizierung und Beschäftigung, Grimma
171. Barbara Zimmer, Geschäftsführerin AWO Bezirksjugendwerk Mittelrhein, Köln